

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

## AUS DEM INHALT

ALEXANDER FREIHERR v. NEUBRONN †

Zwischen Hitler und Pétain

ERICH MATTHIAS

Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1955

KARL O. PAETEL

Zum Problem einer deutschen Exilregierung

DOKUMENTATION

Zentrumsfraktion und Ermächtigungsgesetz

Ein NS-Funktionär zum Niemöller-Prozeß

FORSCHUNGSBERICHTE / NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel,  
Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

*Alexander*

*Freiherr v. Neubronn* † . Als „Deutscher General“ bei Pétain . . . . . 227

*Erich Matthias* . . . . . Der Untergang der alten Sozialdemokratie  
1955 . . . . . 250

*Karl O. Paetel* . . . . . Zum Problem einer deutschen Exilregierung 286

### DOKUMENTATION

Die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zen-  
trums am 23. März 1935 (*Erich Matthias*) 302

Ein NS-Funktionär zum Niemöller-Prozeß  
(*Hans Buchheim*) . . . . . 307

### FORSCHUNGSBERICHTE

*Helmut Slapnicka* . . . . . Die Geschichte der Tschechoslowakei in  
neuer Sicht . . . . . 316

NOTIZEN . . . . . 332

BIBLIOGRAPHIE . . . . . 111

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 7 48 51/52  
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 9 10 15/9 23 32 –  
Preis des Einzelheftes DM 6.–; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement  
(4 Hefte) DM 20.– zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im  
Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen  
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

4. Jahrgang 1956

3. Heft/Juli

ALEXANDER FREIHERR VON NEUBRONN †

ALS „DEUTSCHER GENERAL“ BEI PÉTAIN

**Vorbemerkung:** Aus einem nachgelassenen Manuskript des Generalleutnants a. D. Alexander Freiherrn von Neubronn und Eisenburg, das unter dem Titel „Ein Soldat blickt zurück“ dessen Erlebnisse während des zweiten Weltkrieges zum Gegenstand hat, veröffentlichen wir im Folgenden mit freundlicher Erlaubnis der Witwe zwei Kapitel, die mehr Abhandlungs- als Memoirenstil haben.

Als Sohn eines Offiziers badischer Herkunft – der seine Laufbahn als Flügeladjutant Kaiser Wilhelms II. und Generalleutnant beendete, und dessen Gattin einem baskischen Geschlecht entstammte<sup>1</sup> – trat der am 6. Oktober 1877 in Berlin geborene Verfasser 1896 in das 1. Badische Leibgrenadierregiment Nr. 109 in Karlsruhe ein. Während des ersten Weltkrieges und in der Reichswehr in Generalstabsstellungen verwendet, schied er 1929 als Oberst beim Stabe des Infanterieregiments Nr. 9 in Potsdam aus dem aktiven Wehrdienst aus, war jedoch als Spezialist für die französische Armee und Prüfer der französischen Dolmetscher der Reichswehr bei der Abteilung Fremde Heere West im Truppenamt weiterhin tätig. Später als E-Offizier reaktiviert, wurde Neubronn am 25. September 1939 zum Leiter der in Berlin verbleibenden Nebenstelle der Abteilung Fremde Heere West ernannt und am 1. September 1940 der Heereskontrollinspektion in Bourges, einer jener vier deutschen Kontrollkommissionen zur Überwachung des für die unbesetzte Zone genehmigten französischen Übergangsheeres („armée d'armistice“, 100 000 Mann), zugeteilt<sup>2</sup>. Im Januar 1941 zum Generalmajor befördert, wurde er am 1. Februar 1941 Inspekteur (Leiter) der Heereskontrollinspektion. Er führte dieses Amt formell bis zum 31. Januar 1943 – wurde jedoch bereits nach der Landung der Engländer und Amerikaner in Nordafrika vom Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall von Rundstedt, zu dessen Vertreter bei dem französischen Staatschef, Marschall Pétain, bestellt<sup>3</sup>, um mit dem 1. Februar 1943

<sup>1</sup> Sie war nicht französischer Abkunft, wie es bei Maurice Martin du Gard, *La Chronique de Vichy 1940–1944*, Paris 1948, S. 505, und Alfred Mallet, *Pierre Laval*, Bd. II, Paris 1955, S. 90, heißt.

<sup>2</sup> Es waren von der deutschen Waffenstillstandskommission eingesetzt, mit dem Dienstsitz in Bourges: die Heereskontrollinspektion (H.K.I.), die Luftwaffenkontrollinspektion (L.K.I.) und die Rüstungskontrollinspektion (R.K.I.). Eine weitere Inspektion für die Kontrolle in Nordwestafrika wurde nach Casablanca gelegt. Die Marine hatte nur eine Verbindungsabordnung in Toulon abgestellt, das nach dem Waffenstillstand Heimathafen der französischen Hochseeflotte geworden war. Diese Dienststelle hatte mit der in Hyères bei Toulon gebildeten italienischen Marinekontrollinspektion zusammenzuarbeiten. Dies nach den Angaben Neubronns a. a. O.

<sup>3</sup> Rundstedt ließ sich bereits bei seinem ersten Besuch bei Pétain am 11. 11. 42, unmittelbar nach Beginn des deutschen Einmarschs in die bisherige unbesetzte Zone, von N. nach Vichy begleiten und stellte diesen als seinen künftigen ständigen Vertreter dem Marschall vor. „Rien de mieux que cela“, war dessen Antwort.

endgültig zum „Deutschen General des Oberbefehlshabers West in Vichy“ ernannt zu werden. Als „unmittelbares Verbindungsorgan des Ob. West zu der Französischen Regierung“ war es „Hauptaufgabe“ des „Deutschen Generals“, „Befehle und Wünsche“ des Oberbefehlshabers „an die Französische Regierung und insbesondere an den französischen Staatschef heranzutragen, sowie dem Oberbefehlshaber West auf Grund seiner Beobachtungen über Pläne und Haltung der Französischen Regierung und die allgemeine Lage zu berichten und persönliche Wünsche des französischen Staatschefs entgegenzunehmen und zu übermitteln“<sup>4</sup>. Bei weitgehender Selbständigkeit im einzelnen und mithin starker persönlicher Verantwortung für Neubronn gab freilich Rundstedt, „ganz seiner Einstellung entsprechend“, dem General die entschiedene Weisung, sich jeder „politischen Betätigung“ zu enthalten. So schwer sich dies bei dem Charakter der Stellung N.s praktisch durchführen ließ und so wenig es unter den außergewöhnlichen Verhältnissen der nationalsozialistischen Herrschaft seinen innersten Anschauungen entsprach, schreibt er es doch dem ihm „trotz aller Anfeindungen“ gewährten Schutz Rundstedts zu, daß er nicht ein Opfer des Hasses der Partei wurde.

Schon angesichts der unaufrichtigen Politik Hitlers gegenüber Frankreich nennt sich Neubronn rückschauend den „ehrlichen Makler einer unehrlichen Sache“. Darüber hinaus bezeugt sein Rechenschaftsbericht erneut den Gewissenkonflikt überhaupt, in den „die tragische Verstrickung eines echten Einsatzes für hohe Ziele mit der Dämonie einer verbrecherischen Utopie“ und ihre „Verfälschung aller Begriffe“, wie N. sagt, jeden ethisch verwurzelten Offizier des Hitlerstaates versetzte. Daß N. es dennoch verstanden hat, mit der Wahrung seiner Offiziershre auch den deutschen Namen zu seinem Teil zu wahren – gewiß nicht durch unausführbaren Widerspruch gegen die Weisungen der nationalsozialistischen Staatsführung, wohl aber durch deutliche Distanzierung von ihrem Geist und ihrer Tendenz –, haben ausländische Zeugen seines Wirkens eindrucksvoll bestätigt<sup>5</sup>.

<sup>4</sup> Dies auf Grund der endgültigen Dienstanweisung für den „Deutschen General“ vom 16. 10. 43 („Der Oberbefehlshaber West, Ic Nr. 5080/43 geh.“: Abschrift als Anlage zum oben erw. Manuskript). Da General N. nach seiner Angabe „mehr und mehr die Stelle“ geworden war, bei der die Franzosen „Schutz suchten gegen die Gewalttätigkeiten der Gestapo oder bei dem sie die Vermittlung bei Mißverständnissen mit Behörden der Wehrmacht erbaten“ – in ernsteren Fällen hatte N. persönlich beim Ob. West oder beim Militärbefehlshaber in Paris vorgesprochen –, ersuchte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD den Ob. West um Erlaß einer neuen Dienstanweisung, auf Grund welcher N. „die Tätigkeit seiner Dienststellen nicht mehr behindern könne. . . . Der zuständige Bearbeiter für meine Angelegenheiten beim Ob. West“, fügt N. hinzu, „beugte sich dieser Forderung.“ Tatsächlich untersagte die neue Dienstanweisung N. mehrfach ausdrücklich die Entgegennahme von Anträgen und Beschwerden französischer Dienststellen hinsichtlich der deutschen Polizei, wenn auch mit der Einschränkung: sofern die Beschwerden „nicht mittelbar oder unmittelbar die Interessen der Wehrmacht berühren und sofern nicht dargetan wird, daß der Gegenstand der Beschwerde bereits ohne Erfolg mit dem Höheren SS- und Polizei-Führer beim Militärbefehlshaber in Frankreich besprochen worden ist.“

N. kommentiert die neue Dienstanweisung folgendermaßen: „Sie sollte mir Zügel anlegen, hat mich aber in keiner Weise beeinflusst. Ich erklärte seinen [d. h. des Ob. West] Offizieren, daß ich als ein in den Auffassungen des alten Heeres erzogener Offizier genau wisse, wie ich zu handeln habe. Mir sei es gleichgültig, wie die Dienstanweisung lauten würde, ich würde mich nie auf etwas einlassen, das mit meiner Ehrauffassung als Offizier nicht vereinbar sei. Das war an sich eine Selbstverständlichkeit, aber gegenüber den unter der Nazierrschaft aufgekommene Auffassungen hielt ich es für gut, dies deutlich zu betonen.“

<sup>5</sup> Vgl. insbesondere das Buch des ehemaligen schweizerischen Gesandten in Vichy, Dr. Walter

In den nachstehend wiedergegebenen Kapiteln sind – abgesehen von leichten Kürzungen, die heute allgemein Bekanntes oder zeitgeschichtlich weniger Belangreiches betreffen – lediglich geringfügige stilistische oder sachliche Unstimmigkeiten korrigiert worden.

H. Kr.

### Pétain und Laval

Henri Philippe Pétain (geb. in Cauchy-la-Tour, Dép. Pas-de-Calais, 1856) und Pierre Laval (geb. in Châteldon, Dép. Puy-de-Dôme, 1883) waren während der längsten Zeit der Vichy-Regierung die leitenden Staatsmänner Frankreichs, aber in ihrem Erscheinungsbild und Wesen zwei so verschiedene Naturen, daß es fast widersinnig erscheint, ihre Namen nebeneinander zu setzen. Da aber die deutsche Regierung diese gegensätzlichen Persönlichkeiten zur Leitung der französischen Politik zusammengespannt hat, lohnt es sich, sie nebeneinander und in ihrer Wechselwirkung aufeinander zu betrachten.

Schon ihre äußere Erscheinung zeigte sie als zwei grundverschiedene Typen, die das französische Volk aufweisen mag. Pétains edel geformter, männlich schöner Kopf, der, wenn nicht einem Offizier und Staatsmann, einem Arzt gehören konnte, saß auf einem vom Alter ungebeugten, sich mit vornehmer Würde und selbstverständlicher Grazie bewegenden Körper. Auch in der angeregten und menschlich vertrauten Unterhaltung behielt er eine gewisse Kühle und den wohltuenden Abstand der in sich gefestigten Persönlichkeit bei. Seine vollendeten Gesten und seine eindrucksvollen Gespräche zeigten einen Menschen von angeborenem Takt und einer weit über den Beruf hinaus gewonnenen Bildung. Einzig seine Schwerhörigkeit brachte einem zum Bewußtsein, einem alt gewordenen Manne zu begegnen. Man konnte ihm nicht anders als mit verehrungsvollem Abstand gegenüberreten, und man wußte sogleich, daß er sich selbst beim Worte hielt, das er bedächtig aussprach.

Lavals leidenschaftlich bewegter Kopf ließ dagegen alle feineren Züge vermissen. Er hätte abstoßend gewirkt, wenn nicht auffallend kluge und lebhaft Augen eine gewisse Wärme der Empfindung ausgedrückt hätten und seine sprühende Vitalität nicht sehr bald den Eindruck seines Äußeren nebensächlich hätte erscheinen lassen. Er konnte anziehen, was er wollte, selbst im Staatsrock machte er einen ungepflegten Eindruck. Man hätte in ihm eher einen verschlagenen Wirt oder Händler der nicht mehr „bürgerlichen“ Sphäre vermutet. Er wußte, daß er nur durch seinen Elan, durch die Beweglichkeit und Treffsicherheit seiner Gedanken und Worte, durch seinen Witz wirkte, und er übte sich täglich im vollendeten Gebrauch dieser Waffen. Im Auftreten war er betont ohne Formen.

War Pétain der Typus des ritterlichen Soldaten, so Laval der Typus eines Nichtsoldaten, der Typ des mit allen Wassern gewaschenen und intriganten Parteipolitikers. Pétain war strenggläubiger Katholik, Laval unumwundener Atheist. Pétain war ein Mann einfachster und mäßigster Lebensführung, Laval dem

Stucki, Von Pétain zur Vierten Republik – Vichy 1944, Bern 1947, passim. Ferner Robert Aron, Histoire de Vichy 1940–1944, Paris 1954, S. 700f.

Lebensgenuß zugetan, stets bedacht auf die Mehrung seines Vermögens, dabei aber ein anhänglicher Familienvater. Neben den Temperamentsgegensätzen wirkte sich auch der Altersunterschied von 27 Jahren sehr fühlbar aus. War Pétain auch in jüngeren Jahren ein klar planender, stetig im Gleichmaß sein Pensum erledigender Arbeiter, so war Laval ein von einer stets sich erneuernden Initiative gepackter, aber auch nie fertig werdender Fanatiker der Arbeitsleistung.

Es war ein großer Nachteil für Frankreich in seiner schwierigen Lage gegenüber der Besatzungsmacht, daß diese gegensätzlichen Naturen bei ihren zudem starken sachlichen Differenzen begreiflicherweise nicht ersprießlich zusammenarbeiten konnten. Die Ungunst dieses Verhältnisses wurde noch dadurch vermehrt, daß die Umgebung beider ständig dazu beitrug, die trennenden Dinge zu verschärfen. Das wirkte sich noch in besonderem Maße dadurch aus, daß die Dienststellen der beiden Parteien in Vichy in demselben Hotel (Hôtel du Parc) untergebracht waren.

Nachdem der Feldzug von 1940 mit einer Katastrophe für Frankreich geendet hatte, war Pétain – schon seit März 1940 Kriegsminister und stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Reynaud – Ministerpräsident und Laval sein Stellvertreter geworden, da dieser schon damals als der Mann eines Ausgleichs mit Deutschland galt<sup>1</sup>. Laval war sich der geradezu symbolischen Bedeutung des greisen Marschalls Pétain bewußt, denn die überwiegende Mehrzahl der Franzosen sah in dem ruhmreichen Verteidiger von Verdun den Retter des Vaterlandes. Diese vertrauensvolle Stimmung kam auch in dem Votum der Nationalversammlung zum Ausdruck, das dem greisen Feldherrn nicht nur die bisher mehr repräsentative Stellung eines Präsidenten der französischen Republik zuerkannte, sondern ihm auch für die Dauer des außerordentlichen Notstands durch ein besonderes Ermächtigungsgesetz am 10. Juli 1940 die freie Verfügungs- und vollziehende Gewalt eines autoritär regierenden Staatsoberhauptes übertrug. Es darf heute nicht vergessen werden, daß dieses Gesetz in der Kammer mit 395 gegen drei Stimmen und im Senat mit allen gegen nur eine Stimme angenommen wurde<sup>2</sup>. Wie sehr diese Entscheidung damals dem Gefühl des französischen Volkes entsprach, geht unter anderem daraus hervor, daß Pétains Bild in allen Schaufenstern zu sehen war, und es unterliegt für keinen Beobachter einem Zweifel, daß die Huldigungen für ihn spontan waren. Die demokratische Regierungsform hatte,

<sup>1</sup> Laval trat am 23. Juni 1940 in die am 16. Juni gebildete Regierung Pétain zunächst als Minister ohne Portefeuille ein, wurde jedoch am 27. Juni von Pétain zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.

<sup>2</sup> Die hier vom Verfasser genannten Zahlen (395 : 3 in der Deputiertenkammer, 230 : 1 im Senat) beziehen sich jedoch auf die am 9. 7. 40 angenommene EntschlieÙung, die nur allgemein eine Revision der Verfassungsgesetze als notwendig anerkannte. Die Abstimmung der (aus beiden parlamentarischen Körperschaften gebildeten) „Nationalversammlung“ vom 10. 7. 40 über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, wonach Pétain bevollmächtigt wurde, eine neue Verfassung des „Französischen Staates“ zu verkünden, die dann von der Nation zu ratifizieren wäre, ergab 569 für das Gesetz und 80 (57 Deputierte und 23 Senatoren) dagegen, bei 17 Enthaltungen.

nach Ansicht vieler Franzosen, ihre Schwäche in Zeiten der Anspannung aller Kräfte erwiesen, und auch Pétain hielt es in Anbetracht der durch den Waffenstillstand geschaffenen Lage für unerlässlich, die Regierungsgewalt stärker zu konzentrieren und beweglicher zu handhaben.

Bis zum Einmarsch der deutschen Truppen in die „Freie Zone“ südlich der Demarkationslinie konnte der Marschall wenigstens in diesem Teil Frankreichs ungehindert regieren<sup>3</sup>. Seine Beliebtheit erlitt zunächst trotz der englischen Propaganda und der des Generals de Gaulle keine wesentliche Einbuße. Vielmehr verstand es der körperlich erstaunlich rüstige alte Herr, durch Ansprachen, die er im Anschluß an Truppenparaden des neuen Heeres hielt, die Traditionen der französischen Armee neu zu beleben. Er war auch ein Meister der volkstümlichen Rede, mit der er an vielen Orten Südfrankreichs in weitesten Kreisen die Stimmung hob. Bei seinen An- und Abfahrten, wie auch bei der allsonntäglichen Flaggenparade in Vichy (la fête des couleurs) hatte er jedesmal das erfreuliche Erlebnis der vollen Anhänglichkeit und des Dankes der Erschienenen. Auch auf einen großen Teil der Jugend hatte sich damals die Begeisterung für den Marschall ausgedehnt. Sie war durchaus der Ausdruck vaterländischer Gesinnung. Das Lied der „Jeunesse du Maréchal“ hatte den begeisternden Schluß: „Maréchal! Nous voilà!“

Sehr schnell aber sollte, wie so oft in der Geschichte, auch diesem „Hosianna“ ein „Crucifige“ folgen. Und doch dürfte es fast unmöglich sein, den Wendepunkt genau zu fixieren. Das Übermaß der Verehrung und der auf die schwache Kraft eines Menschen gesetzten Hoffnungen trug das mögliche Verdammungsurteil der Enttäuschten schon in sich.

Die dienstliche und persönliche Umgebung des Staatschefs bestand aus einem Zivil- und einem Militärkabinett. Als politischer Berater stand ihm ein Generalsekretär zur Seite, der auf Druck von deutscher Seite mehrfach wechseln mußte. Es folgten aufeinander die Herren Jardel, Tracou und General Debenedy auf diesem einflußreichen Posten des secrétaire général. Der intimste Vertraute des Marschalls blieb jedoch sein Arzt und zugleich Privatsekretär Dr. Ménétrel (chef du Secrétariat particulier)<sup>4</sup>.

Die persönliche Lebensführung des Marschalls war von bewundernswerter Bescheidenheit. Während meines Aufenthaltes in Vichy bewohnte er ein kleines abgeschlossenes Appartement von drei Zimmern im Hôtel du Parc: ein Schlafzimmer, ein Wohnzimmer, das zugleich sein Geschäftszimmer war, und ein Wartezimmer, das auch den Sitzungen des Ministerrates diente. Der Madame la Maréchale stand

<sup>3</sup> Diese Feststellung bedarf einer Einschränkung. Abgesehen von den bereits in den ersten Monaten nach Abschluß des Waffenstillstandes erhobenen Forderungen nach militärischer Zusammenarbeit gegen England in Afrika sowie nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vichy-Regierung mit den Exilregierungen der von Deutschland besetzten Länder, begann nach der Absetzung und Verhaftung Laval's (13. 12. 40) eine fortgesetzte mittelbare und unmittelbare deutsche Einmischung in die innere Politik Pétains, die Auswahl seiner Mitarbeiter u. a. m.

<sup>4</sup> Dr. Ménétrel ist nach dem Kriege einem Autounfall erlegen. (Anm. d. Verf.) Über Ménétrel vgl. Stucki a. a. O., S. 14, 62f.; Aron a. a. O., S. 179f., 652.

für ihre repräsentativen Pflichten nicht einmal eine Hilfe in Gestalt einer Ehren-dame zur Verfügung. Die einzige Zeremonie in dieser Hofhaltung wurde beobachtet, wenn der Marschall vor dem Essen den Empfangssaal des Hotels betrat, um die dort versammelten Gäste zu begrüßen. Dann klopfte ein Diener mit dem Stock auf den Boden, wie dies an monarchischen Höfen üblich war, und sprach in feierlichem Ton die Worte: „Le Maréchal de France, Chef de l'Etat français, entre dans le salon.“

Das Leben des Marschalls vollzog sich mit pünktlicher Regelmäßigkeit; er bewältigte täglich eine große Arbeitslast. Der Zutritt zu ihm war sehr zuvorkommend geregelt, und er vermied es, seine Besucher lange warten zu lassen.

Es war schmerzlich für die ihm Nahestehenden, beobachten zu müssen, wie – für ihn selbst völlig unmerklich – diese kleine Welt der täglichen Pflichterfüllung des Marschalls immer mehr der Isolierung verfiel. Das französische Volk verlor mehr und mehr den inneren und äußeren Kontakt mit dem Staatschef. Es machte ihm den Vorwurf, daß er den deutschen Forderungen nicht energisch genug entgegenwirke. Das Fehlen eines unmittelbaren Weges zur Öffentlichkeit, einer freien Presse, eines mitverantwortlichen Parlaments wirkte sich sehr schnell zu Ungunsten Pétains aus; denn das, was er in Gesetzen und Anordnungen unter dem ständigen Druck der Besatzungsmacht zu verkünden hatte, konnte keine freudige Zustimmung im französischen Volke finden. Zunächst stellte sich die französische Bevölkerung den Marschall wohl noch als einen Mitstreiter um Frankreichs Sache vor, der sich in geheimem Einverständnis mit seiner offiziellen Opposition befinde. Dann aber fand man auch zu seinen etwa verborgenen Motiven keinen Zugang mehr. Die Zeit des Hinhaltens dauerte zu lange. Einen entscheidenden Schlag brachte die Besetzung ganz Frankreichs durch die deutschen (und italienischen) Truppen im Jahre 1942 und die Einrichtung der deutschen Militärverwaltung auch in der bisher freien Zone. Der Marschall protestierte zwar gegen diese nur schwach begründete Maßnahme, doch schien der Protest mehr eine Sache der Form zu sein. Die englischen und die de Gaulle-Sendungen konnten nun eine Wirkung in die Breite gewinnen. Sie haben in der Folge immer mehr zur politischen Willensbildung Frankreichs beigetragen. Mit dem Absinken der Autorität des Staatschefs trat der Wunsch des Volkes, seine altgewohnte demokratische Regierungsform wiederzugewinnen, immer gebieterischer hervor. Auch die beabsichtigten, freilich nur zum Teil durchgeführten sozialen Reformen fanden keine Zustimmung mehr. Zu Anfang des Jahres 1944 sagte mir ein gut unterrichteter Franzose, daß sich keines der von Pétain erlassenen Gesetze in der Praxis bewährt habe und nichts davon übrigbleiben werde. Am meisten schadete es im weiteren Verlauf dem Ansehen des Marschalls, daß sich das Naziregime als unfähig erwies, sich in die Mentalität Frankreichs einzufühlen und darauf auch nur in der Diktion der Forderungen Rücksicht zu nehmen. Die Torheiten und rohen Übergriffe der Parteidienststellen fielen gleichfalls auf Vichy zurück, da seine Proteste ungehört blieben. Spätestens im Frühjahr 1944 erkannte das ganze französische Volk, daß der Marschall keine freien Entschlüsse mehr fassen konnte, daß auch im Radio die Besatzungsmacht durch seinen Mund sprach und daß die von ihm ausgehenden Proklamationen und Erlasse zuletzt nicht nur von deut-



scher Seite mitredigiert, sondern ihm ganz und gar aufgenötigt waren<sup>5</sup>. Zur inneren Haltung Pétains wird noch einiges zu sagen sein. Nach außen hin hatte er ausgespielt, als er schließlich auf Hitlers Anordnung aus Vichy entführt wurde.

Dennoch waren die Gefühle für den greisen Marschall anderer Art als die für seinen Ministerpräsidenten und Gegenspieler Laval. Das ist nicht nur in der grundverschiedenen Persönlichkeit der beiden Staatsmänner begründet, sondern auch in ihrem Wollen und Handeln. Laval war zweifellos hochbegabt. Er besaß eine erstaunliche geistige Beweglichkeit, hatte ein eminentes Gedächtnis für alle politischen Vorgänge, große Menschenkenntnis und durch seine langjährige Tätigkeit als Abgeordneter und Minister eine bedeutende Routine in der Leitung der Regierungsmaschinerie. Auf das Ressort kam es ihm, wie so manchem parlamentarischen Minister, nicht sonderlich an. Er kannte keine Sache um ihrer selbst willen. Alles hatte sich vielmehr einer großen politischen Konzeption unterzuordnen. Diese zu nennen, wäre ihm wohl schwergefallen. Denn sein Programm war fern von jeder Doktrin. Er trieb, soweit ich ihn erkannt zu haben glaube, Politik um des Reizes willen, eines Reizes, der von der souveränen Beherrschung der politischen Klaviatur und von der Durchsetzung seiner oft gewundenen Taktik zur Lösung der Probleme ausging. Er brauchte das Abenteuer des politischen Spiels, die Bestätigung seines persönlichen Wertes durch den Erfolg in der Öffentlichkeit. In allem das gerade Gegenteil des in sich ruhenden Marschalls.

Unglaublich waren Umfang und Vielseitigkeit seiner Arbeit. Zur Zeit meiner Anwesenheit in Vichy leitete er gleichzeitig mit dem Ministerpräsidium das Außen- und das Innenministerium und dazu noch bis zur Berufung des Ministers Henriot im Dezember 1943 auch das Ministère de l'Information (Nachrichten und Propaganda), dessen Zügel er auch später in der Hand behielt<sup>6</sup>.

Sein selbst für die gesellschaftlich voraussetzungslosen Verhältnisse der Dritten Republik aufsehenerregender Aufstieg hat zu Legendenbildung und Kritik manchen Anlaß geboten. Über die Art, wie dieser einst arme Bauernjunge sein beträchtliches Vermögen erworben hatte, liefen viele mißbilligende Gerüchte um<sup>7</sup>. Man pflegt allerdings den Erfolgreichen solche Schönheitsfehler nicht nachzutragen, doch erregte es allgemeine Empörung, als bekannt wurde, daß Laval im Jahre 1944 große Teile seines Vermögens nach Spanien verschob. Den letzten Rest an menschlichem Kredit in den Augen seiner französischen Landsleute verscherzte er sich wohl, als er nach seiner Festnahme mit Hilfe eines SS-Trupps aus der Haft befreit wurde<sup>8</sup> und

<sup>5</sup> Vgl. die Rede Pétains in Paris am 26. 4. 44 und ihre Abänderung für die Presse (Aron a. a. O., S. 668 ff.) sowie seine Botschaft vom 6. 6. 44, bei Beginn der anglo-amerikanischen Invasion.

<sup>6</sup> Die Zusammensetzung der Regierung Laval von 1942 s. bei Aron a. a. O., S. 495; nach ihrer Umbildung im Dezember 1943: a. a. O., S. 655.

<sup>7</sup> Vgl. demgegenüber jedoch Aron a. a. O., S. 56.

<sup>8</sup> Nach französischen Zeugnissen hat der am 16. 12. 40 in Vichy eingetroffene Botschafter Abetz am nächsten Morgen u. a. die Freilassung Lavals von Pétain gefordert, die jedoch bereits kurz vorher erfolgt zu sein scheint. (Vgl. Aron a. a. O., S. 338; Mallet a. a. O. I., S. 309, und die Darstellung von O. Abetz, *Das offene Problem*, Köln 1951, S. 176 ff.) Gegenüber der

darauflin längere Zeit den Schutz der deutschen Botschaft in Paris in Anspruch nahm.

Laval hatte den Stolz des Mannes, der seinen Aufstieg und seine Stellung „allein der eigenen Kraft“ zu verdanken glaubt. Er behielt auch als Ministerpräsident etwas vom landverbundenen Bauern der Auvergne, und das war wohl fast seine beste Seite. In einer Unterhaltung sagte er mir einmal: „Jeder Franzose sollte außer seinem Beruf noch drei weitere Dinge beherrschen. Er müsse einen Baum pflanzen, eine Hecke schneiden und auch selbst kochen können.“ Und dann setzte er hinzu: es sei seine liebste Tätigkeit, wenn er nach Beendigung seines Dienstes nach Hause komme, seine Frau vom Herde zu verdrängen.

Wie ich schon erwähnte, bewohnte er das etwa 20 Kilometer von Vichy entfernte Schloß Châteldon. Es lag über dem Ort, in dem er in kleinsten Verhältnissen geboren und aufgewachsen war. Er hatte, nachdem er über das Studium, die Rechtsanwaltspraxis und die erfolgreiche politische Laufbahn zum reichen Mann geworden war, den Traum seiner Jugend und seinen höchsten Ehrgeiz erfüllt gesehen, als er dieses Schloß kaufte.

Jeden Morgen kam Laval in einer Wagenkolonne von Châteldon zur Aufnahme seiner Diensttätigkeit; am späten Nachmittag fuhr er wieder dorthin zurück. Während aber Pétain keines Schutzes bedurfte und sich frei unter dem Volk bewegte, fuhr Laval im gepanzerten Auto, und die Straße von Châteldon nach Vichy mußte stets in ihrer ganzen Länge von Posten bewacht werden. Wenn Laval ausstieg, wurde sein Wagen sofort im weiten Umkreis von getarnten Polizisten umgeben. In seinem Geburts- und Wohnort war sogar eine ganze Eskadron der Garde zu seinem Schutze untergebracht<sup>9</sup>. Diese Sicherheitsmaßnahmen waren wohlbegründet, denn in der Zeit zwischen seinen beiden Ministerpräsidentenschaften in Vichy hatte ein auf ihn abgefeuerter Schuß (Paris, 27. 8. 1941) dem vielumstrittenen und schon damals von vielen gehaßten Mann die Gefahr für sein Leben deutlich gemacht.

Es mußte mir in meiner Stellung natürlich daran gelegen sein, mit Laval reibungslos zusammenzuarbeiten. Aber auch seinerseits war das Bemühen unverkennbar, meine ursprüngliche Zurückhaltung zu durchstoßen. Da er (wie übrigens auch Pétain) nur Französisch (Laval auch etwas Spanisch) sprach, war es ihm angenehm, in mir einem Deutschen zu begegnen, der ihm in die feineren Nuancierungen der französischen Sprache, auch des Witzes, folgen konnte. Aber gerade diese Gewohnheit Lavals, in jeder Situation, auch nach für sein Land schmerzlichen Ereignissen, Witze anbringen zu müssen, wirkte oft befremdend auf mich. Und doch muß ich sagen, daß trotz allem, was uns trennen mußte, meine Begegnungen mit ihm für

französischen Darstellung, Abetz sei von zwei deutschen „automitrailleuses“ begleitet gewesen, bemerkt dieser (a. a. O.), sein Auto sei „lediglich von zwei normalen Personenwagen gefolgt“ worden, die „das übliche Begleitkommando der Sicherheitspolizei bei Überlandfahrten amtlicher Persönlichkeiten in Frankreich in Höhe von acht Mann enthielten“. Der Abetz empfangende französische General Laure hat nach eigenem Zeugnis dem Botschafter gegenüber derartige Selbstschutzmaßnahmen als inkorrekt bezeichnet (Aron a. a. O., S. 537).

<sup>9</sup> Vgl. dazu Aron a. a. O., S. 605f.

mich oft etwas Faszinierendes hatten. Ich kann mich kaum eines Gesprächs erinnern, aus dem ich nicht den Gewinn eines besseren Einblicks in die Verhältnisse gezogen hätte. Interessant waren mir besonders die fast unabsichtlich klingenden beiläufigen Äußerungen des erfahrenen Mannes, der natürlich wußte, daß gerade sie einen aufmerksamen Hörer und Bewahrer fanden.

Vieles konnte ich so über Mussolini und Stalin erfahren, deren Mentalität er genau zu kennen glaubte. „Ich war nämlich vor Euch in Moskau“, sagte er einmal scherzend zu mir. Dabei gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß Stalin im deutsch-russischen Kampf, selbst nach entscheidenden Mißerfolgen, niemals nachgeben würde. Mussolini bezeichnete er als eitel und habgierig. Als die italienische Besatzungsbehörde im Jahre 1943 in dem von ihr kontrollierten Gebiet östlich der Rhône von einigen nicht genehmigten Waffenlagern erfuhr, verlangte die italienische Regierung als Sühne eine hohe Summe nach genau abgestuften Tarif, vom Gewehr bis zum Geschütz. Laval hatte diese Forderung gerade erhalten, als ich zu einer Besprechung sein Dienstzimmer betrat. Höhnisch lächelnd teilte er mir dieses eigenartige Ansinnen mit und setzte hinzu: „Das ist Mussolini, wie ich ihn kenne!“

Diejenigen Deutschen in Frankreich, deren Blick nicht durch die Parteibrille getrübt war, erkannten schon frühzeitig, daß es Laval nicht gelang, aufrechte und dienstferne Franzosen für sein Kabinett zu gewinnen. Daß auch der Marschall diese Ansicht teilte, erfuhr ich von diesem selbst bei einem meiner Besuche auf besondere Weise. Als ich, wie gewöhnlich, zur festgesetzten Zeit sein Amtszimmer betrat, rief er mir zu: „Noch einen Augenblick! Ich schreibe gerade eine Beurteilungsliste meiner Minister!“ Als er bald darauf seine sarkastische Charakteristik fertiggestellt hatte, zeigte er mir das Blatt: Jedem Minister war darauf seine Unfähigkeit mit drastischer Ironie bescheinigt. Nur der Verkehrsminister Bichelonne hatte eine gute Note erhalten, die er wegen seiner überdurchschnittlichen Begabung auch wirklich verdiente. Die bitteren Worte, mit denen der Marschall diese Aufzeichnungen glossierte, klingen mir noch im Ohr. Vermutlich wollte er mir dadurch zugleich zum Ausdruck bringen: „Daran seid auch Ihr Deutschen schuld.“ Die deutsche Botschaft in Paris hatte einen nicht geringen Anteil an der Auswahl so ungeeigneter Persönlichkeiten, zum mindesten an ihrer Bestätigung. Im Jahre 1944 drängte sie der Vichy-Regierung sogar zwei Parteiführer auf, die dem Marschall so unsympathisch waren, daß er sich lange weigerte, sie zu empfangen<sup>10</sup>.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch Laval keineswegs mit dem Herzen hinter der aus Berlin befohlenen Politik in Frankreich stand. Aber zwischen seiner und

<sup>10</sup> Die Botschaft folgte dabei den Weisungen Hitlers und Ribbentrops. Im Dezember 1943 wurde Philippe Henriot Staatssekretär für Information und Propaganda, während der Chef der „Französischen Miliz“, Joseph Darnand, ehemals Chef der „Légion des Combattants“, das „Generalsekretariat für die Aufrechterhaltung der Ordnung“ mit Sondervollmachten für die Einsetzung von Kriegsgerichten erhielt. Pétain verweigerte seinerseits die Unterzeichnung der Neuernennungen und überließ sie Laval. Im März wurde der zunächst von Pétain überhaupt abgelehnte Marcel Déat, Führer des von ihm als Einheitspartei gedachten „Rassemblement National Populaire“, unter deutschem Druck von Laval zum Arbeitsminister ernannt. (Vgl. Aron a. a. O., S. 650 ff.; Abetz a. a. O., S. 269 f.)

Pétains Haltung war doch ein grundsätzlicher Unterschied. Der Wunsch des Marschalls nach einer dauernden Waffenruhe mit dem deutschen Gegner war von keiner Zweckhaftigkeit des Augenblicks bestimmt. Er war ein viel zu aufrichtiger französischer Patriot, um nicht in erster Linie dabei das Schicksal seines Vaterlandes im Auge zu behalten, dem er die Schrecknisse der Fortsetzung des Krieges ersparen wollte. Darüber hinaus war er ein überzeugter Freund des Friedens und der Verständigung, von einem politischen Ethos, das die politische List selbst nicht will und sie deshalb auch beim Gegner nicht überall vermutet. In diesem Punkt war ihm Laval überlegen, der aus seiner Selbstkenntnis heraus sehr viel klarer und früher die Pläne des Gegners durchschaute. Daß er sich dennoch zur Verfügung stellte, entsprach wohl zunächst seiner Überzeugung, daß die Achsenmächte siegreich sein würden. Aus diesem reinen Zweckbündnis wurde dann bald eine Verstrickung, aus der er sich nicht mehr zu lösen vermochte. Es gehörte wohl zu den verhängnisvollsten der dämonischen Kräfte Hitlers, in denen Ribbentrop nur ein mangelhafter Schüler war, daß er die Menschen auch gegen ihre Überzeugung an sich zu fesseln verstand. Laval hat offenbar geglaubt, der überlegene Spieler zu sein. Er hatte in seine Spekulationen wohl nicht ganz den wahrhaft blutigen Dilettantismus und den krankhaften Selbstvernichtungswillen des Diktators einbezogen. Dazu war er selbst zu vital und realistisch. So hat ihm das völlig Unkluge der Hitler-Ribbentropschen Außenpolitik wohl bald unlösbare Rätsel aufgegeben. Sie hat mit der Verweigerung des Friedensschlusses, der Nichtentlassung der Gefangenen, der Zwangsrekrutierung der Arbeiter und ähnlichem seine Stellung völlig untergraben und alle Kräfte Frankreichs gegen ihn aufgerufen.

Die Gegensätzlichkeit der Auffassungen zwischen Laval und dem Staatschef führte dazu, daß sich Laval in Vichy schon durch die Anwesenheit des Marschalls in seiner Regierungstätigkeit behindert fühlte. Pétain ließ es sich nicht nehmen, in Vichy in allen Sitzungen des Ministerrats den Vorsitz selbst zu führen. Laval erfand daraufhin das Aushilfsmittel, die Sitzungen immer häufiger in Paris abzuhalten, wohin ihm der greise Marschall nicht folgen konnte. Laval hatte zu dieser Ortsveränderung die ständige Genehmigung der deutschen Botschaft, während Pétain einer besonderen Erlaubnis Hitlers bedurft hätte. Wie sehr sich Laval durch Pétain bevormundet fühlte, zeigte mir eine gelegentliche zynische Äußerung: „Der Marschall lebt viel zu lange!“

Meine Dienststelle wurde täglich von Laval in starkem Maße in Anspruch genommen. Die deutsche Regierung hatte genehmigt, daß Laval Funksprüche nach einem uns übergebenen Schlüssel senden dürfe. Bedingung war jedoch, daß Laval jeden Funkspruch persönlich unterschreiben müsse und daß die Sprüche nur von der Funkstelle des deutschen Generals gegeben werden dürften. Da es sich stets um eine beträchtliche Anzahl von Anweisungen an die auswärtigen Vertreter Frankreichs und auch an die vor Alexandrien und vor den Antillen liegenden Flottenteile handelte, arbeitete mein Nachrichtenpersonal täglich mehrere Stunden für Lavals Anforderungen.

In den stets gespannten und von zahlreichen Auseinandersetzungen gestörten Beziehungen zwischen Pétain und Laval ist es zu dramatischen Höhepunkten gekommen, die den unheilbaren Riß auch der Öffentlichkeit offenbar machten. Während der Zeit, in der Marschall Pétain noch einen Rest von Bewegungsfreiheit besaß, entlud sich seine ganze Abneigung gegen Laval, indem er diesen am 15. Dezember 1940 kurzerhand absetzte und auf seinem Schloß Châteldon internieren ließ. Abetz behauptete mir gegenüber sogar einmal, er wisse bestimmt, daß man Laval damals beseitigen wollte; er wisse sogar, durch wen dies geschehen sollte<sup>11</sup>.

An Lavals Stelle ernannte der Marschall den Admiral Darlan zum Ministerpräsidenten. Dieser war ein Mann ganz nach dem Sinne Pétains, ein Offizier, der sich vor dem zweiten Weltkrieg als Chef des Admiralstabs, dann als Marineminister hervorragend bewährt hatte, und mit Pétain auf dem gleichen Grund der Lebensanschauungen stand. In seiner Beurteilung der damaligen politischen Lage stimmte Darlan mit dem Marschall völlig überein. Beide hielten darauf, daß die Bestimmungen des deutsch-französischen Waffenstillstandes genau eingehalten würden, schon um Deutschland keine Gelegenheit zu weiteren Repressalien zu geben. Beide waren damals England gegenüber nicht freundlich gesinnt. Sie fühlten sich enttäuscht und verraten und sahen offenbar die Siegchancen eher auf Seiten der Mittelmächte. Ihr ganzes Bestreben ging daher dahin, für Frankreich ausreichende Lebensbedingungen und einen Rest von Selbständigkeit und Würde zu wahren, um dadurch günstige Friedensbedingungen zu erringen. Vor allem suchten sie die französische Verwaltung fest in nur französischen Händen zu halten und ebenso die noch dem Lande verbliebene Streitmacht in und außerhalb Frankreichs nicht zu gefährden. Sie glaubten diesem Ziel am besten durch äußerste Korrektheit zu dienen. General Bridoux<sup>12</sup> erzählte mir später, als wir über die Frage der bis dahin verheimlichten Waffenlager sprachen: „Die Geheimhaltung ist zu Darlans Zeiten besonders schwierig gewesen, denn wir mußten sie nicht nur vor den deutschen Stellen, sondern auch vor Darlan verheimlichen.“ Darlan hatte dem Kriegsminister erklärt, ein Bekanntwerden dieser Lager könne seine Politik gefährden<sup>13</sup>.

Den gleichen Motiven entsprach wohl auch der Plan Darlans vom Juni 1941, Syrien gegen die Alliierten zu verteidigen. Auch wollten Pétain und Darlan das Übergangsheer zur Geltung bringen, um dadurch vielleicht von Deutschland die Genehmigung zu einer Vermehrung des Heeres zu erlangen. Französische Truppenteile wurden damals durch Süddeutschland nach Syrien transportiert. Einheiten der deutschen Flotte und der deutschen Luftwaffe übernahmen den Schutz der Küste. Der französische General Dentz erhielt den Oberbefehl über die Truppen der Vichy-Regierung in Syrien. Es war nun von entscheidender Bedeutung, daß es den zum

<sup>11</sup> Entsprechendes behauptet Abetz noch a. a. O., S. 177; ähnlich Mallet a. a. O. I, S. 308. Dagegen Martin du Gard a. a. O., S. 132.

<sup>12</sup> Secrétaire d'Etat à la Guerre.

<sup>13</sup> Diese und die folgenden Ausführungen des Verfassers sind naturgemäß von seinen damaligen persönlichen Eindrücken bestimmt. Zur Politik Darlans vgl. jetzt Aron a. a. O., S. 371 ff.

erstermal kämpfend auftretenden Truppen General de Gaulles und den Engländern gelang, Syrien den Vichy-Kräften zu entreißen. Die Maßnahmen Darlans untergruben die Achtung für ihn im französischen Volk, und zwar schon vor ihrem Fehlschlag. Die Züge der an die Syrienfront gehenden Vichy-Truppen wurden an einzelnen Stellen mit Steinen beworfen. Der gemeinsame Sieg der Alliierten und der de Gaulle-Truppen in Syrien aber zeigte vielen bis dahin Unentschiedenen, daß die Befreiung Frankreichs doch über den Weg des Kampfes gehen müsse. Darlans scheinbare Hinneigung zu Deutschland – auch wenn sie nur Zweckmäßigkeitsgründe hatte – wurde ihm nicht mehr verziehen, auch nicht durch seine spätere Haltung, die dem Gerechtdenkenden doch den Sinn seiner früheren Entscheidungen hätte offenbaren müssen. Wenn er, wie so mancher Mann der französischen Marine, nach den Erlebnissen mit der englischen Flotte auch kein Freund der Engländer war, so war er doch ein französischer Patriot. Für die Amerikaner hatte er große Sympathien, und seine Einladung an sie zum Flottenbesuch in Casablanca im Jahre 1941 entsprach meines Erachtens ganz seiner Grundhaltung.

Als man in der deutschen Botschaft in Paris die selbstverständliche „Entdeckung“ machte, daß Darlan in erster Linie Franzose war, glaubte man klug daran zu tun, ihn von seinem Posten zu verdrängen. Im April 1942 trat wieder Laval an seine Stelle. Ein Zeichen dafür, wie man bereits über die Willensäußerungen des greisen Staatschefs zur Tagesordnung überging. Was Abez und vor allem Laval sich von dieser „Lösung“ versprochen haben, entzieht sich meinem Einfühlungsvermögen. Jedenfalls scheint sich der wiederauferstandene Ministerpräsident die Entwicklung wesentlich anders vorgestellt zu haben. Als ich ihm zu seinem 60. Geburtstage meine Glückwünsche überbrachte, sagte er scherzend: „Ja, die Hälfte meines Lebens werde ich nun wohl vollendet haben!“ Er hat bestimmt damit gerechnet, daß er, dank seiner großen Geschicklichkeit und Erfahrung, auch nach Beendigung des Krieges noch eine führende Rolle spielen werde. Er hat nicht sehen wollen, daß er zur symbolischen Figur, zum Gegenstand des Hasses und der Verachtung aller patriotischen Franzosen geworden war.

Pétain suchte nun ständig sich von diesem Manne wieder zu befreien, obwohl ihm schon die erste Entlassung Laval auf die Dauer keinen Erfolg gebracht hatte. Auch mich befaßte er mit seinem Vorhaben. Im September 1943 hatte ich dem Marschall bei einem meiner regelmäßigen Besuche den Dank des Generalfeldmarschalls v. Rundstedt für einen an diesen gerichteten Brief zu übermitteln. Wir saßen, wie immer, wenn er mich empfing, nebeneinander auf dem Sofa hinter seinem Schreibtisch. Nach einer kurzen allgemeinen Unterhaltung fuhr der alte Herr plötzlich auf und sagte zu mir in erregtem Tone: „Ich kann so nicht weiter regieren! Ich kann nicht dauernd gegen die Volksmeinung regieren! Ich muß von Laval befreit werden, den das ganze Volk ablehnt.“ Da mir von Rundstedt wiederholt eingeschärft worden war, mich jeder politischen Betätigung zu enthalten, antwortete ich, daß ich mich nur mit militärischen Dingen befassen dürfe. Dadurch ließ sich Pétain aber nicht von seinen Gedanken abbringen. Er setzte mir auseinander, daß in einem der letzten Briefe Hitlers stehe, er solle sich in allen Anliegen

an Rundstedt wenden. Deshalb habe er ein Recht darauf, dessen Rat zu erbitten, wie er die Entfernung Lavals erreichen könne. Ich versuchte nochmals auszuweichen: „Herr Marschall! In dem letzten an Sie ergangenen Briefe Hitlers steht aber der Satz: ‚Ich werde bis zum Ende des Krieges zu keinem anderen Ministerium als dem von Laval geführten meine Zustimmung geben<sup>14</sup>.“ Der Marschall erwiderte energisch, es sei ja gerade sein Anliegen, die in diesem Satz enthaltene Beschränkung seiner Handlungsfreiheit aufgehoben zu sehen. Er ersuchte mich nochmals, Rundstedt seinen dringenden Wunsch vorzutragen. Nun konnte ich mich dem Auftrage nicht mehr entziehen. Als der bei der Unterhaltung anwesende Generalsekretär mich hinausbegleitete, sagte er mir zum Abschied: „Dieses Thema war für die Besprechung mit Ihnen nicht vorgesehen. Er hat Ihnen da Dinge gesagt, die er kaum einem Franzosen gegenüber äußern würde.“ Ich war jedoch, so sehr ich mir meiner schwierigen Lage bewußt war, beinahe froh darüber, nun endlich sozusagen genötigt zu sein, etwas in einer Sache zu tun, die mir schon lange am Herzen lag, die aber klar meine Kompetenzen überschritt.

Gleich am nächsten Morgen fuhr ich nach Paris und begab mich von dort in das im Sommer in St. Germain befindliche Hauptquartier des Oberbefehlshabers West. Leider war Rundstedt gerade auf einer Besichtigungsreise abwesend. So trug ich meinen Auftrag zuerst seinem Generalstabschef, General Blumentritt, vor. Dieser zeigte sich wenig erfreut: „Da wären wir ja glücklich in der Politik drin, was wir vermeiden wollten“, waren die ersten, von seiner Überraschung eingegebenen Worte. Er gab jedoch zu, daß ich mich dem Wunsche Pétains nicht entziehen konnte. Da es nun so gekommen sei, dürfe vor allem die deutsche Botschaft vor einer Entscheidung Rundstedts von der Angelegenheit nichts erfahren, denn sonst werde sie von Anfang an verdorben.

Leider hielt sich Rundstedt von jeder politischen Einflußnahme fern. Dadurch wurde die Verwaltungsaufgabe des Militärbefehlshabers General Heinrich v. Stülpnagel ebenfalls sehr erschwert. So manche Klage habe ich von diesem leidenschaftlichen Gegner der Hitlerpolitik über die passive Haltung des Oberbefehlshabers gehört. Immer mehr ging die ausübende Macht in Frankreich an die Botschaft, an die Stellen der SS und Gestapo sowie der Parteiorganisationen über. Die unerwünschten Folgen dieser Selbstausschaltung des Ob. West haben zuletzt ein verhängnisvolles Ausmaß angenommen.

Als Rundstedt von seiner Reise zurückgekehrt war, suchte ich ihn sofort auf. Er verbarg nicht seinen Unmut und eröffnete das Gespräch mit den Worten: „Sagen Sie dem Marschall, er möge einen persönlichen Brief an Hitler, also von Staatschef zu Staatschef, schreiben.“ Mit dieser weisen, ausweichenden Antwort, die den

<sup>14</sup> Hitler selbst hatte am 19. 12. 42 im Führerhauptquartier Laval erklärt, er werde immer nur mit diesem verhandeln; Laval verkörpere die letzte eigene Regierung Frankreichs. Ribbentrop hatte am 23. 4. 43 in einem Brief an Pétain vor etwaigen „Machenschaften“ in Vichy gegen Laval gewarnt und betont, die Reichsregierung werde eine Wiederholung von Vorgängen, wie sie sich am 15. Dezember 1940 (Entlassung und Verhaftung Lavals) abgepielt hätten, nicht gestatten. (Vgl. Aron a. a. O., S. 612, 626f., 634.)

Fatalismus Rundstedts, sein Wissen um die Erfolglosigkeit aller derartigen Bemühungen um vernünftige Entscheidungen Hitlers kennzeichnet, kehrte ich nach Vichy zurück. Als ich die Antwort Rundstedts Pétain am nächsten Morgen mitteilte, fragte er mich enttäuscht, auf welchem Wege er den Brief befördern solle. Darauf konnte ich ihm nur die Antwort geben: „Das ist nur durch die Vermittlung der deutschen Botschaft möglich.“ Sofort gab Pétain zu erkennen, er befürchte, daß dieser Brief nicht befördert werde, und fragte mich daher weiter, ob es möglich sei, den Brief durch seinen Generaladjutanten persönlich überbringen zu lassen. Als ich ihm sagen mußte, daß der General gleichfalls durch die Botschaft angemeldet werden müßte, resignierte der Marschall mit einem bitteren Lächeln. Er mußte einsehen, daß sein Plan, Laval zu beseitigen, durch die Mithilfe militärischer Stellen nicht zu erreichen war. Es war für mich beschämend, ihn die Machtlosigkeit der obersten militärischen Stelle in Frankreich so offen erkennen lassen zu müssen.

Für mich hatte dieses „Eingreifen in die Politik“, wie die deutsche diplomatische Vertretung die Ausführung meines Auftrages auffaßte, noch ein Nachspiel. Die deutsche Botschaft erfuhr sehr bald von meiner Vermittlertätigkeit. Entrüstet beschwerte sich der stellvertretende Botschafter, Gesandter Schleier, beim Ob. West, daß ich unberechtigt in die Belange der Diplomatie eingegriffen hätte. Aber diese Klage machte beim Ob. West keinen Eindruck. Rundstedt schützte mich. Ebenso gekränkt aber zeigte sich der Leiter der Zweigstelle Vichy der Botschaft, Gesandter Krug v. Nidda. Er betonte mir gegenüber, ich hätte ihm noch vor der Abreise von Vichy von dem Auftrag Pétains Kenntnis geben müssen. Ich erklärte ihm jedoch, daß ich allein meinem militärischen Vorgesetzten verantwortlich sei und dessen Entscheidung nicht vorgreifen dürfe. Durch Rundstedts Eingreifen gelang es, die Angelegenheit nicht zur Staatsaktion werden zu lassen; ich war aber seitdem in politischer Ungnade bei der deutschen Botschaft und ihrer Zweigstelle in Vichy. Noch mehr als bisher legte man Wert darauf, mir alle politischen Pläne und Handlungen zu verheimlichen, was jedoch nicht immer gelang. Mir hat dieses Mißtrauen zwar manche Unannehmlichkeit bereitet, aber auch weitgehend meinen inneren Frieden gerettet.

Auch Laval erfuhr bald von der Sache. Er schien die Angelegenheit aber nicht zu tragisch zu nehmen und ließ sich zunächst nichts anmerken. Erst bei Gelegenheit eines späteren Besuchs sagte er einmal in ironischem Tone zu mir: „Ich weiß genau, was damals zwischen Ihnen und dem Marschall besprochen worden ist.“ Laval hatte zweifellos Mittel genug, um stets über die Ansichten und Worte des Staatschefs unterrichtet zu sein.

Pétain hat sich durch den Mißerfolg seines Bemühens nicht auf die Dauer entmutigen lassen<sup>15</sup>. Er hatte ganz offensichtlich seine Hoffnung auf die Haltung mili-

<sup>15</sup> Für die sich seit September 1943 erneut geltend machenden Bestrebungen Pétains, Laval zu stürzen bzw. ihn als vorgesehenen Nachfolger im Amt des Staatschefs auszuschalten und zu diesem Zwecke durch den geplanten Gesetzesakt vom 12. 11. 43 für den Fall des Ablebens des Marschalls dessen verfassungsgebende Gewalt wieder der Nationalversammlung zu übertragen — Bestrebungen, die im Dezember 1943 am Einspruch Hitlers endgültig scheiterten — vgl. Aron a. a. O., S. 633 (mit Fußnote) ff.; Abetz a. a. O., S. 267 ff.



tärischer Kreise gesetzt und versuchte weiterhin, mich in der Frage der Entfernung Lavals ins Vertrauen zu ziehen. Erst nach den Ereignissen des 20. Juli 1944 hat er seine Hoffnung endgültig begraben.

In einem Punkte allerdings – das muß für die Charakteristik der beiden Staatsmänner abschließend hervorgehoben werden – begegneten sich die Ansichten Pétains und Lavals vollkommen: in ihrer Gegnerschaft zum Kommunismus, von dessen Einfluß sie großes Unglück für Frankreich befürchteten. Diese Besorgnis ließ auch Pétain später noch hoffen, daß wir eine Landung der Alliierten abwehren würden. Zu mir äußerte er einmal seine damit verbundene Sorge: „... denn sonst bekommen wir den Kommunismus.“ Er hegte tiefes Mißtrauen gegen die Absichten der zahlreichen Kommunisten in der Widerstandsbewegung und fürchtete ihren beherrschenden Einfluß nach Beendigung des Krieges. Auch Laval hat einmal in meiner Gegenwart, umringt von einigen in Vichy akkreditierten Diplomaten, nach einem Essen seine Meinung dahin zusammengefaßt: „Wir streiten uns in Europa um den Besitz von Landstücken und sehen nicht die größere Gefahr, die uns alle verschlingen kann, – den Kommunismus.“

Es ist eine besonders tragische Fügung des Schicksals gewesen, daß diese so gegensätzlichen Menschen, die kaum einen der gemeinsamen Schritte ihres Lebens aus den gleichen Gründen getan haben, dem gleichen Schuldspruch verfielen, als ihre Politik, die nach außen hin übereinzustimmen schien, gescheitert war. Beide wurden wegen Landesverrats vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Der Marschall war sich dessen bewußt, daß seine Gegner ihn zur Rechenschaft ziehen würden. In den letzten Tagen seines Aufenthalts in Vichy sagte er einmal zu mir: „Mais moi je serai puni.“ – Noch hat niemand die Frage zu beantworten gewagt, welches Schicksal Frankreich hätte erdulden müssen, wenn nicht der greise Marschall für lange Jahre mit dem Gewicht seiner achtungsgebietenden Persönlichkeit der Vernichtung seines Landes Einhalt geboten hätte. Ich selbst bin nicht in der Lage, diese andere Möglichkeit zu übersehen.

### Wehrmacht und Partei in Frankreich

Mit der Übernahme meines Amtes in Vichy hatte ich gehofft, einen Beitrag zur Verständigung der beiden Völker leisten zu können. Ich fühlte mich damals noch in Übereinstimmung mit dem erkennbaren Sinn und dem Wortlaut der deutschen offiziellen Verlautbarungen, mit den Weisungen meines unmittelbaren militärischen Vorgesetzten, und ich fand mich schon in den ersten Gesprächen mit Marschall Pétain in meiner Auffassung bestätigt. Von seiner Seite hat sich das auch später kaum geändert. Als ich ihm sagte: „Es muß ein für allemal verhindert werden, daß Deutschland und Frankreich sich in jeder Generation zerfleischen. Es muß eine wirkliche Lösung aller Konfliktstoffe gefunden werden!“ erwiderte er: „Sie haben damit die Grundlinie auch meiner Politik ausgesprochen.“

Der französische Staatschef und ich befanden sich jedoch in einem weittragenden Irrtum über die Grundzüge der Hitler-Ribbentropschen Politik. Wenn ich auch

Anlaß genug hatte, deren außenpolitischer Konzeption im ganzen zu mißtrauen, so versuchte ich doch das Frankreich-Problem daraus zu isolieren. Ich glaubte, daß sie vielleicht in diesem Punkte etwas einsichtiger geworden sein könnten, und meinte, daß ihnen schon aus taktischen Gründen daran gelegen sein müsse, mit Frankreich ins reine zu kommen. Meine irrige Auffassung wurde noch dadurch genährt, daß nach dem von Hitler selbst geschaffenen Recht die offiziellen Inhaber der vollziehenden Gewalt in Frankreich von deutscher Seite der Militärbefehlshaber in Frankreich und der Oberbefehlshaber West waren. Gerade von General Heinrich von Stülpnagel aber wußte ich, daß er ganz ähnlich dachte und auch entschlossen war, sich von niemand das Konzept verderben zu lassen.

Im Verlauf der Ereignisse stellte sich dann immer deutlicher heraus, daß Hitler auch hier sein altes Mittel angewandt hatte, alle Funktionen und Zuständigkeiten mehrmals zu besetzen, um jeweils den einen durch den anderen ausschalten zu können und die Befehlsgewalt allmählich von der ihm unsicheren Wehrmacht auf die ihm hörigen Personen und Organisationen zu übertragen. So wurde der in der Wehrmacht verbreitete Gedanke der Völkerversöhnung mehr und mehr zunichte gemacht. Der selbst von Dämonen Getriebene konnte oder wollte nicht sehen, daß das Endergebnis dieser ränkevollen und verlogenen, alle gegen alle ausspielenden Politik das vollendete Chaos sein mußte. Die Übergriffe der Parteiorgane selbst auf militärisches Gebiet drängten den Einfluß der Wehrmacht ständig zurück.

Wer die sauber und übersichtlich wirkenden graphischen Darstellungen und Karten der Behördenorganisation und ihrer Kompetenzen in Frankreich befragte, der konnte die in der Praxis geradezu allmächtigen Exekutivorgane auf ihnen kaum entdecken. Sie trugen ganz bescheidene Namen, meist mit dem Wort „Einsatz-“ oder „Sonder-“ beginnend. Das „Einsatzkommando des SD“ in Vichy, die Gestapo<sup>16</sup>, zum Beispiel war dort die wirkliche Herrscherin. Kein französischer Beamter war vor ihren Schergen sicher. Ist es doch sogar vorgekommen, daß der Generalsekretär des Kriegsministeriums, der aktive General Caldaïrou, an seinem Schreibtisch verhaftet wurde. Es bedurfte des sofortigen und energischen Eingreifens der Dienststelle des Deutschen Generals, um ihn wieder zu befreien. Daraufhin erklärte die Gestapo, wie in allen Fällen, in denen sie sich nicht durchsetzen konnte, es handle sich um ein Versehen. Ein anderes Mal beschlagnahmte die Gestapostelle Vichy den gesamten Fahrzeugpark der Admiralität. Die deutsche Waffenstillstandskommission hatte absichtlich alle militärischen Behörden in Vichy von Kontrollen und Abgaben ausgenommen. Ich schritt daher sofort ein, als man sich an mich wandte. Aber schon hatte der SS-Führer alle Wagen zu einer SS-Sammelstelle in Holland gesandt. Er wurde von oben belobt und gedeckt, und es fand sich keine Stelle außerhalb der SS, die sich für kompetent gehalten hätte, ihn zu bestrafen.

Die Gestapo arbeitete mit allen Mitteln. So hatte sie auch einen am Tisch des Marschalls Pétain bedienenden Kellner bestochen und erpreßt. Dieser berichtete der Gestapo alle an der Tafel gehörten Gespräche. So kam es zur Verhaftung des Begrün-

<sup>16</sup> Gemeint ist das Einsatzkommando der „Sicherheitspolizei (= Gestapo und Kriminalpolizei) und des SD“ unter einem „Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD“.

ders und Leiters der französischen Jugendbewegung, der „Chantiers de jeunesse“, des Generals de la Porte du Theil. Als ich den Führer der Gestapo deswegen zur Rede stellte, erklärte er mir frech, der General habe während eines Essens bei Pétain zu diesem gesagt, im Osten seien die Deutschen am Ende: „Das hat mir genügt, um ihn festzunehmen.“ Der Marschall verlor damit einen seiner aufrechtsten Ratgeber<sup>17</sup>. Von diesem Tage an wußte ich, daß auch jedes von mir bei einer Einladung beim Marschall gesprochene Wort an die Gestapo berichtet wurde. Daß ich überhaupt die Ehre hatte, Gegenstand des besonderen Interesses der Gestapo, allerdings auch der französischen Polizei zu sein, war mir schon vorher kein Geheimnis.

Später suchte ich den – leider vom Kriegsminister General Bridoux aus seiner Stellung als Generalsekretär entlassenen und verabschiedeten – General Delmotte vor der Verhaftung durch die Gestapo zu bewahren. Es gelang mir nicht. Der General wurde nach quälenden Verhören nach Deutschland verschleppt. Allein schon die Art der Unterbringung des etwa 50 Mann starken Einsatzkommandos des SD war unerhört herausfordernd. Etwa 150 Meter von der Wohnung des Marschalls entfernt, hatte es einen Block von fünf Häusern beschlagnahmt. Der ganze Gebäudekomplex war von einer 2 Meter hohen Betonmauer umgeben worden, auf der Plätze für Maschinengewehre und Scheinwerfer vorbereitet waren. Diese grobe Geschmacklosigkeit war eine ständige Beleidigung für die Vichy-Regierung. Der Führer des Kommandos hieß Geißler, von den Franzosen, in Anspielung auf Schillers „Tell“,

<sup>17</sup> An anderer Stelle erörtert der Verfasser einen ebenfalls sehr bezeichnenden Vorfall mit der Gestapo, der in der vom Autor gegebenen Darstellung hier folgt:

Bei einem gelegentlichen Aufenthalt in Paris — es war, glaube ich, im Frühjahr 1943 — sprach ich den Chef des Generalstabes des Militärbefehlshabers, Oberstleutnant Cossmann, einen Offizier von strengen Auffassungen. „Denken Sie“, sagte er zu mir, „welches Ansinnen mir gestern gestellt worden ist!“ Der Leiter der Gestapo habe ihn am Fernsprecher gefragt, ob er ihm einen katholischen Geistlichen stellen könne, der der Madame Giraud die Beichte abhören könne. Sie befinde sich im Gewahrsam der Gestapo und habe den Wunsch ausgesprochen, beichten zu können. Dadurch habe man die Möglichkeit, über den Fall Giraud und seine Zusammenhänge Wichtiges zu erfahren. „Tiefer geht's doch nicht mehr!“ fügte der Oberstleutnant dieser Erzählung mit Empörung hinzu. Heute früh habe er nun den Führer der Gestapo angerufen, um ihm die Antwort auf sein gemeines Ansinnen zu geben und habe es mit der Begründung abgelehnt, daß es einen Geistlichen, der das Beichtgeheimnis verletze, nicht gäbe. Was ihm aber der Leiter der Gestapo daraufhin geantwortet habe, übertreffe selbst das Vorhergehende an Niedrigkeit der Gesinnung: Er wisse schon ein Aushilfsmittel: Die Abzeichen eines katholischen Feldgeistlichen könne man ja bei der Heereskleiderkasse kaufen. Einen seiner Beamten, der gut französisch spreche, werde er beauftragen, der Madame Giraud die Beichte abzunehmen. — Ob es so geschehen ist, habe ich nicht erfahren. Möglich ist es jedenfalls. Es ist schon etwas Wahres an der Auffassung, die mir einmal einer meiner Referenten bekundete, als er mir wieder, wie so oft, eine verbrecherische Tat der Gestapo mitteilte und ich ihm sagte: „Ich kann es nicht verstehen, denn solche verkommenen Menschen hat es früher in Deutschland überhaupt nicht gegeben. Das Verhalten dieser Leute widerspricht vollkommen dem deutschen Charakter.“ Worauf mir der vortragende Offizier antwortete: „Ja, früher saßen diese Leute im Zuchthaus, und heute regieren sie uns.“

Geßler genannt<sup>18</sup>, ein typischer, persönlich mutiger Haudegen, der 1943 bei einem Überfall durch Partisanen getötet wurde. Sein Nachfolger Bömelburg machte einen etwas menschlicheren und wohlzogenen Eindruck. Er hatte sich seine Stellung bei der Nazipartei dadurch verdient, daß er den Mörder des Legationssekretärs vom Rath, Grynspan, entdeckt und verhaften lassen hatte.

Im Jahre 1942 erhielt ich einmal vom OKW unmittelbar den Befehl, die obersten französischen militärischen Behörden in Vichy zu revidieren. Diese Anordnung Keitels ging offenbar auf die Initiative der Parteikreise zurück, denen unsere Rücksichtnahme auf Pétain schon lange sehr unangelegen war. Ich erhielt diese Anweisung, als ich mich gerade zu einer für den Abend angesetzten Besprechung bei dem Stellvertreter des Botschafters, dem Gesandten Schleier, in Paris befand. Um 22.00 fuhr ich mit dem Wagen nach Vichy zurück. Am frühen Morgen ging ich zum Gebäude des Kriegsministeriums, dem Hôtel Thermal, und suchte zunächst den damals noch amtierenden Generalsekretär, General Delmotte, auf. Anschließend nahm ich die vorgeschriebene Kontrolle in allen Dienstzimmern an Hand der aufgestellten Listen vor. Die Überprüfung wurde mir durch größtes Entgegenkommen erleichtert und ergab keine Verstöße gegen die Abmachungen. Sie blieb die einzige in den vier Jahren der Besetzung.

In einen immer schärferen Gegensatz zum OKW geriet der schon erwähnte Militärbefehlshaber in Frankreich, General der Inf. Karl Heinrich von Stülpnagel. Ich habe diesen hervorragenden Soldaten, der ein sicheres politisches Urteil besaß, häufig in Paris aufgesucht. Unsere Unterhaltung fand stets unter vier Augen statt, und ich habe dabei sein Wesen, seine Anschauungen, seine Begabung und Leistung eingehend kennengelernt. Er war ein intimer Freund des Leiters der deutschen Widerstandsbewegung, Generaloberst Beck, und selbst ein erbitterter Feind der NSDAP. Schon frühzeitig hat er durch personelle Maßnahmen die Beseitigung des Einflusses der Parteiorganisationen in seinem Befehlsbereich für den von ihm erhofften Augenblick des Umsturzes vorbereitet. Als wertvolle Hilfe diente ihm dabei Oberstleutnant von Hofacker, ein begabter und energischer Württemberger und zugleich eine Persönlichkeit von großer Weltkenntnis, die er sich als weitgereister Vertreter eines großen rheinischen Industriekonzerns erworben hatte. Dieser aufrechte Mann ließ sich nach seiner Verhaftung wegen Teilnahme am 20. Juli auch durch die quälendsten Verböde der Gestapo nicht einschüchtern. Ihm zum ehrenden Gedächtnis sei einer seiner letzten Aussprüche vor der Untersuchungsbehörde bewahrt: „Hitler ist der größte Verbrecher der deutschen Geschichte.“ – Obwohl Stülpnagel einer der Hauptbeteiligten am Putschplan des 20. Juli war, mich auch genau als Gesinnungsgenossen kannte, hat er mir gegenüber niemals etwas davon erwähnt. Im Gegenteil hat er bei jeder Zusammenkunft, bei der ich mich über das von mir beobachtete Verhalten der Parteistellen in Frankreich beschwerte, abschließend festgestellt: „Ich bin ganz Ihrer Ansicht, aber wir können nichts machen.“ Er wollte niemand durch eine Mitwisserschaft belasten, der nicht im Putschplan eine besondere Aufgabe übernehmen sollte.

<sup>18</sup> Der Name wird jedoch noch von Aron a. a. O., S. 352, 369 „Geßler“ geschrieben. Richtige Schreibweise bei Mallet a. a. O., II, S. 93 (Kapitel: Les chefs nazis).

Während seiner Tätigkeit hat sich Stülpnagel ständig bemüht, die Sorgen des französischen Volkes nicht über Gebühr zu vermehren. Daß es immer schwieriger wurde, dieses Interesse mit den Bedürfnissen der deutschen Truppen in Einklang zu bringen, wird nur der ganz begreifen, der weiß, wie eingeschränkt er durch das entgegengesetzte und verständnislose Wirken der politischen Stellen bei diesem Bemühen war. „Die Frage der Ernährung in Frankreich haben wir nun endlich gelöst“, sagte Stülpnagel Anfang 1944 erleichtert zu mir, „nur die Verpflegung von Paris bereitet leider noch große Schwierigkeiten.“ Damals hatte allerdings die Zerstörung des französischen Eisenbahnnetzes durch die anglo-amerikanischen Luftangriffe kaum begonnen. Sie machte im weiteren Ablauf eine geregelte Versorgung der französischen Bevölkerung überhaupt unmöglich.

Große Beunruhigung rief in Frankreich die plötzliche Verhaftung zahlreicher Generale hervor. Anlaß dazu war das Entweichen des Generals de Lattre de Tassigny aus dem Gefängnis von Riom. Der ehemalige Kommandeur der 16. Division des Übergangsheeres in Montpellier war wegen seines Versuchs aktiver Gegenwehr beim Vormarsch der deutschen Truppen am 11. November 1942 und wegen des damit begangenen Ungehorsams gegen den Befehl der französischen Regierung von einem französischen Militärgericht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. In der ersten Zeit war er in einem Gefängnis in Lyon untergebracht worden, dann wurde er nach Riom überführt. Seine Flucht war natürlich nur durch die Mithilfe des Gefängnispersonals möglich. Die Gestapo wagte nicht, den Fall an Hitler zu melden. Nun aber erfuhr Hitler, daß de Lattre in Nordafrika Truppen aufstelle. In dem darauf folgenden Wutanfall ordnete er an, daß alle französischen Generale, die sich in Frankreich im Zivilverhältnis befanden, zu verhaften und nach Deutschland zu verbringen seien. Das war selbst der Gestapo zuviel. Sie verschob die Ausführung um einige Wochen und suchte, unterstützt durch Vorstellungen von anderen Seiten, eine Aufhebung des Befehls zu erreichen. Hitler aber bestand auf der Durchführung. Nun wurden die ehemaligen Generale in ganz Frankreich zusammengesucht, in einem Lager bei Compiègne gesammelt und nach Deutschland gebracht, wo sie in guten deutschen Hotels untergebracht wurden, bis sich die Alliierten dem Rhein näherten. Als ich mit dem Generalfeldmarschall von Rundstedt über diese bedauerliche Angelegenheit sprach und dabei erwähnte, daß einer der Generale in Clermont-Ferrand von der Gestapo gefesselt durch die Stadt an die Bahn geführt worden sei, äußerte er sehr überrascht, man habe ihm versichert, es solle sich nur um eine Ehrenhaft für die Generale handeln. Unter den verschleppten Generalen befand sich sogar ein Achtzigjähriger. Pétain erbat meine Vermittlung für ihn. Trotz sofortiger Bemühungen gelang es erst nach drei Monaten, den alten Herrn in seine Heimat zurückzubringen. Wie sanken meine Hoffnungen auf eine Verständigung der beiden Völker!

Mit der Zuspitzung der inneren Lage und der damit zunehmenden Nervosität der Gestapo fiel mir in stärkerem Maße die Aufgabe zu, in Fällen von besonderer Härte zu intervenieren. Leider waren meine Bemühungen nicht immer von Erfolg gekrönt. Das lag nicht nur daran, daß Rundstedt jede Überschreitung meiner Kom-

petenzen – und dies brachte ja jeder dieser Fälle mit sich – nicht wünschte, sondern weit mehr an der Tatsache, daß auch er, selbst wenn dem Fall ein „militärisches Gesicht“ verliehen werden konnte, mit seinen Vorstellungen oben nicht durchzudringen vermochte. Die radikalen Draufgänger der politischen Stellen dagegen führten in Windeseile Entscheidungen zugunsten ihrer Auffassung herbei. Ich habe nach den lähmenden Erfahrungen mit dem korrekten Dienstweg die einzig mögliche Konsequenz gezogen und, wo es irgend anging, aus eigener Entschliebung und auf eigene Verantwortung eingegriffen. So konnte ich in einigen besonders dringenden Fällen erfolgreiche Hilfe leisten. Es ging dabei zweimal um ein Wettlaufen mit dem Tode. So hatte ein in Südwestfrankreich wohnender Offizier sich wegen angeblicher Begünstigung der Truppenaufstellung in Nordafrika zu verantworten. Er sollte eine Organisation geschaffen haben, die es jungen Franzosen ermöglichte, über Spanien dorthin zu gelangen. Ohne ausreichende Beweise wurde er zum Tode verurteilt. Oberstleutnant de Goy in Bourges erbat meine Hilfe im Namen der Familie des Betroffenen. Ich mußte, wenn ich noch etwas retten wollte, den direktesten Weg gehen. Sogleich ließ ich mich mit dem Oberbefehlshaber der Armee in Avignon, General von Sodenstern, verbinden und trug ihm den Fall in bewegten Worten vor. Dieser verständnisvolle Offizier nahm sich sofort der Angelegenheit an und kassierte das Urteil wegen mangelnder Beweise. Der Fall wurde dann zu erneuter Verhandlung dem Gericht der Kommandantur von Paris überwiesen. Dort fand eine neue Untersuchung statt und dank eines gerechten Richters erfolgte ein Freispruch.

Im Jahre 1942 war ein Arzt zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er sich über die Verschickung zur Arbeit nach Deutschland abfällig geäußert hatte. Auch in diesem Falle überbrachte mir Oberstleutnant de Goy das Ersuchen um Hilfe von seiten der Familie. Der zuständige Vorgesetzte des Gerichts war der Militärbefehlshaber General Heinrich von Stülpnagel. Ich fuhr nach Paris und trug diesem die Bitte vor, das Urteil aufzuheben. Damit stellte ich eine schwere Anforderung an sein rechtsempfindendes Gewissen, denn das Urteil war nach geltendem Recht und Gesetz zustande gekommen. Es mußte ein hinreichender Begnadigungsgrund gefunden werden, was auch gelang, nachdem Stülpnagel den Fall an sich gezogen hatte. Er sprach eine restlose Begnadigung aus.

Die harmloseren Fälle gehörten bald zu unserem Tagewerk. Ein bezeichnender Fall, der, rückblickend, nicht ohne Humor ist, mag hier für viele stehen: In einer Familie eines französischen Alpenkurortes sollte die Hochzeit der Tochter stattfinden. Das Haus und seine Bewohner waren mir auf einer Dienstreise bekannt geworden. Eines Tages erhielt ich von der Mutter der Braut einen Anruf. Sie klagte, die Hochzeit, zu der schon alle Vorbereitungen getroffen seien, werde durch einen Zwischenfall in Frage gestellt. Der zukünftige Schwiegervater der Braut sei in Marseille von der Gestapo verhaftet worden. Er habe ein südländisches Aussehen und würde deshalb von den Schergen der Gestapo für einen Juden gehalten. Die sehr gründliche Leibbesichtigung schien diesen Verdacht zu bestätigen, und bei der Ahnungs- und Skrupellosigkeit dieser „Behörde“ konnte die Sache gefährlich werden. Ich rief sofort den deutschen Generalkonsul in Marseille, den bekannten früheren U-Boot-

kommandanten Freiherrn von Spiegel an, der meine Bestrebungen auch in anderen Fällen unterstützt hatte. Durch dessen Eingreifen konnte der Irrtum noch rechtzeitig aufgeklärt werden und die Hochzeit zum festgesetzten Termin stattfinden. So unbedeutend der hier geschilderte Fall an sich erscheinen mag, so zeigt er doch die weitgehende Rechtsunsicherheit und die Autonomie einer Schnell-„Justiz“, denen die Bevölkerung in der letzten Besetzungszeit ausgesetzt war. Da die Gestapo mit vielen gedungenen Elementen der französischen Halb- und Unterwelt arbeitete, konnte eine unvorsichtige Äußerung schwere Folgen haben. Haussuchungen und Beschlagnahmen mehrten sich, und gerade diese Maßnahmen haben die Abwehrfront zusammengeschweißt, der sich zum Schluß der Deutsche gegenüber sah. Auch die Friedfertigen nahmen an der allgemeinen Empörung teil, und das selbstverständliche Einverständnis, das schließlich fast alle Franzosen verband, machte die Lage der Vichy-Regierung zu einer Unmöglichkeit und stellte auch die den Ausgleich suchenden militärischen Stellen vor unlösbare Aufgaben.

Wie undurchsichtig die Verhältnisse waren, erlebte ich bei der Heimkehr des Generalresidenten von Tunesien, Admiral Esteva, im Mai 1945. Dieser hatte auf seinem Posten bis kurz vor dem Einrücken der alliierten Streitkräfte ausgehalten. Ein deutsches Flugzeug sollte ihn nach Frankreich zurückbringen. Bei einer Zwischenlandung in Rom wurde er noch mit militärischen Ehren empfangen. Der Gesandte Krug von Nidda und ich erhielten die Anweisung, ihn bei seinem Eintreffen in Vichy, wo er sich bei Pétain melden wollte, auf dem Flugplatz offiziell zu begrüßen. Nachdem wir dort einige Stunden gewartet hatten, erfuhren wir endlich, daß das den Admiral befördernde Flugzeug von Rom noch nicht gestartet sei. Kurze Zeit, nachdem ich in meine Wohnung zurückgekehrt war, kam der Gesandte mit der Nachricht, daß das Flugzeug nun von Rom abgeflogen sei. Er habe aber das Gefühl, es sei nicht zweckmäßig, daß wir zu dessen Eintreffen nochmals hinausführen. Was war geschehen? Beim Auswärtigen Amt und der Gestapo waren plötzlich Zweifel darüber entstanden, ob Esteva sich während der Kämpfe in Tunesien gegenüber unseren Truppen loyal verhalten habe. Infolgedessen wurde er in Vichy sogleich von einem Beauftragten des SD abgeholt und im Kraftwagen nach Paris gebracht. Dort wurde er unter der Verantwortung der deutschen Botschaft einige Zeit im Hôtel Ritz in einer Art von Ehrenhaft gehalten. Er protestierte lebhaft und erreichte, daß ihm nach etwa einer Woche dieses unfreiwilligen Aufenthalts ein Flugzeug nach Vichy gestellt wurde. Nun erhielt ich den Befehl, für einen möglichst feierlichen Empfang zu sorgen. Die zahlreich Erschienenen, französische Vertreter, die Zweigstelle der Botschaft, der Stab des italienischen Generals und der meinige waren gruppenweise in einem Gliede angetreten. Ich begrüßte den Admiral am Flugzeug und schritt mit ihm die lange Front der Erschienenen ab. Anschließend suchte der Admiral den Marschall auf. Man kann sich leicht in die Gefühle des Admirals versetzen, der diesen wechselnden Behandlungen ausgesetzt war. Die Behörden der Vierten Republik haben ihn offenbar der Unterstützung der deutschen Truppen für schuldig befunden, denn er wurde nach dem Kriege verurteilt.

Aber auch in anderer Hinsicht hat sich die deutsche Führung psychologisch ver-

griffen. Es war zwar noch durchaus in der Ordnung, daß französische Offiziere und Mannschaften, die sich in dem letzten Stadium der italienisch-deutschen Kämpfe um Nordafrika bei der Verteidigung ihrer eigenen Kolonie ausgezeichnet hatten, in Vichy unter Beteiligung deutscher und italienischer Abordnungen sowie aller fremden Militärattachés empfangen wurden und ihnen in einer feierlichen Kundgebung am Denkmal der Gefallenen des ersten Weltkriegs durch den Staatssekretär des Kriegsministeriums und im Beisein Laval's das Kreuz der Ehrenlegion verliehen wurde. Aber es mußte befremdend, ja verletzend für das französische Gefühl wirken, daß man auf den Gedanken kam, einigen französischen Offizieren, die in Rußland als Angehörige der légion antibolchévik gekämpft hatten, das Eiserne Kreuz zu verleihen. Mir wurde diese peinliche Aufgabe einmal zuteil. Dazu war ein Ersatztruppenteil im Hof eines öffentlichen Gebäudes in Montargis angetreten. Ich hielt eine französische Ansprache, der ich den leitenden Gedanken zugrunde legte, daß die Abwehr gegen den Bolschewismus eine Aufgabe sei, in der die Völker zusammenstehen müßten und daß sie sich in diesen Kämpfen als gute Franzosen erwiesen hätten, was sie stets sein und bleiben sollten. Die Aufstellung dieser légion war übrigens merkwürdigerweise das Werk der Deutschen Botschaft in Paris. Sie war ein Beispiel für die Einnischung dieser Behörde in militärische Belange, die das OKW damit quittierte, daß sie den Verband erst spät anerkannte.

Die angeführten Beispiele können die unerhörten Spannungen, die sich in Frankreich entwickelt hatten, nur schlaglichtartig charakterisieren. Alle guten Ansätze zu einer Volksverständigung, zu gutem Einvernehmen zwischen Bevölkerung und Besatzungsmacht schienen ausgelöscht. Von einer Einheitlichkeit deutscher Willenskundgebungen konnte, seitdem auch in Frankreich die Partei die volle Macht übernommen hatte, kaum mehr die Rede sein.

Es klingt heute billig, weil allzu viele es für sich geltend machen, daß es eine schwierige, aber oft die richtige Entscheidung gewesen sei, auf dem Posten auszuharren, auf den einen das Schicksal gestellt hatte. Doch glaube ich, daß es für nur ganz wenige, für ganz besondere, einen anderen Weg gab. Fast unmerklich, von Tag zu Tag mehr, fanden wir älteren Offiziere uns in eine Opposition gedrängt, die als Begriff schon schlechthin die Aufhebung alles dessen bedeutete, was uns in unserem ganzen Berufsleben begleitet hatte und in Fleisch und Blut übergegangen war. Der deutsche Offizier stand nach 1918 noch ganz in der festgefügten Tradition der preußisch-deutschen Armee, deren höchster Begriff der selbstlose Dienst für das Vaterland war. Aber dieser Dienst war stets von dem beinahe selbstverständlichen Bewußtsein seiner inneren Rechtfertigung getragen. Das kam in den Worten „Mit Gott“ zum Ausdruck, auf die der Diensteid aufgebaut war. Wir konnten deshalb „unpolitisch“ sein wollen, unpolitisch allerdings mehr in dem Sinne, daß wir weder einer Partei, noch einer Klasse dienen wollten. Trotz des zweifellos oft wachen politischen Interesses hat dieses Prinzip dann zu einer Selbstausschaltung der Wehrmacht als Machtfaktor im Staate geführt. Das konnte Hitler für seine Pläne nur willkommen sein. Er mußte nur gerade so viele Menschen aus dem Kreis der Offiziere für sich gewinnen, als zur Kontrolle des Ganzen nötig erschienen. Die wirkliche Revolutionie-



rung des Offizierkorps ist dann schrittweise, durch die Vergrößerung und Aufblähung von unten erfolgt.

So war das Offizierkorps nicht mehr das gleiche wie 1934 oder 1939. Es umschloß viele ausgesprochene Parteigänger Hitlers und viele, die sich leicht führen ließen, gelockt von Möglichkeiten, die Hitlers Beförderungssystem und Auszeichnungen aller Art eröffneten. Es dauerte einige Zeit, bis man bei Menschen, die man nicht schon länger kannte, wußte, wes Geistes Kind sie waren. Dennoch war der Kreis derjenigen, die keine Fortsetzung des Krieges, sondern eine Beseitigung des Hybris-Regimes in Deutschland wünschten, bald so groß, daß die Hoffnung, diesen Gedanken zur Tat werden zu lassen, nicht mehr utopisch erschien.

Ich selbst habe mich im August 1943 im Auftrage mehrerer Generale zu Rundstedt begeben, um ihm aufs eindringlichste nahezu legen, daß nun gehandelt werden müsse und daß es seine Pflicht sei, aktiv gegen Hitler vorzugehen. Ein Plan war, das Westheer in der Art, wie es unter römischen Prokonsuln einige Male geschehen ist, als autonom zu erklären und mit ihm gegen Berlin zu marschieren. Man glaubte für diesen Fall durch die Vermittlung des englischen Botschafters in Madrid, Sir Samuel Hoare, Verständnis bei den Alliierten zu finden. Diese Möglichkeit mußte jedoch schon deshalb ausscheiden, weil die Truppen dafür nicht sicher genug in der Hand der Führung waren. Es blieb also, wie ich Rundstedt vortrug, nur der Weg einer unmittelbaren Intervention bei Hitler. Rundstedt hörte mich ruhig an und gab mir zur Antwort, daß Falkenhausen<sup>19</sup> ihm vor wenigen Tagen dasselbe Ansinnen gestellt habe. Diese Vorschläge seien zwecklos. Es sei unmöglich, Hitler unter Druck zu setzen. „Man wird mich an die Wand stellen. Damit kommt Ihr aber keinen Schritt weiter.“ Ich drang noch stärker in ihn: „Herr Feldmarschall! Das deutsche Volk wird Sie dereinst zur Verantwortung ziehen, wenn Sie jetzt nicht handeln!“ Aber weder dieses Argument noch der wiederholte Hinweis darauf, daß ich nicht nur für meine Person, sondern im Auftrag mehrerer Generale zu ihm spreche, konnten ihn von seinem Standpunkt abbringen, daß die Lage durch seine Vorstellungen bei Hitler nicht gebessert werden könne und daß auch ein Opfer seiner Person keinen Erfolg zeitigen würde. Stark beeindruckt von meinem Mißerfolg verließ ich das Dienstzimmer Rundstedts. Im Vorzimmer beklagte ich mich bei dem Adjutanten, Major von Salviati, von dem ich wußte, daß er ein ausgesprochener Feind des Nationalsozialismus war, und der auch später wegen seiner Beteiligung am 20. 7. 1944 hingerichtet worden ist. Er sagte mir, daß auch er nichts sehnlicher wünsche als die Liquidation Hitlers. Er müsse aber der Auffassung Rundstedts beipflichten, denn er kenne die Verhältnisse im Führerhauptquartier genau und wisse, daß Rundstedt als von der Front kommender Heerführer bei Hitler nichts ausrichten könne, falls er überhaupt vorge lassen würde. Auf Äußerungen, die über die militärischen Kompetenzen hinausgingen oder Kritik an seiner Kriegführung übten, würde sofort mit einer Verabschiedung, nach außen hin wegen Krankheit, oder gar mit einer Beseitigung Rundstedts reagiert werden. Heute weiß die Welt, daß Rund-

<sup>19</sup> General d. Inf. Frhr. von Falkenhausen, Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich.

stedt und Salviati recht hatten. Daß ich mit meiner Forderung an Rundstedt im Jahre 1943 in seinen Augen nicht unter den Begriff des „Rebellen“ fiel und verhaftet wurde, entsprach nicht etwa nur dem persönlichen Verhältnis, das mich mit Rundstedt verband, sondern ist ein Beweis dafür, daß derartige Gedankengänge im verantwortungsbewußten Kern des Offizierkorps geläufig waren. Man hatte Hitler nun wirklich als Wortbrüchigen, als Verbrecher am deutschen Volke erkannt. Konnte jemand erwarten, daß man ihm noch den Diensteid hielt?

Allein die Tatsache, daß unser Deutschland, daß unsere Kameraden, das Leben unserer Frauen und Kinder, auch weiter von unserem Tun abhängen, daß ihr Schicksal mitbestimmt war von Hitlers Krieg, zwang uns in den Dienst zurück. Dieser Dienst litt unter dem ständigen Widerstreit der Gefühle, unter dem Zusammenprall des äußeren Befehls mit den ewig gültigen Gesetzen in uns. Er konnte nur noch eines bedeuten: ausharren, schützen, verhindern, ausgleichen, dann und wann an einen Rest von Vernunft appellieren und – zusammenstehen, ein bitteres Ende erwartend. Wer mißt die Summe des Leids, des Verzichts, der Seelenqual, die dieser Dienst von seinen Trägern gefordert hat?

#### ERICH MATTHIAS

#### DER UNTERGANG DER ALTEN SOZIALDEMOKRATIE 1933\*

**D**ie strukturelle Dauerkrise der Weimarer Demokratie, die Resignation der Demokraten und ihre Unfähigkeit, sich eine realistische Vorstellung von der drohenden Gefahr und den Methoden des totalitären Gegners zu machen, zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen, die den Sieg der dynamischen Massenbewegung des Nationalsozialismus ermöglicht haben. Von den Parteien der Republik verharnte allein die sozialdemokratische in eindeutiger und kompromißloser Gegnerschaft zum aufsteigenden Nationalsozialismus. Doch für die Schwäche der Demokratie, die im Bruch der Großen Koalition offen zutage trat, ist sie nicht minder verantwortlich als die Gegner des Weimarer Staates. Wenn auch die Aufgabe, die sich der deutschen Sozialdemokratie im November 1918 aufgedrängt hatte, schwer, vielleicht sogar angesichts der außenpolitischen und wirtschaftlichen Misere un-

\* Die vorliegende Abhandlung setzt die im vorigen Heft, S. 179–226, veröffentlichte Dokumentation voraus, die ohne Ortsangabe mit Dokumentennummer und Seitenzahl zitiert wird. Der zur Verfügung stehende Raum zwang den Verfasser, seine Ausführungen sehr zu straffen und den wissenschaftlichen Apparat im wesentlichen auf Zitatennachweise zu beschränken, so daß die umfangreiche verarbeitete Literatur sowie die verwerteten Zeitungsbestände, Dokumente – darunter wichtige Schriftstücke aus dem Grzesinski-Nachlaß – und Befragungsergebnisse nur zu einem Bruchteil in Erscheinung treten. Es sei daher darauf hingewiesen, daß Abhandlung und Dokumentation in erweiterter Form gegen Ende des Jahres als selbständige Veröffentlichung erscheinen werden.

stedt und Salviati recht hatten. Daß ich mit meiner Forderung an Rundstedt im Jahre 1943 in seinen Augen nicht unter den Begriff des „Rebellen“ fiel und verhaftet wurde, entsprach nicht etwa nur dem persönlichen Verhältnis, das mich mit Rundstedt verband, sondern ist ein Beweis dafür, daß derartige Gedankengänge im verantwortungsbewußten Kern des Offizierkorps geläufig waren. Man hatte Hitler nun wirklich als Wortbrüchigen, als Verbrecher am deutschen Volke erkannt. Konnte jemand erwarten, daß man ihm noch den Diensteid hielt?

Allein die Tatsache, daß unser Deutschland, daß unsere Kameraden, das Leben unserer Frauen und Kinder, auch weiter von unserem Tun abhängen, daß ihr Schicksal mitbestimmt war von Hitlers Krieg, zwang uns in den Dienst zurück. Dieser Dienst litt unter dem ständigen Widerstreit der Gefühle, unter dem Zusammenprall des äußeren Befehls mit den ewig gültigen Gesetzen in uns. Er konnte nur noch eines bedeuten: ausharren, schützen, verhindern, ausgleichen, dann und wann an einen Rest von Vernunft appellieren und – zusammenstehen, ein bitteres Ende erwartend. Wer mißt die Summe des Leids, des Verzichts, der Seelenqual, die dieser Dienst von seinen Trägern gefordert hat?

#### ERICH MATTHIAS

#### DER UNTERGANG DER ALTEN SOZIALDEMOKRATIE 1933\*

Die strukturelle Dauerkrise der Weimarer Demokratie, die Resignation der Demokraten und ihre Unfähigkeit, sich eine realistische Vorstellung von der drohenden Gefahr und den Methoden des totalitären Gegners zu machen, zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen, die den Sieg der dynamischen Massenbewegung des Nationalsozialismus ermöglicht haben. Von den Parteien der Republik verharrete allein die sozialdemokratische in eindeutiger und kompromißloser Gegnerschaft zum aufsteigenden Nationalsozialismus. Doch für die Schwäche der Demokratie, die im Bruch der Großen Koalition offen zutage trat, ist sie nicht minder verantwortlich als die Gegner des Weimarer Staates. Wenn auch die Aufgabe, die sich der deutschen Sozialdemokratie im November 1918 aufgedrängt hatte, schwer, vielleicht sogar angesichts der außenpolitischen und wirtschaftlichen Misere un-

\* Die vorliegende Abhandlung setzt die im vorigen Heft, S. 179–226, veröffentlichte Dokumentation voraus, die ohne Ortsangabe mit Dokumentennummer und Seitenzahl zitiert wird. Der zur Verfügung stehende Raum zwang den Verfasser, seine Ausführungen sehr zu straffen und den wissenschaftlichen Apparat im wesentlichen auf Zitatenachweise zu beschränken, so daß die umfangreiche verarbeitete Literatur sowie die verwerteten Zeitungsbestände, Dokumente – darunter wichtige Schriftstücke aus dem Grzesinski-Nachlaß – und Befragungsergebnisse nur zu einem Bruchteil in Erscheinung treten. Es sei daher darauf hingewiesen, daß Abhandlung und Dokumentation in erweiterter Form gegen Ende des Jahres als selbständige Veröffentlichung erscheinen werden.

lösbar war, die Passivität ihrer Revolutionspolitik und ihre mangelnde Gestaltungskraft sind nicht ausschließlich die Folge äußerer Faktoren gewesen. Läßt es sich doch erweisen, daß die führenden sozialdemokratischen Vertreter in der veränderten Welt noch immer die Maßstäbe ihres Handelns dem engen Kreis der Anschauungen und Erfahrungen der Vorkriegssozialdemokratie entnahmen. Daß das erstarrte sozialdemokratische Selbstbewußtsein die Aktionsmöglichkeiten der Sozialdemokratie 1918/19 weit wirksamer begrenzte als die Ungunst der vielberufenen „Verhältnisse“, ist das entscheidende Kriterium, ohne das ein wissenschaftlich gerechtfertigtes Urteil über die sozialdemokratische Revolutionspolitik nicht zu gewinnen ist. Nur von diesem Ausgangspunkt öffnet sich auch der Weg zum Verständnis der Politik der SPD in der Periode der Auflösung der Republik. Denn trotz aller Modifikationen im einzelnen hatte sich die Sozialdemokratie in der ganzen Weimarer Zeit nicht aus ihrer traditionalistischen Erstarrung lösen können. Durch ihre verantwortungsbewußte Opferbereitschaft, die sie zur Tolerierung des Kabinetts Brüning bestimmte, erwarb sie sich kaum neue Sympathien. Ihre passive Resignation aber, die den Sturz der Regierung Hermann Müller ermöglichte und sich deutlicher noch in der Reaktion auf Papens Staatsstreich in Preußen ausprägte, trug wesentlich zur Beseitigung der Schranken bei, die einer Machtübernahme der Nationalsozialisten entgegenstanden. Ein isolierter Widerstand der SPD nach dem 30. Januar 1933 schien von vornherein aussichtslos. Doch die folgenden Monate bis zum offiziellen Verbot der Partei machen mit besonderer Eindringlichkeit die Symptome sichtbar, die das tragische Versagen der stärksten und konsequentesten Kraft der parlamentarischen Demokratie in Deutschland bedingt haben. Dabei verbinden sich die spezifischen, nur parteigeschichtlich zu erklärenden Momente der sozialdemokratischen Verhaltensweise mit den typischen Zügen der Reaktion einer liberaldemokratischen Massenpartei auf den Ansturm einer totalitären Bewegung, die, einmal an die Regierung gelangt, sich anschickt, das ganze Leben der Nation unter ihre Kontrolle zu bringen<sup>1</sup>. So lenkt die vorliegende Untersuchung zugleich die Aufmerksamkeit auf die notorische Unterlegenheit der Kräfte des liberaldemokratischen Zeitalters gegenüber ihren totalitären Gegnern und damit auf eine Forschungsaufgabe, der sich die politischen Wissenschaften in der Region der gefährdeten Demokratie, in der wir leben, nicht verschließen können.

### I. Der Wille zum Widerstand

Es ist schwer, zu einem Urteil über die Stärke des Widerstandswillens zu kommen, der zur Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie lebendig war. Trotz der fortdauernden Passivität der

<sup>1</sup> In dieser Fragestellung berührt sich meine Studie mit der Abhandlung von Lewis J. Edinger, „German Social Democracy and Hitler's 'National Revolution of 1933': A Study in Democratic Leadership“, in: „World Politics“, April 1953, S. 330–367, die mir während der Vorarbeiten zugänglich wurde und mit der ich in wesentlichen Punkten übereinstimme.

sozialdemokratischen Parteiführung und trotz des weitgehenden Ausbleibens spontaner Widerstandsaktionen ergibt sich ein differenziertes Bild, dessen bestimmende Züge hervortreten, wenn man die Stimmungsschwankungen innerhalb der SPD seit den Wahlen vom 14. September 1930 berücksichtigt.

Zwar führte das alarmierende Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen keinen einschneidenden Wandel der sozialdemokratischen Politik herbei; doch die unmittelbare Reaktion auf den nationalsozialistischen Wahlerfolg war keine Schwächung, sondern eine Stärkung des Widerstandswillens. Selbst die Erklärung der Reichstagsfraktion nach den Septemberwahlen nahm zumindest vage auf die Stimmung Rücksicht, die besonders die jüngere Parteianhängerschaft ergriffen hatte. Man spürte, wie Julius Leber schreibt, „zum ersten Mal einen starken Unmut gegen die eigene Führerschaft in den sozialdemokratischen Reihen“. Das Gefühl, daß die althergebrachten parlamentarischen Mittel unzulänglich seien, brach sich mehr und mehr Bahn; und während die Partei sich weiter „im Kreise ihrer eigenen Entschlußlosigkeit“ drehte<sup>2</sup>, drängten die jungen aktivistischen Kräfte auf die Straße, um den nationalsozialistischen Bürgerkriegstruppen gegenüber ihre Bereitschaft zum Verteidigungskampf für die Republik zu demonstrieren.

Bereits im Februar 1931 wurden die „Schutzformationen“, eine militante Elite-truppe des offiziell überparteilich-demokratischen Reichsbanners, gebildet, und am 16. November des gleichen Jahres proklamierten Delegierte der SPD, der Freien Gewerkschaften und der Arbeitersportorganisationen als direkte Antwort auf die „Harzburger Front“ der antirepublikanischen Rechten die „Eiserne Front“ unter Führung des Reichsbannerbundvorsitzenden Karl Höltermann.

Daß hier tatsächlich neue, von unten heraufdrängende Impulse wirksam wurden, kann keinem Zweifel unterliegen. Der sozialdemokratische Parteivorstand war, nach dem Zeugnis Lebers, von der „neuen Erfindung“ nicht sehr begeistert; auf die „namenlosen Massen der alten Bebelpartei“ aber habe der Gedanke der Eisernen Front gewirkt „wie ein altes, halbvergessenes Sturmsignal auf eine kampff- und sieggewohnte Truppe“.<sup>3</sup>

Auch Stampfer registriert in seiner Darstellung der Weimarer Zeit die belebende und ermutigende Wirkung, die von der Eisernen Front ausging, doch spricht er aus der Distanz des „Wissenden“, für den aller Elan der Marschierenden nichts an der Tatsache änderte, daß sich im Fall eines Bürgerkriegs „mit der Stellungnahme der regulären bewaffneten Macht alles entschied“.<sup>4</sup> Wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir in Stampfers Schilderung ein gutes Stück der nüchtern resignierenden Erfolgsrechnung der sozialdemokratischen Parteiführung sehen, die

<sup>2</sup> Julius Leber, „Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie Juni 1933“, in: „Ein Mann geht seinen Weg, Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber“, hrsg. von seinen Freunden, Berlin und Frankfurt a. M. 1952, S. 187–247; Zitate S. 238 f.

<sup>3</sup> A. a. O., S. 239 f.

<sup>4</sup> Friedrich Stampfer, „Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik“, 3. Aufl., Hamburg (1953), S. 607 f.

auch für den Entschluß verantwortlich ist, dem Staatsstreich Papens vom 20. Juli 1932 keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Auch wenn die republikanische „Festung“ Preußen nicht zu halten war, bleibt dieser Beschluß verhängnisvoll. Karl Dietrich Bracher, dem wir eine eingehende kritische Untersuchung der Vorgänge um den 20. Juli verdanken, kommt zu dem Ergebnis, daß die sachlichen Gründe, die neben den psychologischen Hemmungen der republikanischen Führung für einen Verzicht auf jeden konkreten Widerstand sprachen, wohl schwerwiegend, doch nicht politisch zwingend und überzeugend waren. Seine politisch-wissenschaftliche Analyse bestätigt das Urteil Lebers vom Juni 1933, daß der 20. Juli 1932, „der die ganze innere Schwäche und Entschlußlosigkeit der Weimarer Front bloßgelegt hatte“, unmittelbar dem 30. Januar 1933 den Weg bereitete<sup>5</sup>.

Die Aktion gegen die Preußenregierung kam nicht unerwartet. Bereits am 16. Juli hatte der Parteivorstand der SPD auf Veranlassung Severings über die Widerstandsfrage beraten und war einmütig zu dem Ergebnis gekommen, „bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen“.<sup>6</sup> Es mutet seltsam genug an, daß derselbe Otto Wels, der zusammen mit Severing, Vogel, Breitscheid, Crispian, Hilferding und Stampfer für diesen Beschluß verantwortlich zeichnet, es als „Zusammenbruch einer Welt“ empfunden haben soll, als die Gewerkschaftsführung sich wenige Tage später dagegen aussprach, den Staatsstreich mit der Proklamierung des Generalstreiks zu beantworten; und doch ist diese Diskrepanz nur charakteristisch für die zwiespältige Haltung und die Entschlußunfähigkeit der sozialdemokratischen Führung.

Die gläubige Zuversicht und das wiedererwachende Selbstvertrauen der Anhänger, denen die imposanten Massenkundgebungen und Aufmärsche der Eisernen Front ein trügerisches Gefühl der Stärke suggeriert hatten, wirkte wohl so weit auf die Parteispitze ein, daß sie mit dem Gedanken an Widerstand spielte; doch im entscheidenden Moment überwogen bei den verantwortungsbewußten sozialdemokratischen „Realpolitikern“ die Bedenken. Groß geworden in einer Partiehierarchie, die seit Jahrzehnten jedem in seinen Konsequenzen nicht klar überschaubaren Risiko ausgewichen war, von einer panischen Abneigung gegen alle „Experimente“ erfüllt und „blutschau“ aus langer humanitärer Tradition, vertrösteten sie sich selbst und ihre Anhänger auf die nahe bevorstehenden Reichstagswahlen. Daß sich in dieser Situation die Möglichkeit bot, in altgewohnter Weise an die Macht des Stimmzettels zu appellieren, erschien der Parteiführung als der gegebene Ausweg aus dem Dilemma. So beschwor sie ihre Anhänger, nichts zu unternehmen, was die Durchführung der Wahlen am 31. Juli gefährden könne. Dieser Haltung entsprach auch das fragwürdige Argument der Gewerkschaftsführer, daß man sich nicht vom Gegner die Stunde des Handelns vorschreiben lassen dürfe.

<sup>5</sup> Karl Dietrich Bracher, „Die Auflösung der Weimarer Republik“, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 582 ff.; Leber a. a. O., S. 243.

<sup>6</sup> Carl Severing, „Mein Lebensweg“, Bd. II, Köln 1950, S. 347.

Wheeler-Bennetts Version, die Sozialdemokraten seien bereit gewesen, „sofort den Generalstreik auszurufen und der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, selbst auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hin“, und nur durch die Gewerkschaftsführer darin gehindert worden<sup>7</sup>, ist eine Legende, deren Entstehung allerdings verständlich ist. Denn in der Situation allgemeiner Kopflosigkeit und Verwirrung am 20. Juli wurde zweifellos im Kreise der Spitzenfunktionäre von Partei und Gewerkschaften alles nur irgend Mögliche theoretisch erörtert und wieder verworfen, so daß eine Atmosphäre entstand, die ein anscheinend gut informierter Beobachter mit den Worten beschreibt: „Jeder will, wenn der andere will. Also will jeder und – keiner.“<sup>8</sup> Wohl zeigten sich die Gewerkschaften sehr zurückhaltend; doch die an sich richtige Erkenntnis, daß die Situation mit der zur Zeit des Kapp-Putsches nicht zu vergleichen sei, erwies sich auch bei der Parteiführung als eine jede Aktivität lähmende Zwangsvorstellung. Auch ihr lieferte die wirtschaftliche Situation, die in Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit denkbar ungünstige Voraussetzungen für einen Generalstreik geboten habe, neben der Haltung der Reichswehr und der Unmöglichkeit einer gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten den wichtigsten Rechtfertigungsgrund. Was für Spannungen auch immer zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung bestanden haben mögen, auf den Ablauf des Geschehens haben sie keinen Einfluß gehabt und sind infolgedessen für das historische Urteil irrelevant.

Wie die Beschwichtigungsversuche der leitenden Instanzen und der Parteipresse indirekt bestätigen, herrschte in den Massen der Eisernen Front eine ungeheure Erregung. Daß spontane Aktionen unterblieben sind, ist wahrscheinlich nur der Diszipliniertheit der sozialdemokratischen Anhänger zu verdanken. Wenn Otto Wels, wie Severing berichtet, „unmittelbar nach dem 20. Juli“ auf Grund einer Umfrage bei führenden Funktionären der Gewerkschaften, der Partei und des Reichsbanners im Lande allgemeine Abneigung gegen eine Widerstandskaktion feststellte<sup>9</sup>, so erscheint das wenig beweiskräftig. Grundlage der Beurteilung des Widerstandswillens kann nur die spontane Einsatz- und Opferbereitschaft sein, mit der im Zeitpunkt des Staatsstreichs an der Basis der Eisernen Front zu rechnen war.

Über das Ausmaß der Vorbereitungen und den Ausbildungsstand der Reichsbannerformationen könnte nur mit Hilfe einer großzügig angelegten Befragungsaktion Klarheit geschaffen werden. Zweifellos hatten insbesondere die „Schutzformationen“<sup>10</sup> eine mehr oder weniger intensive Wehrsportausbildung genossen. Eine reguläre Bewaffnung ihrer Kader war jedoch von der Reichsbannerführung immer abgelehnt worden; sie erschien ihr schon darum unnötig, weil ja „unsere

<sup>7</sup> John W. Wheeler-Bennett, „Die Nemesis der Macht“, Düsseldorf 1954, S. 276.

<sup>8</sup> Lothar Frey, „Deutschland wohin?“, Zürich 1934, S. 14.

<sup>9</sup> Severing a. a. O., S. 355.

<sup>10</sup> „Das Reichsbanner“, 23. 4. 1932, beziffert die Zahl der Angehörigen der „Schutzformationen“ auf fast 400 000. Nach Bracher a. a. O., S. 489 f., etwa zur gleichen Zeit auch von 400 000 SA-Leuten.

Polizei“ über Waffen verfügte. Wo aus eigener Initiative Waffen, in erster Linie Pistolen, beschafft wurden, sollten sie der Selbstverteidigung und dem effektiven Schutz der Partei- und Gewerkschaftshäuser dienen.

Auch im Parteivorstand der SPD wurden auf das Drängen einiger junger Mitarbeiter hin, darunter die heutigen Vorstandsmitglieder Fritz Heine und Alfred Nau, begrenzte Widerstandsvorbereitungen getroffen. Ein in der Zeit vom Herbst 1931 bis zum Frühjahr 1932 aufgebautes Funknetz, dem alle 33 Bezirksorganisationen der Partei angeschlossen waren, sollte bei einer Besetzung des „Vorwärts“-Hauses die Verbindung zwischen der Führung und den Organisationen im Lande aufrechterhalten. Weiterhin wurde etwa in der gleichen Zeitspanne ein bewaffneter Selbstschutz zur Verteidigung des Parteihauptquartiers organisiert, an dem nach Heines Erinnerung etwa 100 Männer teilnahmen, für die in abenteuerlichen Fahrten nach Suhl Karabiner, Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Pistolen herangeschafft wurden. Die Bewaffnung reichte nach Auffassung der Initiatoren aus, um bei einem Überfall oder einem Putschversuch das Haus bis zum Eintreffen von Polizeieinheiten halten zu können; auch hier rechnete man ganz selbstverständlich mit einer funktionierenden republikanischen Polizei. Die Bewachungsmannschaften rekrutierten sich teilweise aus den jüngeren Parteigestellten, teilweise aus Angehörigen des Berliner Reichsbanners. Besonders stark beteiligten sich die beiden Studentenhundertschaften der Berliner Hochschulen, die sich in Anknüpfung an die Wiener Tradition des Jahres 1848 „Akademische Legion“ nannten und im Winter 1931/32 unter Anleitung von Polizeioffizieren eine gründliche Ausbildung im Jiu-Jitsu, im Straßenkampf und im Pistolenschießen durchgemacht hatten.

Als während des ersten Wahlgangs der Präsidentenwahlen mit einem nationalsozialistischen Marsch auf Berlin gerechnet wurde, lagen ungefähr 150 Bewaffnete, darunter die Reichsbannerstudenten, zum Schutz des „Vorwärts“-Gebäudes bereit. Am 20. Juli setzten die Führer der „Akademischen Legion“ wahrscheinlich spontan, ohne Befehl, ihre Stoßtrupps zum Sturm auf das Preußische Innenministerium und auf das Gebäude des Berliner Rundfunks an. Die Studenten brannten darauf anzugreifen und wollten nur die Proklamation des Generalstreiks abwarten. Als dann überhaupt nichts erfolgte, verließen sie abends gegen 20 Uhr die Ausgangsstellungen, die sie bezogen hatten, und die Aktion verlief im Sande<sup>11</sup>.

An der ernststen Bereitschaft dieser jungen Menschen, ihr Leben für die Verteidigung der Republik einzusetzen, kann nicht gezweifelt werden. Auch der Einwand, daß es sich um relativ wenige schwärmerisch-romantische Studenten gehandelt hätte, ist nicht stichhaltig. Für den Magdeburger Bezirk beispielsweise ergibt sich, nur in dem größeren Rahmen einer regionalen Parteiorganisation, ein ganz ähnliches Bild. In diesem Gebiet hatte man auf eigene Initiative seit dem Frühjahr 1932 eine Abwehrorganisation aufgebaut; und ihre Wirksamkeit war durch Probealarme überprüft worden. Als in der Nacht vom 20. auf 21. Juli, gegen halb drei

<sup>11</sup> Nach mündlichen Auskünften von Fritz Heine (über die Widerstandsvorbereitungen im Parteihauptquartier) und Georg Eckert (über die Aktivität der Reichsbannerstudenten).



Uhr, der Parteivorstand aus Berlin die Direktive erteilte, jeden Widerstand aufzugeben und die Alarmierung der Organisationen rückgängig zu machen, leisteten „Männer, Frauen und Jugendliche, die, aufgefordert, restlos auf ihren Plätzen waren, . . . weinend und höchst unmutig der Anordnung Folge“.<sup>12</sup>

Ein so relativ hoher Grad an technischer Bürgerkriegsbereitschaft wie im Magdeburger Parteibeziirk, einer alten sozialdemokratischen Hochburg, war gewiß eher Ausnahme als Regel. Doch trotz der fehlenden oder mangelhaften Bewaffnung und trotz erheblicher regionaler und lokaler Unterschiede wird man die militanten Eliteformationen des Reichsbanners generell als einen Kern des Widerstandswillens ansprechen dürfen. Sie wollten tatsächlich mehr sein als ein „Saalschutz“ und standen in den entscheidenden Stunden auf den Sammelplätzen, um auf den Ruf der Führung zu warten<sup>13</sup>.

Die Möglichkeit, daß sich die Eiserne Front in einer Bürgerkriegssituation fest um ihren militanten Kern zusammengeschlossen hätte, darf zumindest nicht von vornherein verneint werden. Zwei Vorbedingungen hätten allerdings gegeben sein müssen: eine schnelle und unzweideutige, sich die spontane Empörung zunutze machende Entscheidung der Partei- und Gewerkschaftsführung und die Bundesgenossenschaft der preußischen Polizei, deren Treue nie auf die Probe gestellt worden ist. Mehr noch als auf die leitenden Funktionäre kam es dabei auf die Haltung Brauns – der nach den Landtagswahlen vom 24. April völlig resigniert hatte – und Severings an, die allgemein als starke Männer galten. Ihre nachträgliche Rechtfertigung, daß der Kampf um die „Wiedereinsetzung eines geschäftsführenden Ministeriums“<sup>14</sup> und die Auflehnung gegen eine „vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung“<sup>15</sup> kein zündendes Ziel gewesen sei, hätte in dem damaligen Erregungszustand kaum Verständnis gefunden. Auch die Älteren sahen zu ihnen als den berufenen Führern im Abwehrkampf der Republik auf; nichts lag ferner als der Gedanke, daß diese am meisten bewährten sozialdemokratischen Staatsmänner „Bürokraten der Politik“<sup>16</sup> geworden waren. Ihr Votum wäre auch auf die besonnenen und disziplinierten sozialdemokratischen Betriebsarbeiter nicht ohne Einfluß geblieben, so ungünstig Partei- und Gewerkschaftsführung die Aussichten eines Generalstreiks beurteilen mochten.

Alles in allem wäre doch ein eindrucksvolles Aufbäumen denkbar gewesen, das den Reichspräsidenten und die Reichswehrführung, die den Bürgerkrieg verabscheuten, in eine schwierige Situation gebracht hätte. Vorbeugend den Ausnahmezustand zu verhängen, ist etwas ganz anderes, als die volle Verantwortung für ein

<sup>12</sup> Ernst Schumacher, damals SPD-Unterbezirkssekretär für die Landkreise Wandsleben und Oschersleben, schriftliche Auskunft vom Januar 1956 mit mündlichen Ergänzungen.

<sup>13</sup> Walter Hammer (Hsg.), „Theodor Haubach zum Gedächtnis“, Frankfurt a. M. 1955, S. 32 f., 35 f., 39 f.; Lothar Frey a. a. O., S. 14 ff.; Franz Josef Furtwängler, „ÖTV, Die Geschichte einer Gewerkschaft“, Stuttgart 1955, S. 556; Evelyn Anderson, „Hammer oder Amboß“, Nürnberg 1948, S. 206; Brief Wolfgang Abendroths an den Verf. vom 22. 10. 1955.

<sup>14</sup> Severing a. a. O., S. 356.

<sup>15</sup> Otto Braun, „Von Weimar zu Hitler“, 2. Aufl., New York 1940, S. 409 f.

<sup>16</sup> Leber a. a. O., S. 242; Bracher a. a. O., S. 434 und 585, Anm. 137.

Massengemetzel zu übernehmen. Doch es ging nicht nur darum. Es widersprach der Politik der Reichswehrführung, „ihr Instrument in seiner militärischen Bereitschaft durch politischen Einsatz, durch ‚Politisierung‘, zu gefährden“.<sup>17</sup> Diese politische Grundlinie hat Schleichers Versuche, zu einem Ausgleich mit der NSDAP zu kommen, wesentlich mitbestimmt. Der Gedanke liegt nahe, daß er bei seiner Unterstützung des Staatsstreichs in Preußen gerade von der Voraussetzung ausging, die Linke werde wahrscheinlich nicht bereit sein, das volle Risiko eines Bürgerkriegs auf sich zu nehmen, so daß es auch in diesem Falle genügen würde, die „Reichswehr als Mittel des Einflusses und der Drohung“<sup>18</sup> einzusetzen, ohne sie offen zur Aufgabe ihrer freilich weitgehend fiktiven „Überparteilichkeit“ zu zwingen. Bei dieser Haltung aber hätte eine unerwartet entschlossene Demonstration der Bürgerkriegsbereitschaft der Linken, für die bei den Kadern der Eisernen Front – nicht bei ihrer Führung – die Vorbedingungen nicht ungünstig waren, selbst bei eindeutiger militärischer Überlegenheit der Reichswehr eine entscheidende Größe im politischen Spiel sein können. Im übrigen hätte der offene Bürgerkrieg sowohl die Kommunisten und die linksradikalen Elemente, die sich von der Passivität der SPD abgestoßen fühlten, als auch die schwankenden, passiv abwartenden oder indifferenten Kräfte des Zentrums und der bürgerlichen Mitte und die Regierungen der süddeutschen Länder in eine echte Entscheidungssituation hineinzwängen können, die eine klare Parteinahme erforderte.

Spekulationen dieser Art stehen dem Historiker schlecht genug an, doch sind sie zur Beurteilung einer Lage nicht zu entbehren, in der es auf politische Imponderabilien nicht minder ankam als auf die Macht der Waffen. Erst die Resignation der Sozialdemokratie und die offene Demonstration ihres fehlenden Machtwillens am 20. Juli 1932 schalteten die Partei als ernstzunehmenden politischen Faktor aus. Dabei ist es charakteristisch für die Mentalität der sozialdemokratischen Führung, daß auch die heimliche Furcht vor den Konsequenzen eines unwahrscheinlichen Sieges dazu beigetragen haben dürfte, ihre Entschlußfähigkeit zu besiegen. Ein machtpolitischer Kampf außerhalb der gewohnten parlamentarischen Bahnen hatte in ihrer Vorstellungswelt keinen legitimen Platz, obgleich die politischen Chancen einer risikoreichen Entscheidung für den Widerstand mit der Alternative Sieg oder Niederlage keineswegs erschöpft gewesen wären.

Wie sehr auch der Boden schwankt, auf dem sich unsere Betrachtung bewegt, sicher ist folgendes: mit dem 20. Juli war die letzte Chance einer Ausweitung der republikanischen Widerstandsbasis nach rechts und nach links verscherzt; und die Auswirkungen eines vollen Mißerfolgs hätten nicht verheerender sein können als die politischen und psychologischen Folgen der Untätigkeit.

Der 20. Juli traf die Eisernen Front an ihrer empfindlichsten Stelle: er erschütterte die naiv-gläubige Zuversicht ihrer Anhänger und nahm ihr damit die innere Kraft. Zwar wurde der sich anbahnende Stimmungsumschwung von der Erregung des Wahlkampfes mit seinen Massenkundgebungen zunächst teilweise

<sup>17</sup> Bracher a. a. O., S. 662, Anm. 39.

<sup>18</sup> A. a. O.

aufgefangen, und die Zahl der Wähler hielt sich „aus Disziplin und Tradition“<sup>19</sup> noch über die Juliwahlen hinaus bis in den März 1933 hinein verhältnismäßig gut. Doch der jetzt in weiten Parteikreisen um sich greifende Fatalismus, der zum „Spiegelbild der Passivität der Führung“<sup>20</sup> wurde, ist der bestimmende Zug der Entwicklung.

Mehr als je zuvor war die SPD ganz auf sich allein gestellt. Aus den unübersehbaren Zersetzungserscheinungen, die im Herbst des Jahres bei den Nationalsozialisten auftraten und deren Umfang noch immer nicht genügend geklärt ist, konnte diese Partei kein Kapital schlagen, obgleich selbst die Möglichkeiten wirksamer parlamentarischer Einflußnahme bei klarer Erkenntnis der Situation noch keineswegs gänzlich erschöpft gewesen wären. Die Veranstaltungen der Eisernen Front dienten hauptsächlich der Selbstberuhigung; eine werbende Wirkung konnte von der reinen Defensivparole nicht mehr ausgehen. Die Tatsache allerdings, daß die seit Jahrzehnten einseitig überschätzte „Organisation“ nach wie vor zusammenhielt, als ob überhaupt nichts geschehen sei, ließ eine Panikstimmung weder bei der Führung noch bei der Gefolgschaft aufkommen. Manchem der Verantwortlichen wurde die Tragweite der Entscheidung vom 20. Juli gar nicht recht klar. Wie berichtet wird, haben sowohl der Gewerkschaftsvorsitzende Leipart als auch Hans Vogel, der zweite Vorsitzende der Partei, noch in der Folgezeit bei passender Gelegenheit geäußert, sie brauchten nur auf den Knopf zu drücken, um den Mechanismus des Widerstandes in Gang zu setzen. So hielten die letzten Verteidiger der geschriebenen Verfassung und des längst abgedankten parlamentarischen Systems scheinbar unberührt auf der sozialdemokratischen Traditionsinsel aus. Wenn sie resigniert auf den Strom der Entwicklung sahen, der ihr Eiland umspülte und an ihnen vorüberauschte, gab der Gedanke Trost, daß auch der Nebenmann noch in Reih und Glied stand und nicht daran dachte zu desertieren.

Der selbstverständlichen Treue der Anhänger ist es zuzuschreiben, daß das Widerstandspotential der Eisernen Front trotz der durch den 20. Juli heraufbeschworenen mehr oder minder offenen Vertrauenskrise noch immer nicht erschöpft war. Besonders die Kernformationen des Reichsbanners zeichneten sich bis zuletzt durch eine verbissene Entschlossenheit zur Gegenwehr aus, obgleich auch in ihren Reihen das Gefühl Eingang gefunden hatte, auf verlorenem Posten zu kämpfen. Das Verhältnis zwischen Reichsbanner und Parteiführung war zweifellos weiter sehr gespannt; doch vermochte die Reichsbannerführung sich auch in dieser Periode nicht aus ihrer inneren Abhängigkeit vom Parteivorstand der SPD zu lösen.

Die Widerstandsvorbereitungen wurden fortgesetzt und wahrscheinlich intensiviert; doch sie blieben unzulänglich und planlos. Soviel läßt sich trotz der Kargheit der Quellen und Informationen sagen. Stampfer entsinnt sich, daß die Mitglieder des Parteivorstandes für den Fall einer Besetzung der Parteizentrale nach

<sup>19</sup> Leber a. a. O., S. 242.

<sup>20</sup> A. a. O., S. 243.

dem 20. Juli Treffplätze miteinander verabredeten<sup>21</sup>. Auch erste Vorkehrungen für eine illegale Weiterführung der Parteitätigkeit, über die an anderer Stelle noch zu berichten sein wird, wurden im Sommer 1932 getroffen. Um die Jahreswende organisierten jüngere Angestellte des Parteivorstandes zwei getarnte Ausweiskbüros in Berlin<sup>22</sup>. Der Reichsbannerführer Höltermann bemühte sich, offenbar ohne nennenswerten Erfolg, Waffen zu beschaffen. Wo Reichsbannerformationen draußen im Land sich auf eigene Faust Waffenvorräte anlegen wollten, trafen sie teilweise bei den lokalen Parteiführungen auf energischen Widerstand, und den Initiatoren dieses ungesetzlichen Treibens wurde der Parteiausschluß angedroht. Daß von der Gewerkschaftsführung in der Periode zwischen dem 20. Juli und der nationalsozialistischen Machtübernahme Anweisungen für den Fall eines Generalstreiks ausgearbeitet worden sind, erscheint sicher, wenn auch über Art und Umfang der Vorbereitungen keine zuverlässigen Nachrichten vorliegen.

Diese wenigen Steine fügen sich nicht zum Mosaik. Wichtiger als die weithin noch unbekanntenen Details der zersplitterten und unsystematischen technischen Vorbereitungen des Widerstandes ist jedoch das Verständnis der psychischen Ausgangssituation, die am 30. Januar das noch vorhandene Reservoir des Widerstandswillens entzündete und hoch aufflammen ließ. Die treu gebliebenen aktivistischen Kreise der Eisernen Front hatten die zum Teil auf ehrlicher Selbsttäuschung beruhenden rhetorischen Machtdemonstrationen der Spitzenfunktionäre, die in Verfolgung ihres streng legalen und abwartenden Kurses immer wieder die ultima ratio des Generalstreiks und des organisierten Widerstandes beschworen hatten, für bare Münze genommen. Der institutionalistische Glaube der Führer, daß die „zuchtlosen Haufen“ der Nazis niemals die „festgegründete Organisation der historischen deutschen Arbeiterpartei“ würden überwältigen können<sup>23</sup>, wirkte auf sie nicht als Rechtfertigung für die Untätigkeit, sondern als Aufruf zur Aktivität. Scharfsinnige Prognosen, die einen glücklichen Ausgang der tödlichen Krise bei fortgesetztem Gewehr-bei-Fuß-Stehen der Arbeiterorganisationen verhießen, und wohlabgewogene Berechnungen des Risikos außerparlamentarischer Aktionen sagten ihnen wenig zu. Am 20. Juli hatten sie sich grollend dem Gebot der Disziplin gefügt; nun waren sie vollgesogen mit aufgetauter Erbitterung. Viel zu lange war für ihr Gefühl schon nutzlos diskutiert und protestiert worden, als Hitlers Berufung zum Reichskanzler sie bis zur Weißglut provozierte. Der beherrschende Impuls, der das Bangen um den Erfolg ganz in den Hintergrund drängte, hieß: endlich etwas tun.

Dieser Impuls äußerte sich so mächtig, daß Partei- und Gewerkschaftsführung ihn nicht unberücksichtigt lassen konnten. Am 30. und 31. Januar waren Funktionäre aus dem ganzen Lande in Berlin. Das Bild, das die offiziellen Verlautbarungen vom Verlauf der Bundesausschußsitzung des ADGB und der gemein-

<sup>21</sup> Mündliche Auskunft.

<sup>22</sup> Mündliche Auskunft Fritz Heines.

<sup>23</sup> Stampfer bei der Trauerfeier für Bernstein im Dez. 1932; nach: Gustav Mayer, „Erinnerungen“, Zürich 1949, deutsche Lizenzausgabe München o. J., S. 362.

samen Sitzung des Parteiausschusses, des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD mit Vertretern der Organisationen der Eisernen Front am 31. Januar geben, ist bruchstückhaft. Es muß jedoch als erwiesen gelten, daß viele der regionalen Führer in ihre Bezirke mit dem unzweideutigen Eindruck zurückfuhren, daß die Spitzenfunktionäre fest entschlossen seien, das Signal zu einer zentralen Aktion zu geben und nur den geeigneten Zeitpunkt abwarten wollten<sup>24</sup>.

Um für diesen Augenblick gerüstet zu sein, wurden fieberhafte Vorbereitungen getroffen. Trotz der Kontrollen auf den Straßen wurden den ganzen Februar hindurch und selbst noch in den ersten Märztagen Waffen aus Suhl und Zella-Mehlis herangeschafft. Diese Waffentransporte reichten gewiß nicht zur Ausrüstung einer schlagkräftigen Bürgerkriegsarmee aus und waren weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Doch sie beweisen, daß der Widerstandswille keine Farce war. Es gab Männer, die nächtelang nicht aus den Kleidern kamen, weil sie glaubten, daß der Augenblick der Erhebung unmittelbar bevorstehe. Immer wieder saßen die Kader der Widerstandswilligen zusammen und zermarteten sich den Kopf, warum die Führung noch zögere. Auch die Berichte über die Kundgebungen im Februar zeugen von dieser letzten Aufpeitschung des Widerstandswillens. Noch immer schöpften viele Kraft aus dem Glauben an die Macht der Arbeiterorganisationen, die sich in den auf den Ruf der Führung zusammenströmenden Massen zu manifestieren schienen.

Nun blieb es nicht ohne Einfluß auf die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Partei, daß die Nationalsozialisten vor allem in Preußen, wo Göring das Innenministerium verwaltete, die Machtmittel des Staates in zunehmendem Maße in den Dienst ihres Terrors und ihrer Propaganda stellten. Zu den bereits in den ersten Februartagen einsetzenden Zeitungsverboten trat in der zweiten Hälfte des Monats eine immer stärkere Behinderung der Versammlungstätigkeit. Ratlosigkeit und Enttäuschung griffen in der Eisernen Front um sich und begannen den Widerstandswillen zu lähmen; und „bei einem immer größer werdenden Teil der Parteispitze und der Parlamentarier trat . . . in dem Maße, in dem der Terror der Nationalsozialisten unter dem Schutz und der Leitung der Regierung zunahm, in den Mittelpunkt des Denkens die Sorge um die ‚Gesundheit der Anhänger‘“. <sup>25</sup> Hans Vogel allerdings soll noch wenige Tage vor dem Reichstagsbrand an dem Gedanken eines offenen Aufstandes der sozialdemokratischen Massen festgehalten haben<sup>26</sup>; und der Reichsbannerführer Höltermann riet noch am 27. Februar bei einer Konferenz der Eisernen Front in München zur Waffenbeschaffung<sup>27</sup>.

Wenige Stunden später brannte der Reichstag, und die psychologischen Voraussetzungen für eine Massenaktion waren endgültig vernichtet. Die Verordnung des

<sup>24</sup> Dok. 5, S. 203.

<sup>25</sup> „Die deutsche Sozialdemokratie im Jahr der faschistischen Machtergreifung“ (s. Anmerkung 1 zu Dok. 5, S. 196), S. 5. Die Äußerung wird dem Großberliner SPD-Vorsitzenden Franz Künstler in den Mund gelegt.

<sup>26</sup> Wenzel Jaksch, „Hans Vogel“, Offenbach 1946, S. 23.

<sup>27</sup> Wilhelm Keil, „Erlebnisse eines Sozialdemokraten“, Bd. II, Stuttgart 1948, S. 490 f.

Reichspräsidenten „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar setzte wichtige Grundrechte außer Kraft; und der nationalsozialistische Terror konnte sich in den letzten Tagen des Wahlkampfes hemmungslos entfalten. Zwar blieb die Bewegungsfreiheit der Partei für eine kurze Übergangsperiode in den süddeutschen Ländern noch relativ groß. Doch die schon Ende Februar nur noch unsicher flackernde Flamme des Willens zum offenen Widerstand sank in sich zusammen, um mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern am 9. März, die die „Gleichschaltung“ des Südens besiegelte, zu verlöschen.

## II. Das Verhältnis zur KPD

In fast allen Darstellungen und Memoirenbänden sozialdemokratischer Autoren wird die Schuld am Untergang der deutschen Arbeiterbewegung einseitig der KPD zugeschrieben, die in der Tat noch über die nationalsozialistische Macht ergreifung hinaus an der These festgehalten hat, daß die „sozialfaschistische“ Sozialdemokratie der Hauptfeind sei. Die gefühlsbetonte sozialdemokratische Kritik übersieht allerdings, daß die Passivität der sozialdemokratischen Parteiführung wesentlich dazu beigetragen hat, die verzweifelten Arbeitslosen der KPD in die Arme zu treiben, die in der Zeit von 1928 bis 1932 ihre Wählerzahl fast verdoppeln konnte. Im Gegensatz zu den rein deklamatorischen kommunistischen „Einheitsfront“-Angeboten, die auf die Zersetzung der SPD hinzielten, sind jedoch von sozialdemokratischer Seite aus ab Ende 1931 ernsthafte Versuche gemacht worden, ein besseres Verhältnis zur KPD herzustellen. Diese Bestrebungen, die im Parteivorstand der SPD hauptsächlich von Rudolf Breitscheid und Friedrich Stampfer vertreten wurden, hat Stampfer Ende 1933 im „Neuen Vorwärts“ zusammenhängend beschrieben; und auch in seiner Darstellung der Weimarer Zeit werden sie angedeutet.

Ausgangspunkt dieser Politik war eine Rede Breitscheids im November 1931, der Stampfers „Vorwärts“ eifrig sekundierte. Keineswegs dazu geneigt, den Kommunisten zuliebe ihr demokratisches Glaubensbekenntnis preiszugeben, hielten Stampfer und Breitscheid eine völlige Einigung zwischen den beiden Parteien von vornherein für ausgeschlossen. Da jedoch die Überwindung der Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung in ihren Augen das einzige Mittel war, den Sieg der Nationalsozialisten zu verhindern, verfolgten sie das begrenzte Ziel eines Defensivbündnisses auf der Grundlage „einer Kooperation Gleichberechtigter zur Verteidigung der Arbeiterrechte“<sup>28</sup>, das die „selbstmörderische Taktik des gegenseitigen Sichbekämpfens“<sup>29</sup> ablösen sollte. Im Interesse dieses Ziels enthielt sich der „Vorwärts“ aller Angriffe auf Sowjetrußland und dämpfte seine antikommunistische Polemik. „Er unterließ es aber auch nicht, den Opfermut und den Idealismus der kommunistischen Arbeiter zu rühmen und bei jeder Gelegenheit auf die Not-

<sup>28</sup> Stampfer, „Die 14 Jahre“, S. 608.

<sup>29</sup> Stampfer im „Neuen Vorwärts“, Karlsbad, 5. 11. 1933.

wendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind hinzuweisen.“<sup>30</sup> Den Höhepunkt dieser publizistischen Kampagne bezeichnet ein eindrucksvoller Bericht Stampfers über eine kommunistische Demonstration auf dem Bülowplatz im „Vorwärts“ vom 26. Januar 1933. Wenige Tage später gab Breitscheid in der Sitzung des Parteiausschusses vom 31. Januar dem Wunsche Ausdruck, daß die mit Hitlers Berufung zum Reichskanzler einsetzende „neue Phase des Kampfes gegen den Faschismus . . . zugleich auch eine neue Phase in dem Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten sein“ könnte. Das sei allerdings nur dann möglich, wenn die Kommunisten ihre Haltung gegenüber der Demokratie und dem Parlament änderten<sup>31</sup>.

Die rhetorischen und publizistischen Bemühungen Breitscheids und Stampfers dienten der Vorbereitung und Unterstützung einer anderen, viel ernster zu bewertenden Initiative, die meiner Kenntnis nach der einzige realistische Ansatz zu einem sozialdemokratisch-kommunistischen Ausgleich gewesen ist. Zutiefst davon überzeugt, daß direkte Verhandlungen mit der von der Moskauer Zentrale abhängigen kommunistischen Parteiführung sinnlos seien, nahm Stampfer im Herbst 1932 – ohne Auftrag, doch mit Kenntnis des sozialdemokratischen Parteivorstandes – die Verbindung zur sowjetischen Botschaft in Berlin auf. Nach einleitenden Verhandlungen mit Botschafter Leo Chintschuk traf er während der folgenden Monate mehrmals mit dem 1. Botschaftssekretär, Vinogradov, zusammen<sup>32</sup>. Wie es Stampfer schien, wurden seine Argumente nicht nur mit Höflichkeit, sondern auch mit Interesse aufgenommen, bis ihm Vinogradov bei der letzten Unterredung, einige Tage vor dem Reichstagsbrand, unzweideutig zu verstehen gab, daß Moskau mit dem deutschen Faschismus als einem unvermeidlichen Entwicklungs- und Übergangsstadium rechne. Auf unaufgeklärtem Wege erfuhren die Führer der KPD von dem Abbruch der Verhandlungen; und zu Stampfers Überraschung ließ ihm Dr. Neubauer am Vormittag des 27. Februar mitteilen, daß er und seine Freunde den Wunsch hätten, von sich aus mit ihm ins Gespräch zu kommen. Ein daraufhin für Dienstag, den 28. Februar, vereinbartes Zusammentreffen im Reichstagsgebäude, an dem neben Neubauer auch Torgler teilnehmen sollte, wurde durch den Reichstagsbrand verhindert, der auch die Hoffnung zunichte machte, daß die beiden großen deutschen Arbeiterparteien noch in letzter Minute zu einer begrenzten taktischen Verständigung kämen<sup>33</sup>. Die Aussichten einer solchen Verständigung waren bei dem Mißtrauen der Sozialdemokraten einerseits, bei der Unselbständigkeit der kommunistischen Führung andererseits von vornherein schlecht. Es ist daher auch unwahrscheinlich, daß die zwischen Stampfer und der Sowjetbotschaft schwebenden Verhandlungen irgendwelchen Einfluß auf die ab-

<sup>30</sup> A. a. O.

<sup>31</sup> Breitscheid, „Bereit sein ist alles!“, Rede im Parteiausschuß der SPD am 31. 1. 1933, Berlin o. J.; in dieser als Flugschrift verbreiteten Fassung sind manche Partien gegenüber den in der Presse zitierten Teilen abgemildert.

<sup>32</sup> Mündliche Auskunft Stampfers.

<sup>33</sup> Nach „Neuer Vorwärts“ a. a. O

wartende Haltung der sozialdemokratischen Führung im Februar gehabt haben, obwohl bei den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern die Bereitschaft zum Zusammengehen wuchs. Bemerkenswerterweise veröffentlichte selbst „Die Gewerkschaft“, das Organ des Gesamtverbandes der Freien Gewerkschaften, Mitte Februar einen redaktionellen Artikel unter dem Titel: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Kommunistische Partei müssen sich zusammenfinden.“<sup>34</sup>

### III. Die Stillhaltetaktik

Die sozialdemokratischen Führer standen am 30. Januar 1933 vor einer viel schwereren Entscheidung als am 20. Juli des Vorjahres. Sie konnten kaum hoffen, daß sich durch eine offene Auflehnung der isolierten partei- und gewerkschaftstreuen Arbeitermassen die nationalsozialistische Regierungsübernahme rückgängig machen lassen würde; und wenn sie davor zurückscheuten, ihre Anhänger in einen aussichtslosen Kampf zu treiben, wird man ihren humanitären Motiven die Achtung nicht versagen dürfen.

Gleichwohl scheint die Auffassung vertretbar, daß „die besonders demoralisierenden Folgen eines kampflosen Zusammenbruchs“<sup>35</sup> vielleicht noch abzuwenden gewesen wären. Doch dieser Gesichtspunkt hat in den damaligen Überlegungen keine Rolle gespielt. Und genau so wenig wurde die Frage gestellt, ob eine spontan ausgelöste Aktion nur der Linken unmittelbar nach dem 30. Januar, die im Reichswehrkonzept nicht vorgesehen war, jedoch unter Umständen den militärischen Ausnahmezustand provoziert und damit die Verfügungsberechtigung über die preußische Polizei zunächst aus den Händen Görings genommen hätte, den nationalsozialistischen Plänen gerade förderlich gewesen wäre. Hitler stand ganz am Anfang; zwar hatte seine Berufung als provozierender Schock gewirkt, allein er war nicht durch einen Staatsstreich zur Regierung gekommen, sondern als „legaler“ Kanzler auf dem durchlöcherten Boden der Verfassung; und für die entscheidenden Schritte zur Alleinherrschaft schuf erst der Reichstagsbrand die Voraussetzungen. Die sozialdemokratische Führung machte sich wohl mit dem Gedanken an eine längere Reaktionsperiode vertraut, war aber nur allzu geneigt, diese bevorstehende Zeit als eine „Episode“ in der Geschichte der deutschen Demokratie zu bagatellisieren; für die Partei aber erwartete sie schlimmstenfalls „eine Wiederholung des Sozialistengesetzes“.

Dabei besteht kein Anlaß, an der subjektiven Ehrlichkeit des Widerstandswillens, den manche der Spitzenfunktionäre noch bis in die letzten Februartage hinein bekundeten, zu zweifeln. Die Männer der Parteiführung befanden sich in einem echten Gewissenskonflikt; und erst der Reichstagsbrand nahm ihnen eine Entscheidung aus der Hand, der sie seelisch nicht gewachsen waren. Wenn sie die

<sup>34</sup> Furtwängler a. a. O., S. 577 f.

<sup>35</sup> Leber a. a. O., S. 276 (Epilog von seinen Freunden).



Widerstandsfrage wochenlang in der Schwebe ließen, gaben sie sich allerdings, was ihre eigene Initiative anlangt, einer Selbsttäuschung hin. Die rückblickende Analyse findet den Weg, den die sozialdemokratische Parteiführung beschritten hat, schon in ihren offiziellen Verlautbarungen vom 30. und 31. Januar vorgezeichnet.

„Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserne Front mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit. Sie wird den ersten Schritt von diesem Boden nicht tun ...“, betonte der Leitartikel in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 30. Januar; und schon am gleichen Tage beschloß die Reichstagsfraktion „selbstverständlich“<sup>36</sup> die Einbringung eines formellen Mißtrauensantrages gegen die Regierung Hitler. Auch Breitscheids Referat vor dem Parteiausschuß vom 31. Januar hält sich in den Bahnen des gewohnten parlamentarischen Denkens und verkündet einerseits die Verschiebung des organisierten aktiven Widerstandes auf den – durch das Notverordnungsunwesen und den vorausgegangen stillen Verfassungswandel – schwer eindeutig bestimmbar Moment eines klaren Verfassungsbruchs, andererseits meldet es gleichzeitig den Zweifel an, ob solch eine Verschiebung überhaupt einen praktischen Sinn habe.<sup>37</sup> Doch die Proklamation des Widerstandswillens, den viele der erregten Zuhörer aus Breitscheids Rede heraushören, weil sie für den Zweifel in diesem Augenblick der spontanen Empörung nicht empfänglich sind, wird noch weiter entwertet: „Wir sind nunmehr in eine Phase des Klassenkampfes von oben in seiner reinsten Form eingetreten“, stellt Breitscheid fest, und fährt mit apodiktischer Zuversicht fort: „Die Reaktion hat ihre letzte Karte ausgespielt, die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt. Wenn sie nicht sticht, und sie wird nicht stechen, dann ist die Stunde gekommen, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht. Nur sie kann dann das Volk retten. Für diese Entscheidungsstunde gilt es alle Kräfte zu sammeln, um sie geschlossen einzusetzen.“<sup>38</sup>

Breitscheid setzt nicht auf den spontanen Willen zur Aktion, der ihm entgegenschlägt, sondern auf die ökonomisch determinierte „Entwicklung“, die alles wieder ins rechte Lot bringen werde. Der Jubel der Hitleranhänger, so meint er, könne bald genug in Katzenjammer umschlagen, wenn die nationalsozialistischen Anhänger sähen, daß Hitlers „Sieg“ mit völliger Abhängigkeit von Großkapital und Junkern erkaufte worden sei<sup>39</sup>. Die Aufgabe der Arbeiterorganisationen aber reduziert sich im Grunde darauf, präsent zu bleiben und die Nerven nicht zu verlieren. Jeder Eingriff in die Entwicklung wäre eine Unklugheit.

In der Bundesausschußsitzung des ADGB vom gleichen Tage spricht Leipart sich in ganz ähnlicher Weise aus: „Die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine Periode sozialen Aufstiegs auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende

<sup>36</sup> Breitscheid a. a. O.; „Vorwärts“, 31. 1. 1933, Morgenausgabe.

<sup>37</sup> Breitscheid a. a. O.

<sup>38</sup> Zitiert nach „Internationale Information“, 1933/I, S. 53.

<sup>39</sup> A. a. O.

Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen, die heute wirtschaftliche Not unseren Organisationen entfremdet hat.“<sup>40</sup>

Breitscheids Referat wurde unter dem bezeichnenden Titel: „Bereit sein ist alles!“ veröffentlicht. Auf den gleichen Tenor waren auch die offiziellen Aufrufe abgestimmt. Leipart prägte die Formel: „Organisation – nicht Demonstration ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt . . .“<sup>41</sup> Das war nicht nur gut gewerkschaftlich, das war auch gut sozialdemokratisch gesprochen.

So verbarg sich hinter der scheinbaren Entschlossenheit von Anfang an die Theorie der Untätigkeit, die es der unelastischen, ratlosen, skrupelhaften sozialdemokratischen Parteiführung erlaubte, der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht anders als einer Dutzendkrise zu begegnen. Obgleich es von Tag zu Tag offensichtlicher wurde, daß sich die Nationalsozialisten hinter den Kulissen des Koalitionskabinetts der „Harzburger Front“, in dem sie bei oberflächlicher Betrachtung als der schwächere Partner erschienen, zielstrebig auf die völlige Machtergreifung vorbereiteten, zeigt sich in der Strategie der Sozialdemokratie kein neuer Zug. Trotz des wachsenden Terrors vollzog sich „ihr Widerstand . . . nach den Traditionen einer völlig legalen demokratischen Partei in Propaganda und Wahlarbeit“; und „nach ihrer Tradition legte sie das Schwergewicht auf die Darlegung der potentiellen Energie einer Millionenpartei“.<sup>42</sup> Hier lag die Grenze, die sich als unüberschreitbar erwies.

Darüberkönnen auch die starken Worte, die in den ersten Wochen des Wahlkampfes gesprochen wurden, als noch eine relativ unbehinderte Versammlungstätigkeit möglich war, nicht hinwegtäuschen. Es ist allerdings nicht immer leicht, die kraftvoll klingenden rhetorischen Ablenkungsmanöver, die die eigene Ohnmacht kaschierten und als Blitzableiter für die Erregung der Massen dienten, von den Äußerungen echter Widerstandsbereitschaft zu unterscheiden. Charakteristisch erscheint, daß der Wahlaufuf der SPD vom 2. Februar „die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter“, „die Enteignung der Schwerindustrie“ und „den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft“ forderte<sup>43</sup>. Dieser Wahlaufuf wurde nicht zu Unrecht in der Partei als „Rückkehr zum Erfurter Programm“ empfunden<sup>44</sup>. Die politische Sterilität verführte zur Flucht in die Tradition. Der „offizielle Radikalismus“ der Vorkriegssozialdemokratie, der dieser in Wirklichkeit quietistischen Partei, der es sowohl an Machtwillen als auch an klaren Zielvorstellungen fehlte, ein grimmiges Aussehen verliehen hatte, feierte fröhliche Urständ.

<sup>40</sup> „Gewerkschaftszeitung“, 4. 2. 1933.

<sup>41</sup> A. a. O.

<sup>42</sup> Max Klinger (Pseud. f. Curt Geyer), „Volk in Ketten“, Karlsbad 1934, S. 18 f.

<sup>43</sup> „Vorwärts“, 2. 2. 1933, Abendausgabe.

<sup>44</sup> „Die deutsche Sozialdemokratie im Jahr der faschistischen Machtergreifung“, S. 3.

Was die SPD-Führung bestenfalls von den Wahlen zu erwarten hatte, war eine „antifaschistische Mehrheit“ und es bedurfte keiner prophetischen Gaben, vorauszusagen, daß diese heterogene Mehrheit zu „einheitlichen Operationen in positiver Richtung kaum fähig sein“ würde<sup>45</sup>. So galt der erste Gedanke der verwirrten und schwer an ihrer Verantwortung tragenden Führer der Hoffnung auf fremde Hilfe. Auch hier wurde im Grunde nur die passive Politik der Krisenjahre mechanisch fortgeführt. Begierig gab sich die Parteileitung der Welle von Illusionen hin, die nach dem 30. Januar das ganze Land überschwemmte. Man hoffte auf die Spannungen innerhalb des Kabinetts, auf die Unüberwindlichkeit der ökonomischen Schwierigkeiten und Interessengegensätze zwischen den ungleichen Partnern, auf die Rivalität von SA und Stahlhelm, auf die Selbstersetzung und den Auseinanderfall der NSDAP, auf die Reichswehr, Herrn von Papen, den Reichspräsidenten und die süddeutschen Länder. Obgleich aus dem Gebäude dieser illusionären Hoffnungen ein Stein nach dem anderen herausbrach, hielten sie sich zäh. Sie überlebten den Reichstagsbrand und das Ermächtigungsgesetz, spielten in der letzten Sitzung der Reichstagsfraktion am 10. Juni 1933<sup>46</sup> eine wesentliche Rolle, übten nach dem offiziellen Verbot der Partei bestimmenden Einfluß auf die Lagebeurteilung des Prager Emigrationsvorstandes aus und gaben denjenigen der Illegalen Mut, die mit einem schnellen Zusammenbruch des Hitler-Regimes rechneten<sup>47</sup>. Die Begleitmusik dieser Politik der Schiffbrüchigen, die sich krampfhaft an die letzte Planke zu klammern versuchten, bildeten Äußerungen des gleichen fatalistischen Entwicklungsglaubens, den wir bereits bei Breitscheid und Leipart kennengelernt haben, und der Otto Wels noch auf der Pariser Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1933 zu dem tröstlichen Ausruf verführte, Deutschland werde wahrscheinlich trotz allem das Land sein, „das als erstes in Europa die sozialistische Revolution erleben wird“.<sup>48</sup>

Trotz der tiefen Zäsur des Reichstagsbrandes, der die Voraussetzung dafür schuf, die KPD sofort in die Illegalität zu drängen und der SPD jegliche Bewegungsfreiheit zu nehmen, änderte sich also an der Grundhaltung der sozialdemokratischen Führung in den kommenden Monaten nichts, nur daß die im Februar noch durch den Wahlkampf teilweise verschleierte Stillhaltetaktik im März und April offen zutage tritt. Immerhin konnte die Parteileitung Genugtuung darüber empfinden, daß trotz des Terrors, der Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse und der Flut von Verleumdungen die Anhängerschaft bei den Wahlen vom 5. März nahezu geschlossen ihre Treue bewiesen hatte. Der Aufruf an die Partei vom 6. März proklamierte als Ziel „die Wiedereroberung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft“ und appellierte gleichzeitig an das Wahlprüfungsgericht, das zu entscheiden haben werde, ob die Bedingungen der Wahlfreiheit erfüllt gewesen seien. Die Beschwörung von Recht und Verfassung bestimmt überhaupt nach wie

<sup>45</sup> „Vorwärts“, 25. 2. 1933, Morgenausgabe.

<sup>46</sup> Dok. 1, S. 181 ff.

<sup>47</sup> Dok. 3, S. 199; Dok. 5, S. 208; s. auch unten Abschnitt VI.

<sup>48</sup> Matthias, „Sozialdemokratie und Nation“, Stuttgart 1952, S. 72 ff. und 191.

vor den Tenor der sozialdemokratischen Äußerungen. „Die Herren haben jetzt im Reich und in Preußen die Mehrheit“, heißt es in einem Kommentar zum Wahlergebnis, „sie sind vom Reichspräsidenten ernannt und vom Volke bestätigt. Sie brauchen nur eine legale Regierung zu sein, dann sind wir ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition.“<sup>49</sup> Der gleiche Gedankengang kehrt auch in Wels' mutiger Reichstagsrede vom 23. März wieder.

Es wird immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bleiben, daß sie an diesem Tage als einzige Partei gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz zu stimmen wagte und sich uneingeschränkt zu den Grundsätzen der versunkenen, parlamentarischen Demokratie und der Verfassung von Weimar bekannte. „Auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde von der bürgerlichen Mitte her der stärkste Druck ausgeübt, damit sie entweder an der Sitzung überhaupt nicht teilnehme oder sich bei der Abstimmung der Stimme enthalte. Geflüssentlich wurde das Gerücht verbreitet, daß die Sozialdemokraten, falls sie mit Nein zu stimmen wagten, allesamt verhaftet werden sollten und danach werde das Revolutionstribunal zu arbeiten beginnen.“ Als die Sozialdemokratie auf ihrer Auffassung bestand, wurde Otto Wels „von bürgerlichen Ratgebern bestürmt . . ., er möge die Abgabe der sozialdemokratischen Erklärung einem jüngeren, weniger bekannten Genossen überlassen, denn er bringe sich als offizieller Sprecher der Fraktion in allergrößte Gefahr“.<sup>50</sup> Noch in letzter Minute soll ein Zentrumsführer Wels geradezu angefleht haben, von der Abgabe einer Erklärung gegen das Ermächtigungsgesetz ganz Abstand zu nehmen. Der Terror reichte bis in den Reichstag hinein. Die 120 Mitglieder zählende sozialdemokratische Fraktion war bereits durch die Flucht besonders Gefährdeter und durch Verhaftungen geschwächt. Noch auf dem Wege zum Sitzungsgebäude wurden zwei Fraktionsmitglieder festgenommen. Zwar besaß das Votum der 94 anwesenden Sozialdemokraten politisch nur die Bedeutung einer würdigen Demonstration. Es zeigt jedoch, daß es Otto Wels und den Männern, die mit ihm für die passive Defensivpolitik der Sozialdemokratie verantwortlich waren, nicht an persönlichem Mut gebrach, für ihre Überzeugungen einzustehen, obwohl sie in ihrer Entscheidungsfreiheit weit mehr beschränkt waren als die heimlichen Gegner des Ermächtigungsgesetzes in den anderen Parteien<sup>51</sup>.

War die Einschätzung der Lage durch die sozialdemokratischen Führer richtig, die darauf spekulierten, daß der gesetzwidrige Zustand nur vorübergehend sei und wenigstens die rechtsstaatlichen Garantien in Kürze durch das Eingreifen der Reichswehr im Bündnis mit den Deutschnationalen wiederhergestellt würden, so kam es tatsächlich im März und April „vor allem darauf an, die Partei zu erhalten wie sie war, und zu verhindern, daß sie in die Illegalität gedrängt werde“.<sup>52</sup>

<sup>49</sup> „Internationale Information“, 1933/I, S. 112 ff.

<sup>50</sup> Stampfer (anonym) in „Internationale Information“, 1933/I, S. 143 f.

<sup>51</sup> Siehe dazu die in diesem Heft der „Vierteljahrshefte“ erscheinende Dokumentation über die Haltung der Zentrumsfraktion.

<sup>52</sup> „Die deutsche Sozialdemokratie . . .“, S. 7.

Um der Regierung jeden Vorwand zum Einschreiten zu nehmen, versuchte daher die Führung, ihren Kurs, soweit es ihr irgend „mit der persönlichen Würde und den alten Grundsätzen der Partei vereinbar“ schien<sup>53</sup>, an die veränderten Machtverhältnisse anzupassen.

Auf diese Weise hoffte man, auch ein Wiedererscheinen der sozialdemokratischen Presse erreichen zu können. Löbe verhandelte mit Göring über die Freigabe des „Vorwärts“; und da dieser die deutsche Sozialdemokratie für die Deutschlandberichte der ausländischen sozialistischen Zeitungen verantwortlich machte und erklärte, daß eine Aufhebung der Verbote nicht in Frage komme, solange die Presse der sozialistischen Internationale gegen das neue Deutschland hetze, reiste, von Göring ermuntert, Ende März eine Reihe führender Sozialdemokraten, darunter Stampfer und Hertz, ins Ausland, um auf die Bruderparteien einzuwirken. Nun waren tatsächlich im Auslande „geradezu blödsinnige Sensationsberichte“<sup>54</sup> erschienen, die auf Gerüchten und Übertreibungen beruhten. Stampfer und Hertz berichteten übereinstimmend<sup>55</sup>, daß es ihnen bei ihren Reisen darum ging, ihre Freunde wahrheitsgetreu über das, was sich wirklich in Deutschland abgespielt hatte, zu informieren, daß sie jedoch keineswegs beabsichtigten, sie von der Verbreitung der ungeschminkten Wahrheit und der energischen publizistischen Bekämpfung des Hitler-Regimes abzuhalten.

Otto Wels hatte bereits am 20. März bei Friedrich Adler, dem Sekretär der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“, telephonisch gegen einige Falschmeldungen protestiert, die neben zuverlässigen Informationen von der Internationale verbreitet worden waren. Als es ihm nicht gelang, die Veröffentlichung der von der Exekutive der Internationale ohne Beteiligung deutscher Vertreter gefaßten Beschlüsse zu verhindern, erklärte er am 30. April telegraphisch seinen Austritt aus dem Bureau der SAI. Dabei erschien ihm die Einheitsfrontresolution der SAI besonders gefährlich.<sup>56</sup>

Nicht minder bedrohlich als eine Mißdeutung ihrer internationalen Bindungen von seiten der Machthaber erschien der Parteiführung der Verdacht illegaler verschwörerischer Aktivität. So ging sie Anfang April gemeinsam mit dem Vorstand der Berliner Parteiorganisation energisch gegen die Berliner SAJ (Sozialistische Arbeiter-Jugend)-Führung vor, die sich bereits auf die illegale Arbeit umgestellt hatte<sup>57</sup>. Derartige Maßnahmen, die, wie Otto Wels wenige Wochen später zugestand, „nicht nur das Befremden der Genossen im Ausland hervorrufen mußten, sondern auch den Arbeitermassen in Deutschland, zu denen wir nicht mehr durch unsere Presse sprechen konnten, unverständlich bleiben mußten“<sup>58</sup>, förderten wohl

<sup>53</sup> Keil a. a. O., S. 613.

<sup>54</sup> Schriftliche Bemerkung Stampfers zu dem oben zitierten Aufsatz Edingers.

<sup>55</sup> Mündliche Auskunft.

<sup>56</sup> „Internationale Information“, 1933/I, S. 148 ff., 152 ff. Wels zog seinen Austritt, der für die Parteiorganisation als solche ohnehin nicht verbindlich war, in einem Brief an das Bureau der SAI vom 17. 5. 1933 zurück; s. „Internationale Information“, 1933/I, S. 281 f.

<sup>57</sup> Dok. 3, S. 196 ff.; s. auch unten Abschnitt VI.

<sup>58</sup> Brief an Friedrich Adler vom 17. 5. 1933, a. a. O.

oder übel die fortschreitende Demoralisierung der in einem Zustand der Halblegalität dahinvegetierenden Partei. Sie wirkten in der gleichen Richtung wie die Enttäuschung über den ausgebliebenen Widerstand, die angesichts der bekanntgewordenen Morde und Mißhandlungen immer stärker werdende persönliche Furcht, die „Flucht“ Otto Brauns, die „den wirksamsten Schlagler der nationalsozialistischen Wahlpropaganda“ bildete<sup>59</sup>, und die Haltung der Gewerkschaften, die sich im März von der Partei zu distanzieren begannen.

Der organisatorische und moralische Zersetzungsprozeß in der SPD hatte sich seit Anfang März trotz der Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen unaufhaltsam fortgesetzt. In Berlin z. B. begann das Parteileben infolge „des Terrors und der Enttäuschung“ schon im Verlauf des Februars abzusterben, und im März riß „sogar die Verbindung zwischen der Zentrale der Berliner Partei und den Funktionären der Ortsgruppen“.<sup>60</sup> Die Zwischenperiode der Halblegalität, die in Preußen eigentlich schon Anfang Februar mit den terrorbegünstigenden Maßnahmen des Systems Göring beginnt, im März und April die Situation der Funktionäre und der Mitgliedschaft allgemein bestimmt und im Mai und Juni ausläuft, bedürfte einer eingehenden Untersuchung. Auf der einen Seite herrschte in den Hinterzimmern der Lokale, in denen die sozialdemokratischen Funktionäre zusammenhockten, eine konspirative Atmosphäre, auf der anderen Seite versuchte man nicht nur im Parteivorstand demonstrativ zu beweisen, daß die Partei an verschwörerische Tätigkeit nicht denke. Während die Nationalsozialisten die Spitze der Parteipyramide relativ ungeschoren ließen, unterminierten sie mit verdoppelter Kraft durch Terror, verleumderische Hetze und Drohung mit dem Verlust des Amtes oder des Arbeitsplatzes die Basis der Partei.

Bedingt durch regionale und lokale Unterschiede im Ausmaß des Terrors und in der inneren Festigkeit der sozialdemokratischen Organisationen, vollzog sich die Zersetzung der Partei, wie die Debatte über den Stand der Organisation auf der Reichskonferenz Ende April<sup>61</sup> zeigte, sehr ungleichmäßig. Das änderte jedoch nichts an der eindeutigen Gesamtsituation, die der Parteiführung den Gedanken aufzwang, daß die Organisation, wenn nicht ein Wunder geschah, in ganz kurzer Frist durch „Kräfte von außen zerschlagen sein“ würde. Trotzdem beschloß die Konferenz, an dem bisher verfolgten Kurs festzuhalten und die „gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten“ auch weiterhin auszunutzen. Diesem Ergebnis entsprach es, daß bei der Neuwahl des Vorstandes im wesentlichen die im Lande verbliebenen alten Führer in ihren Ämtern bestätigt wurden, darunter Otto Wels als erster und Hans Vogel als zweiter Vorsitzender. Um jedoch in der schwersten Krise, von der die Partei bisher betroffen worden war, alle Richtungen an der

<sup>59</sup> Keil a. a. O., S. 492.

<sup>60</sup> „Die deutsche Sozialdemokratie . . .“, S. 6.

<sup>61</sup> „Internationale Information“, 1933/I, S. 195 ff. Die Reichskonferenz tagte am 26. (nicht, wie vielfach irrtümlich angegeben, am 27.) April in den Räumen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstagsgebäude.

Führung zu beteiligen, wurden Vertreter der Parteilinken und der jüngeren Generation hinzugewählt.

Wenn auch die in den ersten Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme von der Sozialdemokratie verfolgte Politik auf illusionären Voraussetzungen beruhte und sogar dann noch fortgesetzt wurde, als die legale Organisation, um deren Erhaltung es ging, schon fast zur Fiktion geworden war, so bezeugt doch die Haltung der leitenden Funktionäre im allgemeinen ein hohes Maß an Lauterkeit und Gesinnungstreue. Auch das zeigte der Verlauf der Reichskonferenz, auf der sich trotz aller sonstigen Differenzen Ältere und Jüngere in der Auffassung einig fanden, den „ideologischen Widerstand . . . auch unter den allerschwierigsten Umständen“ aufrechtzuerhalten. Der Weg einer Anpassungstaktik in der Art, wie ihn die Gewerkschaften beschritten hatten, wurde eindeutig verworfen.

#### IV. Der Abfall der Gewerkschaften

Die SPD hatte ihre eindeutige Führerstellung gegenüber den Freien Gewerkschaften schon in der Zeit vor dem ersten Weltkriege verloren, doch war es immer wieder möglich gewesen, bestehende Meinungsverschiedenheiten in dem Rahmen einer gemeinsamen Politik zu integrieren. Das hatte sich selbst in den Jahren der Wirtschaftskrise nicht geändert. Nun konnten weder Partei- noch Gewerkschaftsführung ihre Beschlüsse im luftleeren Raum fassen. Trotz ihrer verschiedenartigen Funktionen waren beide auf das Vertrauen der sozialdemokratisch gesinnten Betriebsarbeiter angewiesen, die den Kern ihrer Organisationen bildeten. Die gemeinsame soziologische Basis machte es unmöglich, beide Organisationen, solange sie einigermaßen intakt waren, gegeneinander auszuspielen. Sie vermochten nur in einer Richtung zu wirken, oder aber sie lähmten sich gegenseitig, wenn ihre Differenzen keine gemeinsame Aktivität zuließen.

Die Führung der offiziell überparteilichen Freien Gewerkschaften mag in der Periode der Regierung Schleicher das tatsächlich bestehende Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit als Belastung empfunden haben. Es wäre ihr jedoch, auch wenn sie es gewollt hätte, zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich gewesen, die informale Bindung an die sozialdemokratische Partei aufzugeben, genau so wenig wie diese die von den Gewerkschaften vertretenen ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder außer acht lassen konnte. Wenn die Gewerkschaftsführung immer wieder ihre „völlige Unabhängigkeit“ betonte, war das insoweit richtig, als sie keinen Führungsanspruch der Partei anerkannte, unter allen Umständen auf ihrer Selbstständigkeit beharrte und Eingriffe in ihren Bereich nicht duldete.

Bracher kommentiert den Verzicht der Gewerkschaftsführung auf weitere Verhandlungen mit Schleicher im Januar 1933 mit dem Satz: „Leipart gehorchte seinem Parteivorstand.“<sup>62</sup> Diese Formel wird jedoch dem Tatbestand keineswegs

<sup>62</sup> Bracher a. a. O., S. 700; dagegen neuerdings: Furtwängler a. a. O., S. 572 f.; Stampfer im „Vorwärts“, 23. 3. 1956, S. 24, der Schleichers Unzuverlässigkeit als Partner hervorhebt.

gerecht. Leiparts „Gehorchen“ hat mit Subordination nichts zu tun. Viel wichtiger war für ihn die Überlegung, daß die Betriebsarbeiter und kleinen Gewerkschaftsfunktionäre kein Verständnis für eine Unterstützung der Regierung Schleicher aufbringen würden. Bei der Tolerierung Brünnings war die Situation ganz anders gewesen. Nur weil Partei- und Gewerkschaftsführer in Eintracht handelten, waren sie in der Lage, ihren Mut zur Unpopularität zu beweisen. Auch jetzt wäre das Vertrauenskapital beider Führungsgremien erforderlich gewesen, um die von der Gewerkschaftsführung erwogene Politik zu realisieren. Versagte sich aber der Parteivorstand der SPD, so konnte die Gewerkschaftsführung gegen den Druck von unten, von der gemeinsamen soziologischen Basis her, nicht aufkommen. Wie stark dieser Druck gewesen sein muß, zeigt indirekt die mit leidenschaftlichen Dementis gespickte Eröffnungsrede Leiparts auf der Betriebsrätekonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (AFA-Bund) in Berlin am 22. Januar<sup>63</sup>.

Auf die plötzliche Berufung Hitlers zum Kanzler reagierte die Gewerkschaftsführung in der gleichen Weise wie die Parteispitze, und den ganzen Februar hindurch lassen die offiziellen Verlautbarungen keine abweichende Haltung erkennen. Allerdings enthielten Graßmanns Ausführungen auf der Bundesausschußsitzung vom 31. Januar eine deutliche Warnung an „jede Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen sollte“.<sup>64</sup> Dieser Satz hätte jedoch nur dann seine volle Bedeutung erlangen können, wenn in der SPD-Führung die Bereitschaft zum offenen Widerstand und zur Proklamierung des Generalstreiks größer gewesen wäre als bei den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften.

Die Schwenkung der Gewerkschaften kündigte sich nach den Wahlen vom 5. März an, die von der „Gewerkschaftszeitung“ dahin kommentiert wurden, daß die Gewerkschaften nach dieser „folgschweren Entscheidung“ noch mehr als seither „auf ihre eigene Kraft allein“ angewiesen seien. „Was die deutsche Arbeiterschaft an Einfluß auf die Gestaltung des sozialen Lebens durch Verluste in der Sphäre der Politik eingebüßt hat, muß sie wettmachen durch die Stärkung der Gewerkschaften.“<sup>65</sup> Da es sich immerhin um einen Artikel in dem offiziellen Organ des ADGB handelt, scheint der Schluß erlaubt, daß die Gewerkschaftsführung Papens Mahnung vom 4. März: „Wenn die Gewerkschaften das Zeichen der Zeit erkennen und sich in starkem Maße entpolitisieren, so können sie gerade jetzt ein starker Pfeiler einer neuen Volksordnung werden“,<sup>66</sup> unmittelbar im Anschluß an die Wahlen zum Gegenstand ernsthafter Erörterungen gemacht hat.

Die Entschlüsse der Gewerkschaften wurden dadurch beflügelt, daß sie ebenso wie die Partei unter den Verfolgungen zu leiden hatten. Den entscheidenden

<sup>63</sup> „Gewerkschaftszeitung“, 28. 1. 1933, S. 52 ff.

<sup>64</sup> A. a. O., 4. 2. 1933, S. 67.

<sup>65</sup> A. a. O., 11. 3. 1933, S. 146; dabei charakteristisch der Hinweis auf die noch jüngst abgeschlossenen Tarifverträge, die für Furtwängler, a. a. O., S. 582 ff., noch heute ein gewichtiges Argument sind.

<sup>66</sup> „Papens Appell an das deutsche Gewissen“, Oldenburg i. O. 1933, S. 91.



Schritt tat der Bundesvorstand des ADGB mit seiner Erklärung vom 20. März, die, von Leipart am folgenden Tage Hitler zugeleitet, einer Loyalitätsversicherung gleichkam. Der Kernsatz dieser Erklärung, mit der sich die Gewerkschaftsführung offen von der SPD distanzierte, lautete, daß die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften erfüllt werden müßten, „gleichviel welcher Art das Staatsregime ist“. Die Gewerkschaften seien „ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst“ und „im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen“. An die Stelle des demokratischen und sozialistischen Glaubensbekenntnisses der Gewerkschaften, das noch vor wenigen Wochen immer wieder betont worden war,<sup>67</sup> tritt die Anerkennung abstrakter Begriffe, die den Brückenschlag von der Vergangenheit in die Gegenwart ideologisch ermöglichen sollen.

Am 5. April fand eine Besprechung von ADGB-Vorstandsmitgliedern, darunter Leipart und Leuschner, mit führenden NSBO-Funktionären statt, die eigentlich desillusionierend hätte wirken müssen. Trotzdem wurde in der Bundesausschußsitzung vom gleichen Tage der Beschluß gefaßt, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Den nächsten Schritt bildete der Beschluß des Bundesvorstandes vom 19. April über die Beteiligung an den Maifeiern des Regimes und ein entsprechender Aufruf an die Mitgliedschaft.

Die ideologische Begleitmusik zu den Bemühungen der Führung lieferte eine Reihe von Artikeln in der Gewerkschaftspresse. So versucht Franz Grosse den neuen Machthabern nachzuweisen, daß sie in ihrem eigenen Interesse das faschistische Beispiel der Unterdrückung der Gewerkschaften nicht befolgen dürften. „Nur unter Berücksichtigung der auf eigener völkischer Grundlage gewachsenen Kräfte“ könne „die nationale Regierung das fremde Vorbild nicht nur erreichen, sondern ... auch übertreffen.“<sup>68</sup> Franz Josef Furtwängler preist die „Reichseinheit nach dreihundert Jahren“ vom gewerkschaftlichen Standpunkt<sup>69</sup>; und Walter Pahl begrüßt den 1. Mai „als Tag des Sieges“; die Arbeiterschaft erwarte, daß die Reichsregierung an diesem Tage einen Nationalisierungsplan der deutschen Gesamtwirtschaft in seinen Umrissen verkünde, die „sozialistische Tat“ werde auch die noch mißtrauisch Abseitsstehenden überzeugen<sup>70</sup>.

Auch wenn man derartige Auslassungen nur als zeitgemäße Verpackung gewerkschaftlicher Existenzsorgen ansieht, hinterlassen sie einen peinlichen Nachgeschmack. Alles in allem deuten sie zusammen mit den Verlautbarungen der Gewerkschaftsführung die Möglichkeit eines gewerkschaftlichen „Nationalliberalismus“ an, der geneigt zu sein schien, den Verlust der Demokratie durch die Errungenschaften der Einheitsgewerkschaft, der Nationalisierung der Wirtschaft und des Einheitsstaates zu kompensieren.

Wie der sozialdemokratischen Führung ging es den Spitzenfunktionären der

<sup>67</sup> „Gewerkschaftszeitung“, 25. 3. 1933, S. 177.

<sup>68</sup> A. a. O., 15. 4. 1933, S. 225 ff.

<sup>69</sup> A. a. O., 22. 4. 1933, S. 242 ff.

<sup>70</sup> A. a. O., 29. 4. 1933, S. 259 ff.

Gewerkschaften in erster Linie um die Erhaltung ihrer Organisationen. Es darf ihnen auch nicht unterstellt werden, daß sie sich nicht ehrlich als Treuhänder der Arbeiterinteressen gefühlt hätten. Nur der völlige Machtverlust der SPD verführte sie dazu, aus dem gemeinsamen Boot auszusteigen, das zu kentern drohte, weil es sein altes Gleichgewicht verloren hatte. Wahrscheinlich dachte kaum einer von ihnen daran, sich innerlich gleichschalten zu lassen. Doch bei ihrer Anpassungspolitik überschritten sie eine Grenze, die von der sozialdemokratischen Führung trotz aller Konzessionsbereitschaft generell bis zum bitteren Ende gewahrt wurde. Trotzdem besetzte die SA bereits am 2. Mai die Gewerkschaftshäuser, und die Spitzenfunktionäre wurden verhaftet.

### V. Der Konflikt Berlin-Prag

Als der Parteivorstand der SPD am 4. Mai, unmittelbar nach dem Schlag gegen die Gewerkschaften, einmütig beschloß, einige seiner Mitglieder ins Ausland zu schicken, hoffte man immer noch, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln würde. Von einer Verlegung des Vorstands war keine Rede, und die von dem Beschluß betroffenen Führer sträubten sich. Die von Edinger vertretene Version, daß sich schon zu dieser Zeit eine Löbe- und eine Stampfer-Gruppe im Parteivorstand gegenübergestanden hätten, läßt sich nicht halten<sup>71</sup>. Der Konflikt zwischen den in Berlin verbliebenen Vorstandsmitgliedern und denen, die ins Ausland gegangen waren und sich in der zweiten Maihälfte in Prag als Auslandsvertretung etablierten, wurde erst durch die Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. Mai heraufbeschworen.

Zu dieser Zeit weilte bereits die Mehrheit der Vorstandsmitglieder nicht mehr im Reichsgebiet. Am 10. Mai hatte das Regime das Parteivermögen beschlagnahmen lassen, doch weitere Maßnahmen gegen die Partei erfolgten zunächst nicht. Die Atempause, die die außenpolitischen Schwierigkeiten der Hitlerdiktatur der SPD verschafften und die bis Mitte Juni anhielt, gab den Loyalitätsillusionen neuen Auftrieb und bestärkte die im Lande verbliebenen Führer in dem Entschluß, an der Beschwichtigungs- und Stillhaltetaktik festzuhalten. Daher war auch die Reichstagsfraktion nicht geneigt, sich dem Vorschlag der in Saarbrücken zusammengetretenen Vorstandsmehrheit zu fügen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichstagsitzung vom 17. Mai demonstrativ fernbleiben sollten.

An den Fraktionssitzungen vom 16. und 17. Mai nahmen wenig mehr als die Hälfte der gewählten Abgeordneten teil. Stampfer und Vogel, die von Saarbrücken aus nach Berlin zurückgekommen waren, um eine sozialdemokratische Zustimmung zu Hitlers „Friedensresolution“ zu verhindern, drangen mit dem Vorschlag des Parteivorstandes nicht durch. Allerdings zeigte sich zunächst „nur eine kleine Gruppe . . . aus taktischen Gründen bereit, sich notfalls auf die stumme Zustimmung zu Hitlers außenpolitischer Rede zu beschränken“. Wenn aber der Frak-

<sup>71</sup> Edinger a. a. O., S. 355 f.; dagegen unter anderem Dok. 1, S. 183 ff., 190.

tion die Abgabe einer eigenen Erklärung unmöglich gemacht würde, schien die große Mehrheit entschlossen, der Sitzung fernzubleiben<sup>72</sup>. Erst die erpresserische Morddrohung Fricks in der Ältestenratssitzung am 17. Mai mittags gab den Ausschlag. Nunmehr stimmten in der Fraktion von 65 anwesenden Abgeordneten 48 für die unmotivierete Zustimmung.<sup>73</sup>

Aus der Haltung der Fraktionsmehrheit und der in Berlin verbliebenen Führer sprach nicht allein Furcht um die eigene Sicherheit und das eigene Leben; sie glaubten, daß ihre Gefügigkeit vielleicht eine neue Terrorwelle und die Rache des Systems an den Opfern in den Konzentrationslagern verhindern könne. Eine Anzahl von Abgeordneten klammerte sich aber auch angesichts der maßvollen Formeln Hitlers, die nur der lebensgefährlichen außenpolitischen Isolierung der Diktatur zu verdanken waren, an die Fiktion einer Kontinuität der deutschen Außenpolitik von Stresemann und Hermann Müller bis Adolf Hitler. Die Entscheidung vom 17. Mai riß eine Kluft in der Partei auf. Nachdem die Grenze des legalen, parlamentarischen Widerstandes am 23. März erreicht worden war, wurde der 17. Mai von vielen als „Entehrung der Partei und . . . Kapitulation“ betrachtet<sup>74</sup>. Für die Vertreter des „Löbe-Kurses“, der von den Berliner Vorstandsmitgliedern und den großen Parlamentsfraktionen getragen wurde, handelte es sich jedoch gar nicht darum, sich gleichzuschalten. Sie hielten nur krampfhaft an der alten Kampfform und ihren organisatorischen Traditionen fest und wollten vor allem versuchen, die Reste der zerschlagenen Partei zu sammeln und zusammenzuhalten. Dabei spielte die Hoffnung auf ein Weiterbestehen des Reichstags und der Länderparlamente eine wesentliche Rolle. Obgleich die Immunität der Abgeordneten vielfach verletzt worden war, herrschte besonders bei den Angehörigen der Reichstagsfraktion noch immer die Vorstellung, daß sie, wie in der Zeit des Sozialistengesetzes, die Pflicht hätten, geschützt durch ihre Mandate, die Partei zu repräsentieren. Diese Vorstellung ist auch weitgehend für den ursprünglichen Plan vom 16./17. Mai verantwortlich, mit einer eigenen Erklärung in die Kroll-Oper zu gehen.

Der Gedankengang ist etwa folgendermaßen zu rekonstruieren: die Zustimmung würde das Regime besänftigen, die eigene Erklärung den inneren Kontakt mit der enttäuschten Anhängerschaft aufrechterhalten oder wiederherstellen. Von etwa den gleichen Vorstellungen waren auch die Landtagsfraktionen beseelt, die bis in den Juni hinein die Ermächtigungsgesetze der einzelnen Länder ablehnten, aber dabei mit beschwichtigenden Erklärungen, die fast wie Entschuldigungen klangen, um gut Wetter baten. Das Protokoll der letzten Sitzung der Reichstagsfraktion vom 10. Juni gibt einen lebendigen Eindruck von der Ehrenhaftigkeit der Beweggründe der Vertreter des Löbe-Kurses; es zeigt aber auch seine außerordentlich illusionäre Grundlage und die in der Partei herrschende Verwirrung. Es ist bemerkenswert, daß der einzige, der ein realistisches Wort zur Lage zu sagen wußte

<sup>72</sup> Stampfer in: „Internationale Information“, 1933/I, S. 246 ff., 282 f.

<sup>73</sup> Nach „Internationale Information“, 1933/I, S. 244.

<sup>74</sup> A. a. O.

und sich weder über die Absichten der Nationalsozialisten noch über den Zustand der „förmlich atomisierten“ SPD-Illusionen machte, Kurt Schumacher hieß<sup>75</sup>.

Der Löbe-Kurs, dessen Träger mindestens zunächst in der außenpolitischen Ablenkung des Systems Tendenzen zur Mäßigung oder gar „Normalisierung“ zu erkennen glaubten, wurde seit dem 17. Mai empfindlich durch die Aktivität der ins Ausland gegangenen Vorstandsmitglieder gestört, die bis zu diesem Zeitpunkt Zurückhaltung geübt hatten. Im Gegensatz zu den Berliner Vorstandsmitgliedern kamen sie nach der Beschlagnahme des Parteivermögens zu der Erkenntnis, daß „die Periode, wo wir hoffen konnten, durch die Ausschaltung von Vorwänden für Gewaltmaßnahmen etwas zu retten, . . . vorüber“ sei<sup>76</sup>. Nun wollten sie endlich den schon fast hoffnungslos gewordenen Versuch unternehmen, der inneren Zersetzung der Partei und der weit fortgeschrittenen Demoralisierung entgegenzuarbeiten; und da der 17. Mai bewies, daß im Reich nicht mehr die mindeste Möglichkeit auch nur zu einem eindrucksvollen Protest bestand und daß jeder Versuch, die Partei legal zu repräsentieren, im In- wie im Ausland zu neuen Mißdeutungen führen mußte, wurde die offizielle Verlegung des Vorstandes nach Prag beschlossen.

So standen sich seit der zweiten Maihälfte der Berliner Rumpfvorstand und der Prager Emigrationsvorstand gegenüber. Beide waren von dem besten Willen besetzt; beide teilten, was die Selbstzersetzung des Regimes anbetraf, weitgehend die gleichen Illusionen. Was sie trennte, war auch im Kern keine Differenz der Anschauungen, sondern eine Differenz der Perspektiven. Menschen, die vor wenigen Wochen oder Tagen noch vertrauensvoll und freundschaftlich zusammen gearbeitet hatten, verstanden sich auf einmal nicht mehr, weil die einen in Freiheit und die anderen in Unfreiheit atmeten. Alle Versuche, sich gegenseitig zu überzeugen, fruchteten nichts, und der Konflikt spitzte sich immer mehr zu. Die beiden Gremien wurden auseinandergetrieben, ohne es selbst zu wollen, und sahen sich auf einmal in einen peinlichen Kampf um Einfluß und Kompetenzen verstrickt. In Prag wie in Berlin erhob man den Anspruch, allein die Partei zu vertreten. Dabei taten das Bewußtsein der Daheimgebliebenen, bei der geschlagenen und zersprengten Truppe auszuhalten, und ihr Sentiment gegen die Emigrantenpolitik das Ihrige dazu, der Auseinandersetzung eine stark gefühlsbetonte Note zu verleihen.

Am 19. Juni erreichte der Konflikt mit der Wahl eines neuen Parteivorstandes in Berlin seinen Höhepunkt; doch für die bürgerlich-rechtlichen Wirkungen der offiziellen Erklärung, daß die Partei für alle Äußerungen der Emigranten jede Verantwortung ausdrücklich ablehne<sup>77</sup>, hatten die nationalsozialistischen Führer kein Verständnis. Schon am 22. Juni wurde der SPD jegliche Betätigung untersagt und die Kassierung der sozialdemokratischen Mandate verfügt. Die neue Terrorwelle war bereits mit voller Wucht angelaufen. Das Regime hatte zu dem Schläge ausgeholt, der innerhalb von wenigen Wochen das ganze bisherige Parteiensystem hinwegfegte.

<sup>75</sup> Dok. 1, S. 190.

<sup>76</sup> Brief Wels' vom 17. 5. 1933, a. a. O., S. 282.

<sup>77</sup> „Frankfurter Zeitung“, 20. 6. 1933.

## VI. Anfänge der Illegalität

Schon während der Anfänge der Regierung Papen faßte Otto Wels den Entschluß, die Schaffung einer illegalen Organisation neben der offiziellen Partei anzuregen, um für den Fall eines offiziellen Parteiverbots oder einer ernsthaften Behinderung der legalen Parteiarbeit der völligen Aktionsunfähigkeit der SPD vorzubeugen. In den Sitzungen des Parteivorstandes scheint über diesen Plan nicht verhandelt worden zu sein. Offenbar ist Wels von sich aus – vielleicht nach vertraulicher Absprache mit einigen Vorstandskollegen – im Juni und Juli 1932 an zuverlässige Funktionäre im Lande herangetreten. Wohin sein Vorschlag im einzelnen gelangt ist, und wo er Widerhall fand, könnte bei dem Mangel an schriftlichen Quellen nur durch umfangreiche Nachforschungen festgestellt werden. Das Dokument der Hannoverschen „Sozialistischen Front“ spricht von „wenigen Großstädten . . ., in denen schon im Sommer 1932 die Anregung des Parteivorstandes befolgt war, illegale Gruppen aus den zuverlässigsten und aktivsten Funktionären zu bilden, welche die Parteiarbeit leisten sollten, wenn der legale Parteiparat nicht mehr arbeiten können . . .“<sup>78</sup> Nachzuweisen ist es für Leipzig, Hannover und Hamburg, wo die vorbereitende illegale Arbeit von dem Kreis um Gustav Dahrendorf getragen wurde, und für die Berliner Sozialistische Arbeiterjugend.<sup>79</sup>

Für den Aufbau der Leipziger Organisation<sup>80</sup> wurde, wie in Hannover und bei der Berliner SAJ, das auch in der kommunistischen Geheimorganisation übliche Organisationsprinzip der „Fünfergruppen“ gewählt, die man in Leipzig als „Pionierketten“ bezeichnete. Im Unterschied zu Hannover, wo sich die Organisation auf den Ortsverein der Stadt beschränkte, traf man jedoch von Leipzig aus die Vorbereitungen auf der regionalen Basis des Parteibezirks. Das Organisationsschema ähnelt dem von Hannover<sup>81</sup>. Angelehnt an die Untergliederung der legalen Partei setzte sich der illegale Apparat aus acht Teilorganisationen im Bereich der Stadt Leipzig und etwa zehn im Bereich des Parteibezirks zusammen, die mit dem Leiter der Gesamtorganisation durch Verbindungsleute verkehrten. Bis zum Spätherbst 1932 war ein Gerippe von etwa 250–270 Fünfergruppen geschaffen worden. Dieser großzügige Ausbau brachte erhöhte Gefahren mit sich. Trotzdem überstand die Organisation, die nach dem 30. Januar 1933 ihre Tätigkeit einfach fortsetzte, das Jahr 1933 unbehelligt. Im Juni 1934 wurde sie durch Zugriff der Polizei im Grundgefüge zerstört; einzelne Teile des Systems konnten sich jedoch länger halten.

<sup>78</sup> Dok. 5, S. 205.

<sup>79</sup> Auskunft Georg Eckerts u. Dok. 3, S. 196, das allerdings die Anregung durch Wels oder aus Vorstandskreisen nicht erkennen läßt. Die Frage, ob sozialdemokratische Organisationen im Sommer 1933 aus eigenständiger Initiative illegale Vorbereitungen getroffen haben, ist noch offen.

<sup>80</sup> Nach einem mündlichen Bericht von Rudolf Rothe, der den Aufbau der Leipziger Organisation geleitet hat.

<sup>81</sup> Dok. 5, S. 218. Die Verbindungslinie von A nach C 3 ist irrtümlich in das Schema eingezeichnet worden und zu streichen.

Diese beschränkten Vorbereitungen auf die Illegalität haben für die Gesamtpartei keine Bedeutung erlangt, zumal die Parteileitung im Frühjahr 1933 nicht nur nichts unternahm, um die Umstellung der Partei auf die illegale Arbeit zu fördern, sondern vorhandene Ansätze sogar zu unterdrücken versuchte, weil sie die Stillhaltetaktik gefährdeten<sup>82</sup>. Damit desavouierte Otto Wels praktisch die seiner eigenen Voraussicht vom Sommer 1932 zu verdankenden vorbeugenden Maßnahmen.

Besonders den jüngeren aktivistischen und den linksoppositionellen Elementen in der Partei waren die Legalitätsillusionen der Führer unverständlich. Der Konflikt zwischen dem Parteivorstand und der Berliner Parteileitung einerseits und den Führern der Berliner Jugendorganisation andererseits ist charakteristisch für die Auseinandersetzungen, die sich im März und April 1933 auf den verschiedenen Stufen der Parteiorganisationen abspielten. Vom Mai ab, nachdem die Einrichtungen der Partei beschlagnahmt worden waren und die Tätigkeit in den legalen Organisationen praktisch zum Erliegen gekommen war, nahm die illegale Arbeit einen beträchtlichen Umfang an; und bis zum offiziellen Verbot der Partei existierten drei Teile der Sozialdemokratie nebeneinander: die Reste der alten Partei, die Anfänge der Emigrantorganisation und die illegalen Gruppen. Die Sphären dieser drei Teile berührten sich zwar gelegentlich, blieben jedoch im wesentlichen voneinander getrennt.

Die sozialistische Illegalität, wie sie sich im Mai und in den folgenden Monaten entfaltete, bietet ein buntes Bild. Neben den wenigen schon seit 1932 vorbereiteten Organisationen stehen die Versuche in den linksoppositionellen, dem Berliner Parteivorstand kritisch gegenüberstehenden Parteibezirken Sachsens und Thüringens, die Kader ganzer regionaler Parteieinheiten geschlossen in die Illegalität zu überführen und die Periode der Halblegalität, so gut es ging, für einen planmäßigen Aufbau der illegalen Arbeit zu nutzen. Hier ist allen voran der Bezirk Chemnitz zu nennen<sup>83</sup>. Auf der sozialdemokratischen Reichskonferenz vom 19. Juni 1933 wurde zwar über die Frage der Illegalität debattiert; doch die maßgebenden Vertreter der Berliner Vorstandsgruppe um Paul Löbe hielten auch jetzt noch an ihrem ablehnenden Standpunkt fest. Daraufhin trafen sich die Anhänger des illegalen Kurses am Nachmittag des Konferenztages zu einer Sondersitzung in einer Charlottenburger Villa und versuchten eine zentral geleitete, illegale sozialdemokratische Reichsorganisation zu improvisieren<sup>84</sup>. Dieser Versuch in letzter Minute war von vornherein aussichtslos und hat kaum praktische Bedeutung erlangt. Wirklich bezeichnend für den ersten Abschnitt der Illegalität sind die vielen voneinander unabhängigen Einzelgruppen, die wie Pilze aus der Erde schossen und deren Zahl in die Tausende ging<sup>85</sup>.

<sup>82</sup> Siehe oben Abschnitt III und Dok. 5, S. 196 ff.; Dok. 5, S. 205.

<sup>83</sup> Dok. 5, S. 199; s. auch Jaksch in: „Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Sozialdemokratie“, hrsg. von der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten zum 50. Geburtstag von Jaksch, Malmö 1946, S. 109.

<sup>84</sup> Nach einer von Ernst Schumacher, damals Bezirkssekretär in Düsseldorf, für den Verf. angefertigten Niederschrift vom Januar 1956.

<sup>85</sup> Günther Weisenborn, „Der lautlose Aufstand“, 2. Aufl., Hamburg 1954, S. 145.

Abteilungen der Partei, der Jugendgruppen, des Reichsbanners usw. wollten illegal beisammen bleiben. Dilettantisch und unerfahren, suchten sie sich, notdürftig getarnt, den neuen Verhältnissen anzupassen, um ihre gewohnte Tätigkeit fortsetzen zu können. „In den Wochen und Monaten der ersten Gehversuche sang die illegale SPD in neugegründeten Männerquartetten, sie spielte Skat, sie kegelte, sie wanderte und traf sich in Haufen auf den Lagerplätzen . . . Kurz, die damaligen illegalen Kreise suchten Gesellschaftsformen, die dem Kenner schon auf 20 Meter sagten: ‚Das ist bestimmt kein Gesangverein, Skat- oder Kegelklub, sondern eine politische Gruppe‘, wobei es mitunter noch nicht allzu schwer war zu sagen, welcher politischen Auffassung der einzelne Kreis zuneigte.“<sup>86</sup> Wenn der Wille zur Aktivität auch bei den Jungen besonders groß war, so gab es doch viele ältere Sozialdemokraten, darunter Funktionäre von beträchtlichen Graden, die sich einfach nicht vorstellen konnten, daß nun auf einmal alles aus sei. Charakteristisch ist das Beispiel des ehemaligen zweiten Vorwärts-Chefredakteurs Franz Klühs, der sich illegal zu betätigen versuchte und, von vornherein verdächtig, eine leichte Beute der Staatspolizei wurde.

Diese ersten Gruppen sahen ihre Aufgabe vor allem in der illegalen Propaganda, sie verbreiteten selbsthergestellte Flugschriften und wurden, soweit sie mit der Emigration in Verbindung standen, von dieser mit Material versorgt. Sie waren nicht nur durch ihre eigene Unerfahrenheit gefährdet, sondern auch durch die zumeist unbewußte Leichtfertigkeit der Emigrationsstellen, die sich z. B. mit Vorliebe der Post für den Schriftentransport bedienten<sup>87</sup>. Im allgemeinen hatten die ersten Illegalen keine Vorstellung von dem Risiko, das sie auf sich nahmen. Sie rechneten, wie auch die Emigranten, zumeist damit, daß die Diktatur rasch abwirtschaften würde. Ihre Gruppen waren fast alle sehr kurzlebig; als die ersten Zugriffe der Polizei erfolgten und sich in der Regel eine realistischere Einschätzung der Lage einstellte, zweifelten viele an der Möglichkeit und der Wirksamkeit weiterer illegaler Aktionen, wenn auch an vielen Orten ein lockerer Zusammenhang ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterorganisationen erhalten blieb. Diejenigen, die trotzdem zur Weiterarbeit entschlossen waren und der Verhaftung entgingen, mußten versuchen, sich in ihren Methoden mehr und mehr auf die Bedingungen des totalitären Systems umzustellen.

Relativ gute Chancen eines längeren Überlebens besaßen von Anfang an die Organisationen der sozialistischen Splittergruppen, wie des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und der Kommunistischen Partei-Opposition, deren Funktionäre und Mitglieder der Polizei weniger gut bekannt waren und sich überdies durch eine besondere gegenseitige Verlässlichkeit auszeichneten, während die zunächst oft tollkühn operierenden kommunistischen Gruppen stark unter der Infiltration von Spitzeln zu leiden hatten.

Die erste Phase der sozialdemokratischen Illegalität, die sich zeitlich nur schwer

<sup>86</sup> W. Schirmacher, „Sozialistischer Widerstand in Köln“, Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Köln der SPD, Sondernummer, Mai 1955.

<sup>87</sup> Dok. 2, S. 195; Dok. 4, S. 200.

abgrenzen läßt, doch in der Hauptsache schon 1934 erledigt war, erhält ihren charakteristischen Akzent durch die Überbleibsel der alten Parteiorganisationen<sup>88</sup> und nicht durch eigenständige Gruppenbildungen auf neuer Grundlage. Sie ist organisatorisch wie geistig noch überwiegend durch das Auslaufen der Organisations- und Denkformen der alten Sozialdemokratie geprägt, wenn sich auch in ihr bereits das neue Werden ankündigt, das seinen Ausgangspunkt in der totalen Katastrophe des Jahres 1933 hat.

Unter den Gruppenbildungen, die in bewußtem Gegensatz zum Geist der alten Partei entstanden, nimmt die Organisation „Neu Beginnen“ den hervorragendsten Platz ein. Ihre Anfänge reichen bis 1929 zurück, als sich in Berlin kleine Diskussionszirkel kritischer Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenfanden. Fester organisatorischen Zusammenhalt gewann die Gruppierung seit dem Herbst 1931, als es ihr gelang, die Abspaltung der Berliner sozialdemokratischen Jugendorganisation, die zur SAP neigte, zu verhindern. Der Aufbau der illegalen Gruppe „Neu Beginnen“ seit dem Frühjahr 1933 stützte sich einerseits auf die organisatorischen illegalen Vorbereitungen innerhalb der Berliner SAJ und auf ihre Verbindungen, andererseits auf die intensive geistige Vorbereitung in den Diskussionszirkeln. Die Organisation behielt ihren Schwerpunkt in Berlin, verzweigte sich jedoch schnell über das Reichsgebiet.

Im Gegensatz zu den vielen sozialdemokratischen illegalen Gruppen, die einer spontanen Reaktion auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung entsprangen, herrschte in dem Kreise von „Neu Beginnen“, in dem jahrelang die Probleme der italienischen Entwicklung und des zentralistischen Einparteiestaats diskutiert worden waren, eine einigermaßen realistische Vorstellung davon, „was das Organisations- und Propagandamonopol einer Diktaturpartei im Unterschied zu jedem anderen System der Unterdrückung bedeutet, das immer noch Reste demokratischer Institutionen bestehen läßt“. So gelang es „Neu Beginnen“, besonders wirksame Methoden illegaler konspirativer Arbeit zu entwickeln; und die Gruppe stellte sich auch, nachdem sie vorübergehend dem Trugschluß erlegen war, daß sich in Deutschland kein „Vollfaschismus“ entwickeln würde, schnell auf eine „lange Perspektive“ ein<sup>89</sup>.

Die Entwicklung der Gruppe, die leider noch nie eingehend untersucht worden ist, zeigt manche Parallelen zu der Entwicklung der „Sozialistischen Front“ in Hannover, obgleich die Hannoversche Organisation keine Beziehungen zu „Neu Beginnen“ unterhielt. Besonders bemerkenswert ist, daß beide Gruppen sich im Sommer 1935 zu einer Erweiterung der streng abgeschlossenen Kaderorganisationen entschlossen. Während die ursprüngliche Leitung von „Neu Beginnen“ in Sorge um die Sicherheit der Stammorganisation einen Standpunkt entwickelte, „der zur schroffsten Isolierung und Versektung zu führen drohte“, vertrat die große Mehrzahl der Funktionäre die Auffassung, „daß zwar die fest organisierten Gruppen not-

<sup>88</sup> Charakteristisch Dok. 4, S. 200 f., s. auch Dok. 5, S. 215 f.

<sup>89</sup> „Neu Beginnen, Was es will, was es ist und wie es wurde“, hrsg. vom Auslandsbüro Neu-Beginnen, hekt., London o. J. (1940), Zitat S. 13; Dok. 3, S. 196, 198 f.



wendigerweise sehr eng sein müßten, solange das Regime nicht von schweren politischen Krisen erschüttert sei; aber es gäbe noch auf lange Zeit hinaus eine breite Schicht von Funktionären der alten Bewegung, deren Bedürfnis zum Zusammenhalt teils aus der Tradition entspringe, teils durch den Druck der Diktatur immer von neuem erzeugt werde. Eine echte politische Organisation mit bestimmten Zielvorstellungen verdiene diesen Namen nur, wenn sie sich fähig erweise, in dauerndem Kontakt mit solchen Zirkeln, ihnen bei der Lösung der technischen Aufgaben der Illegalität zu helfen, ihnen solide Informationen zu übermitteln und auf die Entwicklung ihrer politischen Vorstellungen einzuwirken“. Diese Auffassung setzte sich nach schweren inneren Kämpfen und einem Leitungswechsel im Juni 1935 durch<sup>90</sup>. Auf Grund der gleichen Überlegungen gliederte die „Sozialistische Front“ ihrer Kaderorganisation „eine Gruppenorganisation mit klarer Anlage zur Massenorganisation“ an, die beträchtlichen Umfang erreichte<sup>91</sup>.

Trotz ihres ursprünglich relativ großen Umfangs, bildete die sozialdemokratische Illegalität schon in den ersten Monaten nur einen kleinen Ausschnitt aus der sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft, die sich im Gegensatz zur kommunistischen trotz der organisatorischen und moralischen Zersetzung des Parteiapparats auch nach den Märzahlen als außerordentlich stabil erwies. Einen Anhaltspunkt geben die vorliegenden Teilergebnisse der Betriebsratswahlen vom April 1933, die für die NSBO so vernichtend waren, daß die Wahlen eingestellt wurden. Nur in den Bergbaugebieten, wo bisher die kommunistische „Rote Gewerkschafts-Opportunisten“ eine starke oder dominierende Stellung einnahm, hatte die NSBO auf Kosten des rapiden Rückgangs der RGO bemerkenswerte Erfolge. Noch die Vertrauensratswahlen von 1935 zeitigten so unerfreuliche Ergebnisse, daß das Regime es nicht wagen konnte, sie ungefälscht zu veröffentlichen<sup>92</sup>. Da nun in weiten Kreisen der ehemaligen Partei und der Gewerkschaften das Bedürfnis bestand, den persönlichen Kontakt mit den Gesinnungsgenossen auch fernherhin zu pflegen, ist es in vielen Fällen sehr schwer zu sagen, wo die Grenze zwischen aktivem Widerstand und passiver Gesinnungstreue zu ziehen ist. Auch die subjektive Einschätzung der Beteiligten geht sehr weit auseinander.

Eine sorgfältige Untersuchung der sozialdemokratischen Widerstandstätigkeit müßte eine Fülle von Gruppentypen sehr verschiedener Festigkeit berücksichtigen, von der Grenzerscheinung des Stammtisches bis zur festgefügt illegalen Kaderorganisation in der Art der Gruppe „Neu Beginnen“ oder der „Sozialistischen Front“. Sie müßte die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Verbindungen zwischen den verschiedenen Organisationen, die Kontakte zur Emigration und die Versuche, auf die unorganisierten Gesinnungsgenossen einzuwirken, sorgfältig erforschen. Sie hätte zwischen Organisationen lokalen und regionalen Charakters und solchen mit Stützpunkten und Verzweigungen in wei-

<sup>90</sup> „Neu Beginnen . . .“, S. 27 ff.

<sup>91</sup> Dok. 5, S. 222 ff.

<sup>92</sup> Siehe neuerdings die Dokumentation von T. E. (Theodor Eschenburg) in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 311 ff.

ten Teilen des Reichsgebietes zu unterscheiden. Vor allem aber wäre es ihre Aufgabe, herauszuarbeiten, wie sich mit dem immer stärker werdenden Zugriff der Diktatur und der Perfektionierung der Gestapo, aber auch beeinflusst durch die innere – besonders sozial- und wirtschaftspolitische – Entwicklung des Dritten Reiches und seine außenpolitischen Erfolge, die Struktur des sich generell auf immer kleinere Kreise verengenden aktiven sozialistischen Widerstandes stufenweise wandelt. Diese bei dem weitgehenden Fehlen schriftlicher Quellen unerhört schwierige Forschungsaufgabe ist bisher vernachlässigt worden. Auf ihre Dringlichkeit hinzuweisen ist um so notwendiger, als die Widerstandsforschung, die sich mehr und mehr auf die Vorgänge um den 20. Juli konzentriert hat, trotz der Erfreulichkeit vieler Ergebnisse weitgehend in eine biographische Sackgasse hineinzugeraten droht. Demgegenüber könnte gerade die Untersuchung der Strukturen des Widerstandes von paradigmatischer Bedeutung sein und die richtige Beurteilung der Verhältnisse innerhalb der bestehenden totalitären Systeme, auch in der deutschen Sowjetzone, wesentlich erleichtern.

## VII. Der Geist der alten Sozialdemokratie und der Prozeß des Bewußtseinswandels

Die sozialdemokratischen Illusionen in der ersten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft mögen dem nachträglichen Kritiker unbegreiflich erscheinen. Indes hat keine der damals wirkenden anti- oder nichtnationalsozialistischen politischen Kräfte mehr Weitblick und Mut bewiesen als die letzten isolierten Verteidiger der Weimarer Ordnung, die das Ermächtigungsgesetz ablehnten. Das allgemeine Versagen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Verhalten der Sozialdemokratie nach dem preußischen Staatsstreich vom 20. Juli 1932 und nach dem 30. Januar 1933 ganz spezifische, in erster Linie durch die erstarrte sozialdemokratische Denkstruktur bedingte Züge aufweist. Die bestimmenden Faktoren dieser Denkstruktur lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das institutionalistische Denken in den Kategorien des traditionellen Parteiapparats und seiner seit Jahrzehnten praktizierten Kampf-  
formen: Die sozialdemokratisch geprägten Organisationen der Arbeiterbewegung sind primär nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck. Sie bilden einen in sich abgeschlossenen Lebensbereich mit seinen eigenen Gesetzen. Das durch und durch konservative Organisationsdenken führt zu einer Überschätzung der eigenen Kraft, macht blind gegen die wirklichen Gefahren und lähmt die politische Initiative, weil die als Ziel an sich empfundene geschlossene Erhaltung der Organisation höher steht als jeder risikoreiche politische Einsatz.

2. Das institutionalistische Denken in den Kategorien des Parlamentarismus und der rechtsstaatlichen Ordnung: Keine andere Ordnung als die parlamentarische war überhaupt vorstellbar, höchstens noch ein Rückfall in die des Obrigkeitsstaates, wie man sie aus der Vorkriegszeit kannte. Das parlamen-

tarisch-rechtsstaatliche Utopia, in dem viele Sozialdemokraten lebten, war noch bei der letzten Fraktionssitzung im Juni nicht ganz zerschlagen; und auch der kritische Maßstab, mit dem der Karlsbader „Neue Vorwärts“ die Vorgänge in Deutschland beurteilte, war zunächst „von dem einer scharfen parlamentarischen Opposition unter demokratischen Verhältnissen wenig unterschieden“.<sup>93</sup>

3. Das hierarchische Denken: Das hierarchische Denken ist ein Teil des institutionalistischen Denkens. Eine Partei wie die sozialdemokratische, die als legale parlamentarische Massenpartei groß geworden war, doch offiziell immer auf ihrem revolutionären sozialistischen Anspruch beharrte, brauchte eine unerhörte innere Disziplin. Nur so war es möglich, die Macht der Massen wirkungsvoll zu demonstrieren, gleichzeitig aber jede unerwünschte spontane Störung der parlamentarischen Aktion auszuschalten. Die „Ochsentour der Parteihierarchie“<sup>94</sup> – die vom Parteiapparat auf die Fraktionen übertragen wurde und bis in die Sphäre der Staats- und Reichsregierungen hineinreichte –, gegen die viele meuterten und der sich praktisch jeder zu unterwerfen hatte, war generell nicht etwas, was die Spitzenfunktionäre von der Basis trennte, sondern etwas Verbindendes; und die Gegensätze sind oft mehr durch den verschiedenen Standpunkt innerhalb der Hierarchie bedingt als durch einen Unterschied des Denkens. Es entsprach dem Geist der Partei, daß sie von Funktionären geführt wurde. Das Dilemma des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 bestand darin, daß die Führung, ihrer ganzen geistigen Struktur nach, zu keiner Initiative fähig war, während die vom dumpfen Kampfeswillen erfüllten aktivistischen Teile der Arbeiterorganisationen vertrauensvoll auf ihre Führer schauten, weil ihnen die Parteidisziplin spontanes Handeln verbot.

4. Das evolutionistische Denken: Das evolutionistische Denken erfüllt auch in der Katastrophe der Arbeiterbewegung seine traditionelle Funktion: es rechtfertigt die Passivität und gibt neue Zuversicht, weil es die Selbstzersetzung der sieghaften reaktionären und totalitären Gegenkräfte verheißt. Es ist zugleich Ideologie und Lebensgefühl. Als Lebensgefühl gründet es sich hauptsächlich auf die Erfahrung des unaufhaltsamen Aufstiegs der Arbeiterorganisationen in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkriege und auf den daraus erwachsenen Mythos ihrer Unzerstörbarkeit trotz aller zeitweiligen Rückschläge und Unterdrückungen. Als Ideologie verschmilzt es die vormarxistische, humanitäre Fortschrittsgläubigkeit mit einem pseudonaturwissenschaftlichen Sozialdarwinismus und oberflächlich assimilierten Bestandteilen der Marxschen Lehre und des Marxschen Vokabulars zur Synthese. Die scheinrevolutionäre Begriffswelt dieses irreführend von Angehörigen und Gegnern der Partei als „Marxismus“ deklarierten Denkens, das den „Verhältnissen“ die Verwirklichung des Sozialismus überläßt, entspricht dem zwiespältigen Wesen der Sozialdemokratie des Kaiserreiches.

5. Das humanitäre Denken: Das humanitäre Denken entspricht den aus der Vorkriegszeit überkommenen allgemein pazifistischen Anschauungen der Sozial-

<sup>93</sup> „Die deutsche Sozialdemokratie . . .“, S. 35, mit vielen Beispielen (s. oben, Anm. 25).

<sup>94</sup> Leber a. a. O., S. 222.

demokratie. Es ist Vorbedingung und Bestandteil des evolutionistischen Denkens. Aufklärerischer Herkunft, konserviert dieses Denken die Geisteshaltung des 18. Jahrhunderts. Unrealistisch vernunftgläubig und ohne Verständnis für irrationale Beweggründe politischer Willensbildung stehen seine Träger der dynamischen Massenbewegung des Nationalsozialismus ohnmächtig gegenüber und beschwören noch mitten in der Katastrophe das Kampfmittel „geistiger Überlegenheit“.<sup>95</sup>

6. Das Analogiedenken: Das sozialdemokratische Denken, dem impulsive Entschlüsse und spontanes Handeln fremd sind, ist immer auf der Suche nach historischen Analogien, nach Orientierungspunkten in der Vergangenheit. Das hypnotisierte Hinschauen auf das abschreckende russische Vorbild hat die Entwicklung 1918/19 wesentlich mitbeeinflusst. Am 20. Juli 1932 dominiert bei der Partei- und Gewerkschaftsführung die Vorstellung, daß ja alles ganz anders sei als beim Kapp-Putsch. Nach dem 30. Januar 1933 liefert das Sozialistengesetz die beherrschende Analogie; daneben steht der Vergleich mit der faschistischen Revolution, aus dem im allgemeinen die Folgerung gezogen wird, daß bei den andersartigen deutschen Verhältnissen eine italienische Entwicklung unwahrscheinlich sei. Die entscheidende Rolle dieses Analogiedenkens, das ebenfalls dazu dient, die abwartende Haltung der Partei zu rechtfertigen, konnte hier nur angedeutet werden; seine systematische Untersuchung steht noch aus.

Die geschilderten, sich einander gegenseitig bedingenden Denkformen bilden zusammengenommen eine gruppentypische Denkstruktur, in der sich Sein und Bewußtsein, Mentalität und Ideologie,<sup>96</sup> unentwirrt miteinander verfilzen. Diese Denkstruktur ist, individuell verschieden und modifiziert durch den geistigen Standort innerhalb der Partei, mehr oder minder stark wirksam; aber im allgemeinen entläßt sie sogar ihre scharfsinnigsten innerparteilichen Kritiker nicht ganz, die immer wieder ihre Einsicht und ihre selbständige politische Initiative der „Parteitreu“ unterordnen.

Das zählebige alte Denken bewies seine Kraft noch über die Katastrophe hinaus. Auch die theoretischen Gegensätze, die zunächst in den innerparteilichen Kämpfen der Emigration ausgefochten wurden, waren vorwiegend die Gegensätze der alten Partei. In der Renaissance des „Radikalismus“ und in der Absage an den „Reformismus“ zeigt sich nichts Neues, sondern die geistige Kontinuität der linken Opposition innerhalb der Partei, die in der Niederlage eine Bestätigung ihrer traditionellen Kritik an der führenden sozialdemokratischen Richtung sieht<sup>97</sup>. Nicht anders verhält es sich mit dem Linksradikalismus, der der natürlichen Grundstimmung der Illegalen entspricht. Wie die oppositionellen Gruppen der Emigration standen sie dem Prager Parteivorstand, der ihnen als Verkörperung der bisherigen reformistischen Politik erschien, durchweg ablehnend gegenüber. Kompromittiert durch die kampflose Niederlage und die Anpassungspolitik, genossen die alten Führer unter den Emigranten wie unter den Illegalen nur wenig Autorität.

<sup>95</sup> Karl Kantsky in: „Internationale Information“, 1933/I, S. 116 ff.

<sup>96</sup> Matthias a. a. O., S. 83, 303 f.

<sup>97</sup> A. a. O., S. 25 ff.

Doch trotz des unverkennbaren Gegensatzes zwischen dem Emigrationsvorstand und den Illegalen und trotz der starken innerparteilichen Spannungen in der Emigration bahnte sich in allen organisiert arbeitenden Teilen der dezimierten und in viele Teile zersplitterten deutschen Sozialdemokratie ein Prozeß tiefgreifenden Bewußtseinswandels an. Die Verarbeitung des Schocks von 1933, die Auflösung des alten Parteiapparats und die völlig neuen Erfahrungen führten zu einer Auflockerung der erstarrten Denkstruktur, der sich selbst die parteikonservativsten Elemente in der Emigration – ob im Kreis um den Parteivorstand oder in den radikalen Gruppen – auf die Dauer nicht ganz entziehen konnten. In diesem Prozeß des Umdenkens erweist sich die organisierte Illegalität als weitgehend unabhängig, auch dort, wo sie mit den verschiedenen Richtungen der Emigration in Verbindung steht oder sich einer von ihnen zurechnet. Die Illegalen lehnen im allgemeinen die für die Emigration typischen theoretischen Haarspaltereien ab und bevorzugen, wie die vorliegenden Dokumente zeigen, ein stark subjektiv geprägtes Tatdenken und einfache, klare Ziele<sup>98</sup>.

Der subjektive Wille, von vorn anzufangen und mit der alten Parteitradition zu brechen, kündigt sich bei den aktivsten Gruppen schon sehr früh an und drückt sich auch in der Namensgebung aus: „Roter Stoßtrupp“, „Neu Beginnen“, „Sozialistische Front“. Beide Flügel der Arbeiterbewegung hatten versagt, die „neue Partei“ konnte nur eine einmige Arbeiterpartei sein, für die es kein Modell gab. Für die Weiterführung des Streites zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Emigration hatte man kein Verständnis. Man war bereit, in der Illegalität mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten und zu diskutieren, soweit es aus Sicherheitsgründen möglich erschien, verwarf jedoch die „partei egoistische“<sup>99</sup> Einstellung der KPD.

Die zweite Vorstellung, die in den Jahren nach 1933 die illegalen Gruppen beherrschte, war die, daß der kommende sozialistische Staat kein Mehrparteienstaat sein dürfe und ohne eine starke, autoritäre Führung nicht zu denken sei.

Beide Ziele, die Einheitspartei und die diktatorische Staatsform, lassen sich unschwer aus der Reaktion auf die Niederlage und das Versagen des Parteienstaats erklären. Sie entsprechen den viel stärker ideologisch fundamentierten Auffassungen der linksradikalen sozialdemokratischen Emigrantengruppen in diesen Jahren. Bloße Reaktion ist allerdings noch keine einschneidende Bewußtseinswandlung. Wie die umfangreiche, sozialdemokratische Emigrantenliteratur zeigt, erweisen sich jedoch die Regenerationstendenzen trotz des zähen Nachwirkens alter Vorstellungen als so stark, daß man berechtigt ist, von einer Weiterentwicklung des sozialistischen Selbstbewußtseins zu sprechen. Es ist bemerkenswert, daß die neuerschlossenen Dokumente aus der Illegalität die gleichen, sich gegenseitig

<sup>98</sup> Dok. 4, S. 200 f.; Dok. 5, S. 201 ff.; die gleiche Tendenz auch in der vom 11. 10. 1934 datierten „Abschrift eines Programmentwurfs, wie es eine Berliner aktivistische und terroristische Gruppe unter der Führung des früheren Polizeimajors und R(eichsbanner)-Führers Heinrich verbreitet“ (unter diesem Titel im „Internationalen Institut für Sozialgeschichte“, Amsterdam).

<sup>99</sup> Dok. 4, S. 201; Dok. 5, S. 206 f., 213, 214 f.

durchdringenden Regenerationstendenzen erkennen lassen: die sozialrevolutionäre, die freiheitlich-sozialistische und die volkssozialistische<sup>100</sup>. Damit liegt der Schluß nahe, daß — trotz aller Spannungen, Mißverständnisse und Phasenverschiebungen in der Entwicklung — Emigration und Illegalität, obgleich sie nicht nur räumlich voneinander getrennt sind, sich auf einer gemeinsamen geistigen Basis wiederzufinden beginnen, wenn auch dem subjektiven Gefühl der Beteiligten nach vielfach die Differenzen überwiegen.

Mir ist kein Zeugnis der Emigration bekannt, das einen so plastischen, unmittelbaren Eindruck von dem Prozeß des Umdenkens gibt wie das Dokument der illegalen „Sozialistischen Front“. Seine Kritik an der alten Sozialdemokratie stimmt fast Punkt für Punkt mit dem undogmatischen scharfen Urteil Julius Lebers vom Sommer 1933 überein. Auch für den Verfasser der Dokumente ist das klare Bekenntnis zur Nation eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die die Staatsmacht erobern will<sup>101</sup>. Auch er verachtet die fade „wissenschaftliche“ Verschleierung der Passivität und der Ohnmacht, betont die entscheidende Bedeutung des subjektiven Willens zur Macht und der irrationalen Motive der politischen Willensbildung, wendet sich energisch gegen diejenigen, die mit dem Begriff der „Klasse“ als einer mythischen Größe operieren und gegen die im alten sozialdemokratischen Denken vorherrschende „allzu schematische Typisierung der Menschen“. Mit der bewußten Verwerfung des traditionellen, rationalistisch-aufklärerischen Menschenbildes — bei Leber<sup>102</sup> wie bei den „denkenden Arbeitern“ der „Sozialistischen Front“<sup>103</sup> — wird auch der Kernpunkt der sozialdemokratischen Selbstkritik in der Emigration getroffen, deren Entwicklung von dem Ringen um ein neues Verhältnis zum Menschen zeugt<sup>104</sup>.

Wenn auch viele der politischen Vorstellungen des Dokuments in der rückschauenden Betrachtung illusionär erscheinen, so macht es doch die Grundzüge eines neuen — den Prinzipien der alten sozialdemokratischen „Realpolitik“<sup>105</sup> überlegenen — Realismus sichtbar. Das Dokument, das die herkömmliche „politische Demokratie“ liberal-demokratischen Charakters radikal ablehnt, aber die Demokratie als „Prinzip“ des politischen Lebens<sup>106</sup> anerkennt, bezeichnet — trotz des offenen Plädoyers für eine diktatorische Herrschaftsform — ein Stadium in der Entwicklung zu einem neuen Begriff der Demokratie, der dem neuen sozialistischen

<sup>100</sup> Matthias a. a. O., S. 216–234. Dok. 4, S. 200 f., und Dok. 5, S. 201 ff., sind in diesem Sinne als vorwiegend sozialrevolutionär anzusprechen, während im Heinrich-Dokument (s. Anm. 98) der volkssozialistische Charakter vorherrscht. Jedoch ist auch hier ein starker freiheitlich-sozialistischer und sozialrevolutionärer Einschlag nicht zu verkennen. Entsprechend zeigt Dok. 5 deutlich den Einfluß der freiheitlich-sozialistischen und — im unveröffentlichten Teil — der volkssozialistischen Regenerationstendenzen.

<sup>101</sup> Dok. 5, unveröffentlichter Teil.

<sup>102</sup> Leber a. a. O., S. 216.

<sup>103</sup> Dok. 5, S. 208 ff.

<sup>104</sup> Matthias a. a. O., S. 62 f., 250 ff.

<sup>105</sup> A. a. O., S. 61 ff.

<sup>106</sup> Dok. 5, unveröffentlichter Teil.

Bewußtsein und seinem veränderten Bild vom Menschen entspricht. Nicht die Form der Demokratie ist mehr das Entscheidende, sondern ihr Sinn und ihr Inhalt<sup>107</sup>.

So sehr jedoch die durch den Schock von 1933 ausgelösten Erneuerungstendenzen die – wie das Dokument der „Sozialistischen Front“ betont – allgemeine Auffassung der Illegalen von 1936 zu rechtfertigen scheinen, „daß im Jahre 1933 ein langes und wichtiges Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seinen Abschluß gefunden“ habe<sup>108</sup> und daß von der Stunde des Untergangs der alten legalen Partei eine neue Epoche datiere, so wenig ist zu verkennen, daß das politische Bewußtsein einer großen Zahl von Menschen aus der alten sozialdemokratischen Millionarmee auf der Stufe von 1933 stehen blieb. Viele, die, ganz auf sich allein gestellt oder in kleinen isolierten Zirkeln von der Umwelt abgekapselt, ihrer alten Partei in „passiver Treue“<sup>109</sup> anhängen und aus ihrer Tradition seelische Kraft schöpften, wurden von der ideologischen Wandlung, die sich in den Kreisen des aktiven Widerstandes, in den Diskussionsgruppen der Konzentrationslager und in der Emigration anbahnte, kaum berührt. In der Stunde der Wiedergeburt waren diese Treuen, darunter Funktionäre aller Grade und viele einfache Menschen, die in Reih und Glied gestanden hatten, wieder da; für sie aber war die neuerstehende Partei die alte. Aus dem inneren Exil kehrten sie in die Heimat zurück. Damit meldete schon in der ersten Stunde der neuen Partei auch der Geist der Tradition und der Restauration seinen Anspruch an, für den die Ereignisse des Jahres 1933 noch immer eine Naturkatastrophe bedeuteten, der die alte Sozialdemokratie ohne eigenes Verschulden erlegen war.

KARL O. PAETEL

#### ZUM PROBLEM EINER DEUTSCHEN EXILREGIERUNG

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Der Verfasser war vor seiner Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Herausgeber der nationalrevolutionären Monatsschrift „Die Sozialistische Nation“. Als solcher gehörte er, wie er uns schreibt, zu den Unterzeichnern des ersten Aufrufs des „Council for a Democratic Germany“, über dessen innere Geschichte er uns im folgenden interessante Aufschlüsse gibt. Ohne Mitglied des Council gewesen zu sein, hat er doch an dessen Arbeitsgemeinschaften teilgenommen und so Gelegenheit gehabt, nicht nur alle maßgeblichen Personen, sondern auch die hinter den Kulissen vor sich gehenden „Ausbalancierungen“ aus nächster Nähe zu beobachten. Das Material, auf das er Bezug nimmt, ist in Deutschland größtenteils unbekannt. Aus Raumgründen konnte es hier nur in begrenztem Maße ausgewertet werden; auch ist auf die Einordnung der ganzen Frage in die amerikanische Außenpolitik bewußt verzichtet worden.

H. R.

<sup>107</sup> Matthias a. a. O., S. 241–256.

<sup>108</sup> Dok. 5, S. 209.

<sup>109</sup> A. a. O., S. 209, S. 215 f.

Bewußtsein und seinem veränderten Bild vom Menschen entspricht. Nicht die Form der Demokratie ist mehr das Entscheidende, sondern ihr Sinn und ihr Inhalt<sup>107</sup>.

So sehr jedoch die durch den Schock von 1933 ausgelösten Erneuerungstendenzen die – wie das Dokument der „Sozialistischen Front“ betont – allgemeine Auffassung der Illegalen von 1936 zu rechtfertigen scheinen, „daß im Jahre 1933 ein langes und wichtiges Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seinen Abschluß gefunden“ habe<sup>108</sup> und daß von der Stunde des Untergangs der alten legalen Partei eine neue Epoche datiere, so wenig ist zu verkennen, daß das politische Bewußtsein einer großen Zahl von Menschen aus der alten sozialdemokratischen Millionenarmee auf der Stufe von 1933 stehen blieb. Viele, die, ganz auf sich allein gestellt oder in kleinen isolierten Zirkeln von der Umwelt abgekapselt, ihrer alten Partei in „passiver Treue“<sup>109</sup> anhängen und aus ihrer Tradition seelische Kraft schöpften, wurden von der ideologischen Wandlung, die sich in den Kreisen des aktiven Widerstandes, in den Diskussionsgruppen der Konzentrationslager und in der Emigration anbahnte, kaum berührt. In der Stunde der Wiedergeburt waren diese Treuen, darunter Funktionäre aller Grade und viele einfache Menschen, die in Reih und Glied gestanden hatten, wieder da; für sie aber war die neuerstehende Partei die alte. Aus dem inneren Exil kehrten sie in die Heimat zurück. Damit meldete schon in der ersten Stunde der neuen Partei auch der Geist der Tradition und der Restauration seinen Anspruch an, für den die Ereignisse des Jahres 1933 noch immer eine Naturkatastrophe bedeuteten, der die alte Sozialdemokratie ohne eigenes Verschulden erlegen war.

#### KARL O. PAETEL

#### ZUM PROBLEM EINER DEUTSCHEN EXILREGIERUNG

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Der Verfasser war vor seiner Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Herausgeber der nationalrevolutionären Monatsschrift „Die Sozialistische Nation“. Als solcher gehörte er, wie er uns schreibt, zu den Unterzeichnern des ersten Aufrufs des „Council for a Democratic Germany“, über dessen innere Geschichte er uns im folgenden interessante Aufschlüsse gibt. Ohne Mitglied des Council gewesen zu sein, hat er doch an dessen Arbeitsgemeinschaften teilgenommen und so Gelegenheit gehabt, nicht nur alle maßgeblichen Personen, sondern auch die hinter den Kulissen vor sich gehenden „Ausbalancierungen“ aus nächster Nähe zu beobachten. Das Material, auf das er Bezug nimmt, ist in Deutschland größtenteils unbekannt. Aus Raumgründen konnte es hier nur in begrenztem Maße ausgewertet werden; auch ist auf die Einordnung der ganzen Frage in die amerikanische Außenpolitik bewußt verzichtet worden.

H.R.

<sup>107</sup> Matthias a. a. O., S. 241–256.

<sup>108</sup> Dok. 5, S. 209.

<sup>109</sup> A. a. O., S. 209, S. 215 f.



Warum hat die politische Emigration Deutschlands, das unter der Herrschaft des Nationalsozialismus doch auch einem besetzten Lande gleich, in keinem ihrer Gastländer eine Gegenregierung ausgerufen, wie es den von Hitler militärisch überannten Ländern Europas gelang? Diese bildeten in den Hauptstädten der westlichen Welt Regierungen im Exil, die immerhin einen nicht unerheblichen politischen Einfluß und zum Teil auch einen wirksamen Beitrag zur Kriegführung geleistet haben. Eine anerkannte deutsche Exilvertretung aber hat es nie gegeben.

Gewiß hat es an Versuchen nicht gefehlt, eine solche zu bilden. Otto Straßer hat dahingehende Pläne verfolgt, Hermann Rauschnig in Paris und London entsprechende Vorschläge gemacht. Die Alliierten haben ihnen – und einigen anderen – die kalte Schulter gezeigt: niemand in Europa hatte ein Interesse an einer deutschen Exilregierung. Als schließlich führende deutsche Exilpolitiker in den USA Asyl fanden, schien eine offizielle Anerkennung des „anderen Deutschland“ durch die kriegführenden Mächte ferner denn je.

Ob völkerrechtliche Bedenken dabei eine Rolle gespielt haben, ist schwer feststellbar. Im allgemeinen ist, wie eine vor einiger Zeit in Deutschland erschienene Untersuchung betont, „eine Regierung im Exil dann illegitim, wenn sie außerhalb der Grenzen ihres Landes erst gebildet worden ist oder in materieller Hinsicht nicht mit der letzten im Heimatstaate amtierenden völkerrechtlich anerkannten Regierung übereinstimmt; sie wird im internationalen Bereiche erst mit ihrer Anerkennung durch die Mächte bedeutsam“<sup>1</sup>.

Daß fast alle Ansätze zu gemeinsamem Auftreten der im Exil lebenden antinationalsozialistischen deutschen Politiker und Gruppen zum Scheitern verurteilt schienen – bis weit in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein –, liegt vor allem daran, daß es „das“ deutsche Exil als ernstzunehmende politische Realität nicht gab. Den Hauptteil der deutschen politischen Emigration stellten die Angehörigen der Arbeiterbewegung: SPD, KPD und eine Reihe kleinerer Gruppen. Sie haben in Richtungskämpfen untereinander in den ersten Jahren so viel Kraft verbraucht, daß es zu Überlegungen, ob man auch „bürgerliche“ Hitlergegner als politische Partner akzeptieren könnte, kaum kam<sup>2</sup>.

Im Grunde hat allein der eigenwillige kommunistische Pressegewaltige Willi Münzenberg, zunächst von parteitaktischen Motiven bestimmt, kurz vor Kriegsausbruch in Paris ernsthafte Kontakte ausgebaut, um auch mit Nichtsozialisten zusammenzuarbeiten, die Vorspanndienste für die KP ablehnten. Es war in mehr als einer Hinsicht zu spät. Das Mißtrauen, das die „Front“-Organisationen der KP hinterlassen hatten, war zu groß. Dann kam der Krieg, die Niederlage Frankreichs, die Internierung der meisten Emigranten und schließlich ihre Flucht nach England<sup>3</sup> und vor allem nach Amerika.

<sup>1</sup> Karl Heinz Mattern, *Die Exilregierung*, Tübingen 1953 S. 75 (Sperrung von mir).

<sup>2</sup> Wertvolles positives Material aus dieser Zeit bietet Erich Matthias, *Sozialdemokratie und Nation. Zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933–1938*, Stuttgart 1952.

<sup>3</sup> Über die Aktivität des deutschen Exils in London z. B. unterrichtet das „Wiener Library

Die deutschen politischen Emigranten in den USA fanden für ihre Betätigung dort eine von den europäischen Ländern vollständig verschiedene Situation vor<sup>4</sup>. Niemand, der nicht unter allen Umständen auf seinem besonderen Standpunkt beharren wollte, konnte sich der Einsicht verschließen, daß es nur eine Chance gab, im Gastland beim Kampf gegen Hitler ernstgenommen und vor allem bei Planungen für die Zeit nach dem Kriege gehört zu werden: nämlich wenn man endlich als eine Einheit auftrat.

Es hatte in Prag, Paris, London und anderswo mehr oder minder kurzlebige Arbeitsgemeinschaften der deutschen sozialistischen Gruppen, meist ohne, manchmal mit Kommunisten gegeben. Mit „bürgerlichen“ Hitlergegnern aber hatte man kaum Kontakt gehabt. In Paris waren die „Freundeskreise der Deutschen Volksfront“, die als Ergebnis einer Konferenz der „Deutschen Volksfront gegen Hitler“,<sup>5</sup> an der alle linken Gruppen teilnahmen, zum erstenmal auch „Bürgerliche“ eingeschlossen hatte, schon geraume Zeit vor Kriegsausbruch an inneren Schwierigkeiten gescheitert: die Kommunisten hatten sie in die Hand bekommen. In London bestand eine Union sozialistischer Gruppen relativ lange Zeit, jedoch ohne Kontakt mit Nichtsozialisten. In Stockholm war es ähnlich, wenngleich man dort mit einer „bürgerlichen“ Emigranten-Intellektuellengruppe gelegentlich zusammenarbeitete. Die Begründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“<sup>6</sup> aus deutschen exilierten Kommunisten und gegen Hitler Stellung nehmenden deutschen Kriegsgefangenen in Rußland schuf eine neue Lage: Hier suchte einer der Alliierten – so mochte es scheinen – ernstlich Partnerschaft mit einem deutschen Forum von Hitlergegnern<sup>7</sup>.

In schnellem Nacheinander bildeten sich in England, Frankreich, Skandinavien, der Schweiz – vor allem auch in den lateinamerikanischen Staaten mit dem Hauptquartier in Mexiko – Parallelkomitees „Freier Deutscher“. Es war nur eine Frage der Zeit, daß die Exilkommunisten auch in den USA eine solche Gruppe ins Leben riefen; fast überall hatten sie prominente Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Schriftsteller usw. dafür gewonnen. Da ergriffen in New York deutsche Nichtkommunisten die Initiative, um eine überparteiliche Vertretung des deutschen Exils zu bilden, unter Einschluß der Kommunisten, deren Einfluß sie jedoch durch

Bulletin/London“ in drei Fortsetzungen einer Darstellung „Political Literature of London Exiles“, Mai-August 1953, September-Dezember 1953 und Januar-April 1954.

<sup>4</sup> Vgl. Karl O. Paetel, Deutsche im Exil. Randbemerkungen zur Geschichte der politischen Emigration, in: Außenpolitik 6 (1955), S. 572 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Willi Münzenberg, Aufgaben einer deutschen Volksfront, Paris 1937, Sondernummer der Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek.

<sup>6</sup> „Deutsche wohin?“ Protokolle der Gründungsversammlung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des Deutschen Offizierbundes. Herausgeber Lateinamerikanisches Komitee der Freien Deutschen, Mexiko 1944.

<sup>7</sup> Vgl. Wolfgang Langhoff, Die Bewegung Freies Deutschland und ihre Ziele, Zürich 1945, und Alfred Kantorowicz, Free Germany in Moscow, in: Free World, New York 1944, VII, S. 153; dazu Helmuth Bohn, Die patriotische Karte in der sowjetischen Deutschlandpolitik (I), in: Ostprobleme 7 (1955), Nr. 38, S. 1446 ff.

sozialistische und bürgerliche Persönlichkeiten kompensierten. Man versuchte, Thomas Mann als Ehrenvorsitzenden zu gewinnen. Der Dichter fragte in Washington an, ob seine Beteiligung an einer solchen Körperschaft erwünscht sei. Als man ihm Zurückhaltung anriet, lehnte er ab. Mittelsleute traten ohne Auftrag an den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning heran. Er erklärte, nur einem ausdrücklich an ihn gerichteten Vorschlag der Regierung der USA folgen zu wollen. Man verhandelte mit der „Sopade“, der rechten SP-Gruppe, die noch immer das Mandat des ehemaligen Parteivorstandes zu vertreten erklärte. Sie lehnte jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ab. Deutschjüdische Intellektuelle endlich wollten sich mit Männern, die eine deutsche Kollektivschuld ablehnten, nicht an einen Tisch setzen. Die Beispiele ließen sich vermehren: „Die“ deutsche Emigration war auch diesmal keineswegs bereit, eine Einheit zu bilden!

Dennoch war das, was schließlich zustande kam, des Versuches wert und bot Chancen. Dabei kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrheit der sich herauskristallisierenden deutschen „Exilvertretung“ in den USA etwas vom Moskauer „Nationalkomitee“ Abweichendes anstrebte. Sie wollte nämlich eine unabhängige Körperschaft sein, die „sich aus Personen zusammensetzt, die verschiedenen politischen Richtungen nahestehen, von den Liberalen und dem katholischen Zentrum, den Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten bis zu den Kommunisten . . .“<sup>8</sup>

Im April 1944 wurde (zuerst vertraulich, später zur Publikation bestimmt) einem ausgewählten Kreis amerikanischer Journalisten, Professoren und Politiker eine Erklärung bekannter liberaler amerikanischer Intellektueller zugesandt, die sie aufforderte, sich öffentlich mit der Gründung eines aus deutschen Exilpolitikern bestehenden „Council for a Democratic Germany“ zu identifizieren. Federführend waren der bekannte protestantische Theologe Reinhold Niebuhr, Jay Schiffelin und die Journalistin Dorothy Thompson. Ferner hatten etwa sechzig führende Persönlichkeiten des amerikanischen öffentlichen Lebens (darunter Rabbi Jonah W. Wise, Roger N. Baldwin, Prof. John Dewey, Dr. Harry Fosdick, Dean Christian Gauss, Louis P. Lochner, James A. Wechsler) die Erklärung unterzeichnet<sup>9</sup>. Dem empfehlenden „statement“ der Amerikaner lag eine Grundsatzerklärung exilierter deutscher Politiker, Schriftsteller und Erzieher bei, die von einem „Organizing Committee“ und ungefähr hundert anderen relativ bekannten deutschen Emigranten unterschrieben war. Von Kommunisten bis zu unpolitischen Akademikern, von Lyrikern bis zu ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten, von Katholiken und Bekenntniskirchlern bis zu notorischen Freidenkern hatte sich somit doch ein recht weit angelegter Rahmen gebildet.

<sup>8</sup> Aus „An die Redaktion der ‚Neuen Volkszeitung‘“, New York, 18. Januar 1945, vervielfältigtes Manuskript der „American Association for a Democratic Germany“ (3 S.).

<sup>9</sup> „Preliminary Material of the Council for a Democratic Germany“, April 1944, vervielfältigtes Manuskript, 9 S., bestehend aus dem Anschreiben der amerikanischen „sponsors“, ihrer Erklärung, den Unterschriften (3 S.) und der „Declaration“ des Council mit 2 Seiten Unterschriften.

Der „Council for a Democratic Germany“ hatte es nach seinen langen, mühseligen und enttäuschungsreichen Vorarbeiten fertiggebracht, einerseits aus dem Reservoir des Exils eine relativ überparteiliche Gefolgschaft zu sammeln, andererseits einen nicht kleinen Prozentsatz der amerikanischen Intellektuellen als „sponsors“ zu gewinnen. Diejenige Gruppe, die im amerikanischen Sektor viele Klippen umschiffen half, war die Vereinigung „American Friends of German Freedom“, der Reinhold Niebuhr mit dem Gewicht seines Namens als Vorsitzender angehörte. Die dynamische Kraft im Council war Paul Hagen, der Führer der deutschen sozialistischen „Neubeginnen“-Gruppe, gleichzeitig Research-Director der „American Friends of German Freedom“.

Der Council war nicht als eine überparteiliche Zusammenfassung aller in den Vereinigten Staaten bzw. in New York lebenden Anti-Nationalsozialisten gedacht, noch weniger als Dachorganisation bestehender Gruppen und Zirkel der politischen Emigration. Er wollte vielmehr bewußt etwas Neues sein, nämlich die Repräsentanz des deutschen Volkes überhaupt, das in Deutschland selbst zum Schweigen verurteilt war. Wenn so schließlich aus eigener Machtvollkommenheit die ca. zwanzig Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses ihn als Schattenkabinett des „anderen Deutschland“ konstituierten und aus dem Kreise der Mitunterzeichner der Gründungserklärung nur von Fall zu Fall Fachleute in bestimmte Arbeitsgemeinschaften aufnahmen, so war das ein klares Zeichen dafür, daß mindestens Teile des Council – wenn auch vielleicht erst für eine spätere Phase der Entwicklung – durchaus mit dem Gedanken einer „Gegenregierung“ spielten, die natürlich dann selbst in einer vorläufigen Form mehr den Charakter eines „inoffiziellen Kabinetts“ als den einer Emigranten-Massen-Organisation haben mußte.

Der vorläufige Vorsitzende des Council, Prof. Paul Tillich, hat bei einer Zusammenkunft der New Yorker Unterzeichner der Erklärung des „Council for a Democratic Germany“ am 17. Juni 1944 keinen Zweifel über die beabsichtigte Struktur gelassen, wenn er nachdrücklich feststellte<sup>10</sup>: „Der Council repräsentiert eine umfassende und zugleich eine balancierte Front. Persönlichkeiten aller politischen Richtungen, die sich von jeder Verbindung mit dem Nationalsozialismus freigehalten haben und bereit waren, unsere Erklärung zu unterschreiben, sind in dem Council vereinigt und haben nun schon seit Monaten ohne wesentliche Reibungen zusammengearbeitet. Die Front ist umfassend und sie ist balanciert. Wir haben mit größter Sorgfalt darauf geachtet, daß sogenannte Bürgerliche, Persönlichkeiten, die dem Zentrum, der Sozialdemokratie, der Neubeginnengruppe, dem Kommunismus nahestanden, sowie Parteilose in angemessener Proportion im Council vertreten sind. Diese Balance war, neben persönlicher Eignung, maßgeblich für die Auswahl der Mitglieder. Sie ist unsere Grundstruktur; mit ihr steht und fällt der Kreis. Manche Persönlichkeiten, die wir an und für sich gern bei uns gehabt hätten, konnten wir nicht auffordern, weil ihr Eintritt die Balance verschoben hätte. Wir

<sup>10</sup> Rede des Chairman Paul Tillich, Zusammenkunft der New Yorker Unterzeichner der Deklaration des „Council for a Democratic Germany“, 17. Juni 1944; Manuskript, vervielfältigt, 5 1/2 S.

bedauern diese Verluste und hoffen, uns der Mitarbeit solcher Freunde in anderer Form versichern zu können. Aber wir mußten die Balance jeder andern Erwägung überordnen. Und daran muß festgehalten werden, wenn der Council seine politische Bedeutung behalten soll. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Council nicht ein Spiegelbild der deutschen Emigration in Amerika geben soll – dann würde die Balance ganz anders aussehen –, sondern daß er die zu erwartenden Kräfte eines demokratischen Wiederaufbaus in Deutschland abbilden soll: und darum muß die Zusammensetzung des Council sein, wie sie ist.“<sup>11</sup>

Man trat also dem „Council for a Democratic Germany“ nicht bei, sondern wurde – stellvertretend für eine oder mannigfache Tendenzen des „anderen Deutschland“ – in ihn berufen. Das unterschied ihn vom „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in der UdSSR, bzw. seinen lateinamerikanischen und europäischen Ablegern und machte ihn auf der einen Seite – nämlich mit Hinblick auf seine Legitimation – „demokratisch“, auf der andern – nämlich in der Arbeitsweise – „avantgardistisch“, wenn man so sagen will.

In dem Appell des Council hieß es u. a.: „Die Unterzeichner der folgenden Erklärung sind sich bewußt, daß sie keinen formellen Auftrag vom deutschen Volk erhalten haben. Sie meinen aber, in ihrer Zusammensetzung Kräfte und Tendenzen zu verkörpern, die für den Aufbau eines neuen Deutschlands im Rahmen Europas und der Welt unentbehrlich sein werden. Sie fühlen sich darum verpflichtet . . . in

<sup>11</sup> Das „Organizing Committee des Council for a Democratic Germany“ bestand im Augenblick seines öffentlichen Auftretens aus den folgenden Persönlichkeiten: Vorläufiger Vorsitzender war Prof. Paul Tillich, früherer deutscher Religiöser Sozialist, Lehrer am „Union Theological Seminary“, New York. Mitglieder waren: S. Aufhäuser, früherer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Präsident der deutschen Angestellten-Gewerkschaften (zeitweise „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“); Dr. Horst W. Bärensprung (SPD), früherer Polizeipräsident von Magdeburg; Prof. Friedrich Bärwald (Zentrum), früher im deutschen Arbeitsministerium, später Lehrer an der katholischen Fordham-Universität in den USA; Dr. Felix Bönheim, früherer Direktor des Berliner Hufeland-Krankenhauses; Bert Brecht, Autor der „Dreigroschenoper“, beide der KP nahestehend (oder angehörig?); Dr. Hermann Budzislawski, früherer Schriftleiter der „Neuen Weltbühne“ (der KP nahestehend, wenn nicht angehörig); Reverend Frederick J. Forell (Bekenntniskirche), früher Breslau, Pastor der II. Presbyterian Church, New York; Dr. Kurt Glaser (SPD), früher Stadtverordneter in Chemnitz; Albert C. Grzesinski (SPD), ehemaliger Preußischer Innenminister; Paul Hagen („Neubeginnen“); Dr. Paul Hertz (SPD), ehemaliger Reichstagsabgeordneter; Hans I. Hirschfeld (SPD), früherer preußischer Ministerialrat (beide „Neubeginnen“-Gruppe der SP); Joseph Kaskell, USA-Schriftleiter der „Deutschen Blätter“, Chile; Prof. Julius E. Lips, früher Köln, Direktor des Rautenstrauch-Jöst-Museums; Prof. Alfons A. Nehring, ehem. Würzburg, dann Fordham University; Dr. Otto Pfeiffenberger, früher Rechtsanwalt/Mannheim; Albert H. Schreiner, Schriftsteller (Führer der KPD-Fraktion); Jakob Walcher, Gewerkschaftler, Führer der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei).

Als im „Bulletin of the Council for a Democratic Germany“, 1. September, 1944, I, 1, noch einmal die Mitglieder des Councils erwähnt wurden, hatten sich einige Änderungen vollzogen: Dr. Kaskell und Prof. Nehring waren ausgeschieden, dafür waren neu aufgenommen: Fritz Haussmann, Dr. jur. (Liberal), Reverend Erwin Müller, früher Hessen, jetzt Lutherische Kirche; Henry Müller, Redakteur (SAP); Maximilian Scheer, Schriftsteller (KP sympathisierend), Walter Victor, Schriftsteller (KP sympathisierend).

einer Zeit, in der das deutsche Volk nicht für sich selbst sprechen kann, ein Wort über die Zukunft Deutschlands zu sagen. Sie tun das in voller Unabhängigkeit, wie sie in den Vereinigten Staaten gewährleistet ist . . .

Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft Europas, wenn Deutschland politisch und ökonomisch zerrissen würde. Das würde einen fruchtbaren Nährboden für pan-germanistische Bewegungen schaffen . . .

Für die Entwicklung Deutschlands zu einer vom Volk bejahten Demokratie ist es erforderlich, daß die militärischen und zivilen Repräsentanten der Vereinigten Nationen die künftigen Träger einer solchen Demokratie von vornherein gewähren lassen. . . . (Es) müssen alle diejenigen einbezogen werden, die dem Nationalsozialismus widerstanden haben, die Unbekannten der Untergrundbewegung, der Gestapogefängnisse und Konzentrationslager, Gewerkschaftler und Arbeiter aus der Arbeiterbewegung, die Widerstandskreise der Kirchen und Intellektuellen, des Mittelstandes in Stadt und Land und einzelne Persönlichkeiten, die zu keiner dieser Gruppen gehören. Auf sie muß sich die künftige deutsche Demokratie stützen. Mit ihrer Hilfe muß die Bildung einer unabhängigen Regierung vorbereitet, müssen Garantien der Rechtssicherheit und die Grundrechte der Deutschen ohne Verzug in Kraft gesetzt werden . . . Die Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie kann nur im Zusammenhang mit seinem geschichtlichen Erleben erfolgen. . . .

Gleichzeitig mit dieser Erziehung des deutschen Volkes durch das historische Geschehen muß die deutsche Jugend durch solche Deutsche erzogen werden, die den Sinn dieses Geschehens begriffen haben. Eine Erziehung durch Ausländer ist psychologisch unmöglich . . .

Es muß dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werden, seine geistigen und kulturellen Kräfte in Freiheit zu entwickeln. Aufs nachdrücklichste muß betont werden, daß keine Erziehung einen Sinn hat, deren Ideale von den gesellschaftlichen Verhältnissen Lügen gestraft werden! . . .<sup>12</sup>

Heute erscheinen Formulierungen wie diese kaum außergewöhnlich. Als sie publiziert wurden, war jedoch gerade in Hunderten von Büchern, Broschüren und Artikeln im kriegführenden Ausland, auch in Amerika, als endgültige Lösung der „Deutschen Frage“ die kompromißlose Bestrafung des gesamten deutschen Volkes verlangt worden. Die Existenz einer deutschen Widerstandsbewegung wurde überhaupt geleugnet. Im Februar 1943 noch hatte sich Prof. Friedrich Wilhelm Foerster zum Sachwalter dieser Tendenzen gemacht, als er in einem Brief an Paul Hagen erklärte: „. . . Wer wie Sie . . . dafür wirkt, daß dieser Krieg durch eine europäische Föderation abgelöst werde (Föderation der Gangster mit der Polizei und den Opfern!), der ist nur konsequent, wenn er die gleichen Bedingungen für alle verlangt . . . Also ob Sie Ihr Ziel ‚soft peace‘ nennen oder anders, darauf kommt es nicht an, wohl aber darauf, daß Sie dem deutschen Volk die politische Vormundschaft ersparen wollen, die es dreimal verdient hat.“<sup>13</sup>

<sup>12</sup> „A Declaration of the Council for a Democratic Germany“, vervielfältigtes Manuskript, 6 S. Wir zitieren aus einer vervielfältigten deutschen Übersetzung, 4 S.

<sup>13</sup> F. W. Foerster am 10. Februar 1943 (NYC) an Paul Hagen. Als vervielfältigtes Manuskript

Entscheidend für das Gewicht, das der Council in der amerikanischen Öffentlichkeit, im Deutschamerikanertum und – indirekt – auch in bezug auf noch zögernde deutsche Exilierte von Rang darzustellen in der Lage war, mußte zunächst einmal die Pressereaktion auf die Gründungserklärung sein.<sup>14</sup> Diese Reaktion war ihrem Volumen nach breiter, als man erwartet, jedoch ihrem psychologischen Wert nach geringer, als man gehofft hatte. Die „New York Times“, die „New York Herald Tribune“, die „New York Post“ und „PM“ berichteten zuerst über die Gründung, ohne sich pro oder contra zu äußern. Die Provinzpresse veröffentlichte einen – oft mißverständlich gekürzten – Bericht der „Associated Press“ oder der INS („International News Service“), wo man die Gründung im übrigen „offizieller“ nahm (Überschriften hießen „Reich im Exil“, „New Cabinet“ oder ähnlich). Die Zustimmungen, die in nicht wenigen Zeitungen und Zeitschriften erschienen, kamen von Freunden des Council oder von deren Freunden – mit wenigen Ausnahmen. Die Ablehnungen und Angriffe hingegen kamen, selbst wenn sie in englischsprachigen Blättern erschienen, merkwürdigerweise fast durchweg von deutschen Emigranten: solchen, die die Plattform des Council im Sinne der Rex Stout-Gruppe<sup>15</sup> als „prodeutsch“ denunzierten, und solchen, die ihm aus militantem Antikommunismus attackierten, teilweise der „rechten“ deutschen SP oder den „Trotzkisten“ aller Schattierungen, (d. h. der intransigenten Linken) angehörten oder eine „Symbiose“ beider Tendenzen darstellten. Sie kamen ferner aus deutsch-jüdischen Gruppen. Nur wenige Stimmen lehnten aus eigenen Überlegungen heraus ab, wie auch nur wenige Außenstehende positiv Stellung genommen hatten. Was reagierte, waren Richtungen, die „objektive Presse“ verhielt sich abwartend. Neben der Zeitschrift „Common Sense“,<sup>16</sup> in der zusammen mit einem Leitartikel die Stellungnahmen einer größeren Anzahl amerikanischer Schriftsteller zur Position Rex Stouts und des Council veröffentlicht wurden, hat, soweit mir bekannt, nur eine einzige Zeitung,<sup>17</sup> um dem Leser die Möglichkeit eigener Urteilsbildung zu geben, damals ausführlich – auf einer ganzen Seite – Beiträge von Vansittartisten und Freunden des „anderen Deutschland“ einander gegenübergestellt.<sup>18</sup>

Die Angriffe waren scharf, meist unsachlich und oft unmittelbar gegen Einzelpersonen gerichtet, die dem Council angehörten. Relativ maßvoll waren noch Stellungnahmen wie die des „Christian Science Monitor“, der seinen Bericht in den Schlußsatz zusammenfaßte: „Die Unterzeichner der Erklärung halten es für ihre

(3 S.) zitiert. Eine Antwort Hagens vom 24. Februar 1943, NYC. 6 S., wurde zusammen mit seinem Brief Interessenten zugänglich gemacht.

<sup>14</sup> Council for a Democratic Germany, Presseausschuß: „Bericht über die Presseäußerungen zum ‚Council for a Democratic Germany‘“. Vorgelegt von Karl O. Paetel. Juli 1944, 22 S.

<sup>15</sup> Eine kleine Anzahl von Zeitungen publizierte zur gleichen Zeit eine Gegenerklärung der auf dem Boden der Vansittart-Schriften stehenden „Society for the Prevention of World War III“.

<sup>16</sup> „Common Sense“, New York, Juni 1944.

<sup>17</sup> „St. Louis Star“, 18. Mai 1944.

<sup>18</sup> Die „Chicago Tribune“ stellte zwar auch „pro“ und „contra“ Stimmen gegenüber, aber so „sensational“ aufgemacht, daß kein wirklicher Eindruck möglich war; 26. Mai 1944.

Pflicht, für das deutsche Volk zu sprechen. Wir meinen, ihre Pflicht wäre, zur Zeit, die Entscheidungen der siegreichen Vereinten Nationen über die Zukunft Deutschlands abzuwarten.<sup>19</sup> Schärfer schon formulierte der Autor des „Berlin Diary“, William Shirer, in der „New York Herald Tribune“<sup>20</sup> seinen Standpunkt: „Kein Wort des Bedauerns gibt es bei diesen Deutschen über die Verbrechen, die Deutschland gegenüber den besetzten Ländern verübt hat, noch ein Wort über Wiedergutmachung dieser Verbrechen. Das Hauptargument war, daß das deutsche Volk einen Frieden erhalten sollte, der konstruktiv ist und ihm Hoffnung für die Zukunft gibt, was in andern Worten einen ‚soft peace‘ bedeutet, der wieder einmal den Deutschen die Folgen des Krieges, den sie begannen, ersparen würde.“ Den „vansittartistischen“ Vorwürfen, hier werde „prodeutsche Propaganda“ getrieben, schlossen sich jüdische Publikationen teilweise an. Der New Yorker „Aufbau“ – der zuerst sachlich berichtet hatte, ließ in der Folge u. a. Walter Mehring,<sup>21</sup> Erika Mann<sup>22</sup> und Emil Ludwig<sup>23</sup> zu Wort kommen, die den Council sehr scharf angriffen.

So versuchte Dr. Max Beer im „Jewish Way“<sup>24</sup> unter der Überschrift „Geheimbericht an Goebbels“ in einem langen Artikel den Eindruck zu erwecken, daß die Politik des Council – vielleicht ungewollt, aber wie bestellt – den Zwecken der Hitler-Propaganda für die „Rettung des deutschen Volkes“ diene. Es heißt dort über das Programm des Council in Gestalt eines an Goebbels gerichteten Agentenberichts: „Sie werden zugeben, sehr verehrter Herr Reichsminister, daß wir über diesen vortrefflichen Thesen gewisse Zugeständnisse, die jene Herren der Emigration natürlich machen müssen, gerne übersehen können, Zugeständnisse, die für den Fall der Niederlage nur selbstverständlich sind.“ Und zum Schluß stellt Dr. Beer, wieder den „NS-Agenten“ sprechen lassend, fest: „So können wir uns zu dem Aufruf nur beglückwünschen. Der Gewinn ist 100prozentig für uns!“ Sowohl die Rechtssozialisten wie die „Ultralinken“ haben, wenn auch wissentlich politisch argumentierend, zum großen Teil eindeutig ihrer Ablehnung dieses Artikels Ausdruck gegeben.

Lag der Akzent der vansittartistischen und jüdischen Angriffe gegen den „Council“ auf dem Vorwurf des „Pangermanismus“, so griff man ihn sowohl von seiten der

<sup>19</sup> „Christian Science Monitor“, Boston, 6. Mai 1944.

<sup>20</sup> „New York Herald Tribune“, 2. Juli 1944.

<sup>21</sup> Walter Mehring („Aufbau“, 19. Mai 1944): „... Wie unsinnig ist es, am New Yorker Broadway Proklamationen zu erlassen, um das ‚deutsche Volk‘ zu retten... Wie billig ist es – und wie einträglich –, Kriminalshmöcker mit Sherlock Holmes der deutschen Untergrundbewegung und Memoiren zu erfinden...“

<sup>22</sup> Erika Mann („Aufbau“, 12. Mai 1944): „Das Manifest, das der Council kürzlich unter die Leute gebracht hat, ist eine mit antifaschistischen und sozialistischen Schlagworten verbrämte Liste von deutschen Forderungen...“

<sup>23</sup> Emil Ludwig („Aufbau“, 16. Juni 1944): „Leider gibt es... noch immer einige Refugees, die mehr Deutsche als Juden sind und von der Größe ihres sogenannten Vaterlandes träumen... Entehrt und vertrieben möchten sie dennoch dorthin zurückkehren... Sie haben es fertiggebracht, einem ‚Council for a Democratic Germany‘ beizutreten, und sich darin ausdrücklich zu ihrem Deutschtum bekannt. Einer von ihnen erklärte, man müßte jetzt seinen Blick dem alten Vaterlande zuwenden. Ich wende den meinen mit Grausen davon ab.“

<sup>24</sup> „The Jewish Way“, New York, 21. Mai 1944.



„rechten“ Sozialdemokratie wie der ultralinken, jetzt entschieden antistalinistischen Ex-Kommunisten wegen seiner Zusammenarbeit mit KP-Leuten als „pro-kommunistisch“ scharf an. Sprachrohr dieser Kampagne war einerseits „The Network“, das Blatt der ehemaligen kommunistischen Führerin Ruth Fischer, die seit langer Zeit „von links her“ den Stalinismus attackierte, andererseits das deutschamerikanische Wochenblatt „Neue Volkszeitung“, das zusammen mit Resten deutschsprachiger Gruppen der amerikanischen Sozialisten die Parteivorstandsgruppe der deutschen SP mit Friedrich Stampfer vertrat. Ruth Fischer und Friedrich Stampfer trafen sich dabei in der gemeinsamen Abneigung gegen Paul Hagen, den beide für einen den Kommunisten Hilfestellung leistenden Abenteuerer hielten oder doch zu halten vorgaben. Man kann wohl, ohne ungerecht zu sein, eine Erklärung, die Ruth Fischers Freunde bei einer der größeren Zusammenkünfte des Council auf der Straße verteilten, sowohl für die „Network“-Leute wie für die „Volkszeitungs“-Gruppe als typisch ansehen: „Die Gleisenschaltung der politischen Flüchtlinge aus Nazideutschland in den politischen Apparat der Stalinisten macht Fortschritte. . . . Kürzlich gelang es den professionellen Agenten des stalinistischen Apparats, auch in New York so etwas wie ein Freideutsches Komitee unter dem Decknamen ‚Council for a Democratic Germany‘ zustande zu bringen. Eine buntscheckige Gesellschaft – Professoren, Dichter, sozialdemokratische Ex-Polizeipräsidenten, Journalisten, Theologen – setzte sich mit den GPU-Leuten an einen Tisch.“<sup>25</sup> Konkretisiert wurde die Stellungnahme der „rechten“ Sozialdemokratie zum Council (und damit auch gegenüber den eigenen Parteigenossen, die sich an seiner Arbeit beteiligten) in einem „Offenen Brief“, den Gerhart Seeger und Rudolf Katz in der „Neuen Volkszeitung“ an die Nachfolgeorganisation der „American Friends of German Freedom“, die „American Association for a Democratic Germany“, richteten.<sup>26</sup> In ihm wurde der Association u. a. vorgeworfen, daß ihre Mitglieder nicht gewußt hätten, was sie taten, als sie eine „Einheitsfrontorganisation“ mit Kommunisten unterstützten, die praktisch von ihnen beherrscht werde (Sekretär sei ein KP-Mann!); daß der Council „antidemokratisch“ sei; daß er die Sowjetpolitik hinsichtlich einer Abtrennung deutscher Gebiete im Osten befürworte; daß er im übrigen die Teilnahme von Kommunisten an seiner Arbeit ableugne und daß in Paul Hagen – der unter mannigfachen Namen auftrete – ein absolut vertrauensunwürdiger Verbindungsmann zwischen Council und Association eingesetzt sei.<sup>27</sup> Die Association hat in einer langen Erklärung jeden einzelnen dieser Vorwürfe zu widerlegen unternommen.<sup>28</sup>

<sup>25</sup> „Öffentliche Erklärung“, von Ruth Fischer, ohne Datum, 1944.

<sup>26</sup> „Neue Volkszeitung“, New York, 6. Januar 1945.

<sup>27</sup> Reinhold Niebuhr, Chairman der „Friends“, in einem Rundschreiben an die Mitglieder: „. . . Die ‚American Friends of German Freedom‘ beschlossen, ihre Sonderexistenz aufzugeben und ihre Kräfte der neu gebildeten ‚Association for a Democratic Germany‘ zur Verfügung zu stellen . . .“ (14. Sept. 1944.)

<sup>28</sup> „An die Redaktion der ‚Neuen Volkszeitung‘, New York City“. Auf englisch wurde dem „New Leader“, wo der „Offene Brief“ auch erschienen war (6. Januar 1945), die gleiche Antwort zugeleitet. Sie war – zumindest im deutschen Text – von sehr prominenten amerikanischen Liberalen, Sozialisten, Gewerkschaftlern usw. unterzeichnet. Der uns vorliegende englische Wortlaut ist nur von 2 federführenden Personen gezeichnet.

Diese Abwehr war politisch von geringem Belang. Die Frage, ob eine deutsche Exilvertretung Kommunisten einschließen durfte, konnte nicht durch Argument oder Gegenargument, sondern allein durch praktische Erfahrung entschieden werden. Diejenigen Nichtkommunisten, welche die Zusammenarbeit mit KP-Leuten oder doch Persönlichkeiten befürworteten, die der Logik des kommunistischen Standpunkts bis zu gewissem Grad verfielen, waren der Meinung, man müsse es riskieren.

Für einige Zeit beschränkte sich die Aktivität des Council – nicht zu seinem Nachteil – auf die Innenarbeit. War es auch nicht gelungen, von der gesamten deutschen Emigration als Repräsentanz anerkannt zu werden, ja hatte selbst innerhalb des im eigentlichen Sinne „politischen Exils“<sup>29</sup> eine starke Gruppe ihm das Recht bestritten, stellvertretend für sie zu sprechen, so zählte doch der von ihm direkt oder indirekt erfaßte Ausschnitt der deutschen antinationalsozialistischen Opposition in den USA Namen von Klang zu seinen Anhängern. Hatte man auch nicht die amerikanische öffentliche Meinung im Sturm genommen, noch erreicht, daß offizielle Stellen sich für den Council interessierten, so waren doch wichtige Leute des amerikanischen Liberalismus öffentlich rückhaltlos für ihn eingetreten.<sup>30</sup> War man jetzt bereit, sich mehr auf sachlich-programmatische Vorarbeiten für bevorstehende Entwicklungen in Deutschland als auf Propaganda in Gestalt von Aufrufen umzustellen, so konnte man ohne Zweifel Nützliches leisten und vielleicht auch noch Zugang zu amerikanischen Regierungsstellen gewinnen.<sup>31</sup> Was in den Arbeitsgemeinschaften erarbeitet wurde, erscheint heute teilweise illusionär, realitätsfremd und naiv. Es enthält jedoch – nicht unähnlich manchen Aufzeichnungen aus der innerdeutschen Illegalität – echte Ansätze ehrlichen „Neuanfangs“ in mehr als einer Hinsicht.<sup>32</sup> Solange es sich um theoretische Ausarbeitungen für die Zukunft handelte, haben – vor allem dank den unermüdlichen Bemühungen Prof. Tillichs um Ausgleich – kaum wesentliche Meinungsverschiedenheiten die Arbeit gehemmt. Auch die beigetretenen KP-Leute arbeiteten loyal mit.<sup>33</sup>

<sup>29</sup> Man unterscheidet „Emigration“: die „unfreiwillige Auswanderung von einzelnen oder von Gruppen in ein fremdes Land“, und „Exil“: die „strafweise Ausstoßung eines namentlich genannten Individuums aus dem Staat“. (Helge Pross, Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933–1941, Berlin 1955.)

<sup>30</sup> Etwa Dorothy Thompson in der „New York Post“ vom 20. Mai: „Nun, und wenn es nur zehn Deutsche mit einer einwandfreien Vergangenheit gibt, die mit uns in einem solchen Programm eins sind, – dann wollen wir diese zehn Deutschen akzeptieren. Anzunehmen, daß es überhaupt keine Deutschen gibt, denen man trauen kann, hieße politisch die völlige Niederlage zugestehen.“

<sup>31</sup> Der „Council“ hat – zum Unterschied vom „Nationalkomitee“ – nie auch nur die geringste finanzielle oder moralische Unterstützung einer gegen Deutschland kriegführenden Regierung gehabt.

<sup>32</sup> Von den Einzelausarbeitungen der Arbeitsgruppen ist nur die über „The Reconstruction of the Trade Union Movement in Germany“ publiziert worden. Alle anderen Arbeiten (Erziehung, Wirtschaft, Staat, Presse usw.) blieben Entwürfe.

<sup>33</sup> Die „Denkschrift über den Wiederaufbau einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“, beschlossen am 14. Juli 1944, 16 S., wurde z. B. dem Council gemeinsam vorgelegt von Friedrich Bärwald (Katholik), S. Aufhäuser (SPD), Paul Hagen (Neubeginnen), Albert H. Schreiner (KPD) und Jakob Walcher (SAP).

Die relative Harmonie wurde zum erstenmal ernsthaft gestört, als Anfang 1945 die Ergebnisse der Konferenz in Jalta bekannt wurden. Der Council konnte einer Meinungsäußerung nicht ausweichen. Es zeigte sich, daß sich keine gemeinsame Front bilden ließ: ein Teil der Mitglieder stimmte den Beschlüssen über Deutschlands künftiges Schicksal zu, ein anderer nahm Stellung dagegen. Bereits am 22. Januar hatte Tillich an die Mitglieder des Presseausschusses des Council und einige andere dazu geladene Council-Mitglieder einen Eilbrief gesandt, der sie bat, am Telefon, Radio etc. die Resultate der Konferenz zu hören und kurz danach zu gemeinsamer Vorbereitung einer Erklärung zusammenzutreten.<sup>34</sup> Der Chairman des Council war sich jedoch schon zu diesem Zeitpunkt darüber klar, daß eine gemeinsame Erklärung unmöglich sei, und hatte sechs Mitglieder aufgefordert, jeweils eigene Stellungnahmen vorzubereiten – die nebeneinander erscheinen würden. Nr. 4 des „Bulletin“ vom Februar 1945 enthielt – neben einer im Grunde nichtssagenden Einleitung Tillichs, die sie auf einen Nenner zu bringen versuchte – sechs verschiedene Stellungnahmen zur Krim-Konferenz. Das Ergebnis war katastrophal. Es wurde klar, daß der Council keine gemeinsame Plattform mehr darstellte, da seine „Richtungen“ jede für sich Erklärungen abgaben und niemand mehr sagen konnte, worin etwa Hagen und Schreiner noch übereinstimmten.<sup>35</sup>

Wider alles Erwarten überstand jedoch der Council organisatorisch die Krise. Man nahm den Prestigeverlust in Kauf, den diese Divergenz der Äußerungen bei vielen Freunden zur Folge hatte, blieb zusammen und arbeitete weiter. Man publizierte auch weiter. Im April 1945 gab die Association einen Bericht über Oppositionsregungen innerhalb der deutschen Jugend heraus,<sup>36</sup> im August eine Broschüre, die über die deutschen Konzentrationslager 1933–1939 berichtete und mit Nachdruck darauf hinwies, daß zumeist Deutsche dort festgehalten worden seien.<sup>37</sup> Schon vorher hatte der Council ein Memorandum „Emergency Measures in Germany“ an Persönlichkeiten der amerikanischen Öffentlichkeit versandt.<sup>38</sup>

<sup>34</sup> Rundschreiben „Council for a Democratic Germany“ (Tillich), 22. 1. 1945.

<sup>35</sup> „Bulletin of the Council for a Democratic Germany“, I, 4. Februar 1945, 6 S. Vgl.: S. Aufhäuser: „... Der Council for a Democratic Germany hat in der Einigkeit der BIG THREE die Bestätigung für sein eigenes Programm gefunden. Als ein Sozialdemokrat...“; Albert H. Schreiner: „Ich betrachte die Entscheidungen der Krim-Konferenz als im Interesse des Deutschland liegend, das ich in Zukunft zu sehen wünsche“; – Paul Hagen: „... Wenn die Führer der Großmächte sich entschlossen haben, ihren Sicherheitsplan auf der Einführung eines halbkolonialen Status für Deutschland, auf unbestimmte Zeit, zu basieren, ... so können wir dem natürlich nicht zustimmen.“ Pastor Forell: „Eine zustimmende Antwort auf die jetzt erneut durch die Großen Drei und ihre Jalta-Konferenz gestellten Fragen ist die Voraussetzung für die Existenz unseres Council...“ – F. Haubmann: „Einzige Hoffnung blieb: ‚Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten‘.“

<sup>36</sup> „Some recent information on Anti-Nazi Developments among German Youth“, Spring 1945, 20 S. American Association for a Democratic Germany, New York.

<sup>37</sup> „They fought Hitler first. A report on the treatment of German Antinazis in concentration camps from 1933–1939“, 1945, 15 S. Am. Ass. f. a Dem. Germany.

<sup>38</sup> Memorandum: Emergency Measures in Germany, 7. April 1945, New York, Council for a Democratic Germany.

Tatsächlich aber bestand die Einheit des Council nur noch im Negativen, im Anti-Nationalsozialismus. Was man positiv wollte, wurde immer unklarer, nicht zuletzt deshalb, weil die Siegermächte für absehbare Zeit die politische Mitwirkung irgendeiner relativ selbständigen deutschen Repräsentanz, sei sie nun innerhalb oder außerhalb Deutschlands aus Hitlergegnern gebildet, offensichtlich nicht in Aussicht nahmen. Eine Funktion konnte der Council zwar noch erfüllen, sofern sich eine Möglichkeit ergab, in einer – inoffiziellen – beratenden Rolle zur „deutschen Frage“ gehört zu werden. Das schien keineswegs ausgeschlossen: ein Teil der „Deutschlandexperten“ in Washington war für Anregungen und Vorschläge, ja für Bedenken und Kritik durchaus empfänglich. Man konnte ihnen aber nicht gleichzeitig sechs verschiedene, einander widersprechende Stellungnahmen präsentieren!

Um auch nur eine beratende Rolle spielen zu können, wäre es notwendig gewesen, eine einheitliche Linie zu finden, einen selbständigen Standpunkt einzunehmen und konstruktive Vorschläge zu machen. Sinn und Aufgabe einer deutschen demokratischen Exilvertretung konnten auch nicht darin bestehen, in die begreifliche Empörung über die bekanntgewordenen Verbrechen in den deutschen Konzentrationslagern lediglich einzustimmen. Man mußte vielmehr immer wieder deutlich zu machen suchen, daß Hitler-System und deutsches Volk nicht einfach identisch waren, daß die gnadenlose, später (etwas inkorrekt) als „Morgenthau-Politik“ bezeichnete Konzeption der „tabula rasa“ jedenfalls eines kaum erreichen konnte: den Gedanken einer antitotalitären, demokratischen und sozial fortschrittlichen neuen Ordnung einem militärisch geschlagenen, zerbombten, hungernden und frierenden Volk zu einer Herzensangelegenheit zu machen!

Im Herbst 1945, in welchem offizielle, offiziöse und fraktionelle Sitzungen des Council dicht aufeinander folgten, ergab sich eine groteske Situation: die kommunistischen Mitglieder wiesen nicht etwa bürgerliche, „reaktionäre“ oder „reformistische“ Wirtschaftsvorstellungen ihrer Partner im Namen ihrer eigenen radikal-sozialistischen Weltanschauung zurück: Fragen dieser Art sind von ihnen nie aufgeworfen worden. Die Kommunisten übernahmen vielmehr mit der Forderung, die Beschlüsse von Teheran, Jalta und Potsdam zu akzeptieren, einfach die damalige Außenpolitik der Großen Drei bzw. Moskaus und verteidigten sie mit militanten Vorwürfen des „Pangermanismus“ gegen alle, die an den territorialen Bestimmungen, an der Ent-Industrialisierung, den Austreibungen der Volksdeutschen in Ost- und Südosteuropa auch nur leise Kritik übten. Unter den Kritikern aber befanden sich namhafte Mitglieder von Association und Council. Als die Kommunisten fast wörtlich jene Kritik der Rex-Stout-Leute übernahmen, die doch ursprünglich auch ihnen als Protektoren des „Nationalkomitees“ gegolten hatte, und sich öffentlich gegen den Rest-Council wandten, war der Bruch nicht mehr zu vermeiden. Wenn am 18. Oktober 1945 Paul Hagen mit einer langen grundsätzlichen Erklärung aus dem Council ausschied – und die meisten der nichtkommunistischen Mitglieder ihm folgten –, so bedeutete dies nur den Schlußstrich unter eine zwangsläufig gewordene Entwicklung.

Die Kommunisten hatten den Council weder begründet noch beherrscht. Sie konnten ihm jedoch im Zeichen der von Tillich verlangten „Balance“ lahmlegen und

arbeitsunfähig machen. Und eben dies taten sie. Sie traten nicht aus, und sie verlangten keine Ausschlüsse von Andersdenkenden. Sie verhinderten aber praktisch allgemeinverbindliche Beschlüsse. „In dieser Unsicherheit“, so stellte Hagen fest,<sup>39</sup> „war der moralische Druck der kommunistischen Minderheit ausschlaggebend und führte dazu, daß einige Council-Mitglieder schließlich bereit waren, die weitere Zusammenarbeit des Councils um den Preis des Schweigens zu erkaufen.“ Diese unmißverständliche Absage an eine solche Politik des tatsächlichen Verzichts auf eigene Stellungnahme (nachdem einmal die Großen Drei gesprochen hatten) wurde nicht leichten Herzens ausgesprochen. Denn es handelte sich um einen Protest, der sich keineswegs nur gegen russische oder kommunistische Forderungen, sondern sich gegen die – damals noch gemeinsame – Politik der drei Siegermächte richtete. Wenn es in der Erklärung an anderer Stelle heißt: „Es ist schlicht pervers, wenn verantwortungsvolle deutsche Antifaschisten im Ausland heute den derzeitigen Status, der ein Übergangstatus ist, selbst gegen Verbesserungen, die sich bereits in der Diskussion der Alliierten untereinander vorbereiten, mit einem Eifer verteidigen, den sie wohl im Lande selbst angesichts der tragischen Verhältnisse nicht aufbringen würden“, bedeutet dies eine eindeutige Warnung vor einer Haltung, die sowohl bei Hitlergegnern in Deutschland selbst wenig Verständnis finden, wie auch im Lager der Sieger sich bald als unzeitgemäß erweisen konnte.

„Unser Mandat“, so bemerkt Hagen endlich, „beruht auf der eigenen Verantwortung. Diese Verantwortung wird vertieft durch das . . . Privileg der freien Meinungsäußerung. Von diesem Privileg nicht Gebrauch zu machen, ist ein Verstoß gegen die Freiheit der Selbstbestimmung, für deren Wiedererlangung im Lande wir alle eintreten . . .“ Um „die Freiheit der Kritik wiederzugewinnen“, erklärte Hagen daher seinen Austritt aus dem Council. Obwohl niemals offiziell aufgelöst, ist die letzte gemeinsame Körperschaft des politischen Exils in den USA hinfort nicht wieder zusammengetreten.<sup>40</sup>

Daß in Prag, Paris, London usw. Ansätze einer zusammenfassenden Vertretung der deutschen Opposition stets in engen Grenzen blieben, hing u. a. damit zusammen, daß jede „Richtung“ infolge ihrer mindestens bis Kriegsausbruch möglichen Kontakte mit innerdeutschen Gesinnungsgenossen ihre Sonderprogramme eifersüchtig vor einer „Verwässerung“ zu hüten wünschte. Bis Kriegsbeginn war überdies vom Standpunkt der außerdeutschen Mächte nicht zu erwarten, daß sie deutschen Emigranten den auf eine „Gegenregierung“ hinzielenden Status gaben. In den USA lag nach ihrem Kriegseintritt eine andere Situation vor, und mit der Begründung des „Nationalkomitees“ änderte sich das Bild vollends. Jetzt bestand auch für eine sich im „Westen“ bildende deutsche Repräsentanz eine gewisse Chance, selbst wenn sie

<sup>39</sup> „Erklärung an die Mitglieder und Freunde des Council for a Democratic Germany“, Paul Hagen, 18. Oktober 1945, New York, 5 S. Unveröffentlichtes, vervielfältigtes Manuskript.

<sup>40</sup> Die „American Association“ setzte ihre Arbeit noch einige Zeit fort und publizierte z. B. 1946 Paul Hagens Schrift „Erobert, nicht befreit. Das deutsche Volk im ersten Besatzungsjahr“, 72 S. New York.

nur Teile des Exils erfassen konnte. Weshalb überlebte der Council das „Dritte Reich“ dennoch nur um Monate?

Im großen gesehen scheiterte der Council nicht nur am Fraktionskampf zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten,<sup>41</sup> sondern vor allem, weil sein Anspruch, auch die Widerstandskräfte innerhalb des „Dritten Reiches“ zu vertreten, illusionär war. Der innerdeutsche Widerstand, weitgehend durch die nationalsozialistische Realität bedingt, benötigte weder noch suchte er die Vertretung durch eine Exilgruppe. Nicht nur der Ozean trennte Graf Stauffenberg von Paul Tillich, Carlo Mierendorff von Albert Schreiner, Generaloberst Beck von Paul Hagen; man lebte in verschiedenen Vorstellungswelten!

Das deutsche politische Exil hat bis zuletzt auf eine Volksrevolution gehofft. In Deutschland selbst aber war man seit Jahren zu der Überzeugung gekommen, daß nur mit Hilfe von Männern in Schlüsselpositionen des Regimes ein Umsturz möglich sein würde, daß die Armee oder doch Teile von ihr in die Gegenbewegung einbezogen werden müßten, kurz, daß ein Staatsstreich von oben, nicht eine Revolte von unten, die einzige Chance biete.<sup>42</sup>

Das Exil repräsentierte, sauber aufgeteilt, nebeneinander die rechten und linken Nichtnationalsozialisten in einer präsumptiven „Gegenvertretung“. Die innerdeutsche Widerstandsbewegung suchte, etwa im Kreisauer Kreis, die Synthese zwischen dem sozialistischen Konservativismus Moltkes mit dem aufgeschlossenen Sozialismus Lebers, suchte neue Wege, die „über Weimar hinaus“ führen könnten,<sup>43</sup> während dem Council letzten Endes die Wahlgeometrie Weimars zugrunde lag. Die Emissäre endlich, welche die Männer des 20. Juli, lange bevor es zum Attentat kam, ins Ausland senden konnten, haben bis auf Trott zu Solz, der in den USA solche Kontakte versuchte und von den Exilierten mit Mißtrauen behandelt wurde, nur mit Ausländern, nie mit Exilierten Verbindung genommen. Hier liegt von keiner Seite eine „Schuld“ vor. In gewisser Hinsicht freilich eine Tragik! Männer, die im Ausland mehr als ein Jahrzehnt lang sich zu Wortführern der deutschen Gegenkräfte gemacht hatten – nicht selten unter persönlichen Opfern und gegenüber Verleumdungen aller Art —, mußten am 20. Juli feststellen, daß der innerdeutsche Widerstand gehandelt hatte, ohne daß sie etwas damit zu tun hatten oder auch nur unterrichtet worden waren. Sozialisten wie Konservative fanden sich im Exil gleichermaßen außerhalb der Geschehnisse. Wen repräsentierte man also noch? Anscheinend nicht einmal die Toten des großen Mordens, das dem deutschen Auf-

<sup>41</sup> Bis zur Jalta-Konferenz haben übrigens die KP-Leute sich in den Kommissionen des Council bemüht, alle Gegensätze zu überbrücken. Manchmal versuchten sie, „sozialistisch-radikale“ Formulierungen sogar zu verharmlosen. Sie hatten offensichtlich den Befehl, „kurzzutreten“.

<sup>42</sup> Ich schließe mich in diese Kritik ein: In den „Deutschen Blättern“, Santiago de Chile, Oktober 1944, in dem „Versuch einer Analyse der Generalsrevolte“ unter der Überschrift „Staatsstreich oder Revolution“ habe ich selbst der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein Staatsstreich falsch, die Volksrevolution anzustreben wäre. Ich habe zugelehrt.

<sup>43</sup> Vgl. Karl O. Paetel: „Revolutionäre und restaurative Tendenzen in der deutschen Widerstandsbewegung“, in: Die neue Gesellschaft 2 (1955), H. 4.

stand folgte. Die Tatsache, daß nicht einer der Repräsentanten des anderen Deutschland, die im Namen der deutschen Opposition im Council einen bestimmten Prozentsatz der nichtnationalsozialistischen Deutschen vertreten wollten, Mitspieler oder auch nur Mitwisser des einzigen, bei allen Schwächen groß angelegten Versuches waren, die Hitlerherrschaft zu stürzen, raubte im Grunde jeder im Namen der deutschen Widerstandsbewegung sprechenden „Auslandsvertretung“ die moralische und politische Legitimation.

Die Mehrheit des Councils begriff das nicht. Man übernahm die Legende von der „Junker-Revolution“, welche Goebbels erfunden und die amerikanische Presse weiterverbreitet hatte. Man verkündete, sich selbst hypnotisierend, noch im Januar 1945, daß „steigende Massen des deutschen Volkes sich dem Nazi-Einfluß entziehen“ und „kein Zweifel daran bestehen kann, daß in vielen Fällen der Einfluß der organisierten Illegalität in Handlungen einer heroischen Minderheit sichtbar wird“. <sup>44</sup> Das erste war gewiß richtig; das zweite aber konnte sich nach dem 20. Juli allenfalls auf KP-Gruppen beziehen, die in der Tat weiterarbeiteten — ohne die geringste Chance, Hitler zu stürzen. Auch der Council hatte mit dem 20. Juli jeden — etwaigen — Wert als „Partner“ für das kriegführende Ausland ebenso verloren wie die Legitimation, für die deutsche Opposition zu sprechen. Proteste einzulegen und Anregungen zu geben, war nur noch aus eigener Verantwortlichkeit für einzelne möglich.

Die Geschichte des „Council for a Democratic Germany“ in New York lehrt, daß eine Opposition, die, ohne eine ihr Land verlassende legitime Regierung zu besitzen, einem diktatorischen Regime aus dem Exil entgegentreten will, nur dann eine Chance hat, im Ausland gehört zu werden, wenn sie reale, bündnisfähige Kräfte repräsentiert. <sup>45</sup> Ist, zumal nach einer lange währenden Emigrationsperiode, der Kontakt zwischen innerem Widerstand und Exil gerissen, so hören die Exilierten irgendwann am „Tag danach“, was in der Heimat vor sich geht. <sup>46</sup> Sie werden womöglich gar ein Teil des Propaganda- oder Nachrichtenapparats der andern Mächte. Daß die Mehrheit des Council statt dessen die Selbstauflösung wählte, spricht nicht nur für seine Integrität, sondern auch für politische Einsicht.

<sup>44</sup> „Bulletin of the Council for a Democratic Germany“, I, 3. Januar 1945.

<sup>45</sup> General de Gaulles Memoiren zeigen, mit welcher Zähigkeit der Repräsentant der französischen Resistance auf Unabhängigkeit bestand und sie bis zu einem gewissen Grade sicherte: er sprach für bewaffnete Verbände.

<sup>46</sup> Der Herausgeber der von Perón unterdrückten weltweit bekannten argentinischen Zeitung „Prensa“ erfuhr erst aus der Zeitung von dem geglückten Staatsstreich gegen die Diktatur, obwohl er als Symbol des „anderen Argentinien“ galt.

## Dokumentation

### DIE SITZUNG DER REICHSTAGSFRAKTION DES ZENTRUMS AM 23. MÄRZ 1935

Die Zustimmung der Zentrumsfraktion zu Hitlers Ermächtigungsgesetz ist in den Nachkriegsjahren Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen gewesen, in die im Sommer 1947 auch Heinrich Brüning mit seinem offenen „Brief“ an Dr. Rudolf Pechel<sup>1</sup> eingegriffen hat. Neben der Stellungnahme Brünings, der unter anderem darauf verwiesen hat, daß viele Reichstagsmitglieder aus den nichtnationalsozialistischen Parteien sich darüber klar gewesen seien, „daß Hitlers Machtbefugnisse unter dem Reichstagsbrand-Erlaß vom 28. Februar tatsächlich weitreichender waren als das eingebrachte Ermächtigungsgesetz“,<sup>2</sup> ist die Eugen-Bolz-Biographie Max Millers als aufschlußreichste Quelle zur Haltung der Zentrumsfraktion anzusehen. Die zugänglich gemachten Auszüge aus Bolz' Briefen an seine Frau vermitteln einen plastischen Eindruck von der Stimmung, die in den Tagen vor der Annahme des Ermächtigungsgesetzes in der Fraktion herrschte. So schreibt Bolz am 20. März, auf die Sitzung des Fraktionsvorstandes vom gleichen Tage bezugnehmend, noch relativ zuversichtlich:

„Ich glaube, daß Fraktion und Partei eine politische Linie finden, die gut ist und die Partei in Bewegung hält. Es ist das Gedankengut konservativer Politik und der katholischen Minderheit. Wir hatten darüber im Vorstand verhältnismäßig bald eine einheitliche Meinung. Betäubend ist das Ermächtigungsgesetz und die kommende Politik. Man kann sich die innere Entwicklung nicht schlimm genug vorstellen. – Auch wir werden manches mitmachen müssen. Aber an Gottvertrauen fehlt es uns beiden nicht.“

Am 21. heißt es entsetzt:

„Der Inhalt übertrifft alle Erwartungen. Das Zentrum kommt mit seiner Stellungnahme in die schwierigste Situation seit der Annahme des Versailler Vertrags. . . . Was wir auch tun, ist verhängnisvoll.“

Am 22. äußert Bolz schon fast resigniert:

„Hier ringen wir, jeder für sich, mit der Stellungnahme zu dem unerhörten Ermächtigungsgesetz. . . . Die Zwangslage wird uns wohl zu einer Zustimmung bringen.“<sup>3</sup>

Für den 23. März fehlen bedauerlicherweise eigene Aufzeichnungen Bolz'. Sein Biograph berichtet, daß er in Gemeinschaft mit Brüning und einigen wenigen Abgeordneten sich bis zuletzt der Zustimmung widersetzt habe. Schließlich sei entschieden worden, „zum Schutz für die einzelnen Mitglieder, deren Nein ein nutz-

<sup>1</sup> Heinrich Brüning, „Ein Brief“, in: „Deutsche Rundschau“, 1947, Heft 7, S. 1–22.

<sup>2</sup> A. a. O., S. 17.

<sup>3</sup> Max Miller, „Eugen Bolz, Staatsmann und Bekenner“, Stuttgart 1951, S. 449 f.



loses Opfer herauszufordern schien, . . . unter Fraktionszwang nach der Weisung des Fraktionsvorsitzenden für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen“.<sup>4</sup>

Dieser Passus geht offenbar auf das Zeugnis Brüning zurück, das Zentrum und, soweit er sich erinnere, auch die Bayerische Volkspartei hätten beschlossen, „daß ihre Führer volle Entscheidungsfreiheit haben und daß es für alle Abgeordneten Zwang sein sollte, in Übereinstimmung mit der Entscheidung über das Gesetz, welche auch immer von den Parteiführern getroffen werden würde, zu stimmen“. Man habe die Zustimmung davon abhängig gemacht, daß Hitler als „Gegengabe“ für eine günstige Abstimmung der Zentrumsfraktion in einem Brief „jene Teile des Reichstagsbrand-Erlasses . . . , die die bürgerlichen und politischen Freiheiten der Staatsbürger verletzen“, widerrufen würde. Erst nachdem Frick feierlich Dr. Kaas unterrichtet habe, daß der Bote bereits den – nie angekommenen – Brief „in seinem Büro in der Kroll-Oper“ abgegeben hätte, sei die definitive Entscheidung gefallen.<sup>5</sup>

Wenn Brüning diese Vorgänge in die Zeit zwischen den drei Lesungen des Ermächtigungsgesetzes verlegt, dürfte er, wie Hans Schneider überzeugend dargelegt hat, das Opfer einer Gedächtnistäuschung geworden sein. Nachdem Kaas bei der Aussprache über die Regierungserklärung und der damit verbundenen ersten Beratung die Zustimmung seiner Partei bekanntgegeben habe, sei kaum noch ein Rückzieher möglich gewesen. Überdies hätten sich die zweite und die dritte Lesung der ersten unmittelbar angeschlossen, wobei die beiden letzten Lesungen zusammen nur wenige Minuten beansprucht hätten. Es sei viel wahrscheinlicher, daß sich das Hin und Her der Verhandlungen um Hitlers Gegengabe bereits in der dreistündigen Sitzungspause nach der Rede Hitlers – also am 23. März, 15 Uhr 12 bis 18 Uhr 16 – abgespielt habe.<sup>6</sup>

Leider bringt auch das von dem Abgeordneten Jean Albert Schwarz – in seiner Eigenschaft als Schriftführer der Zentrumsfraktion – angefertigte Protokoll über die Verhandlungen in der Fraktion am 23. März noch keine volle Klarheit. Es gewährt jedoch trotz seiner sehr knappen, die wichtigsten Gesichtspunkte zusammenfassenden Form einen instruktiven Einblick in die Fragen, die die Zentrumsabgeordneten bewegten. Der Quellenwert des Dokuments wird auch dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt, daß es formal nur als Entwurf zu bezeichnen ist. Erscheint es doch aus der Situation dieser Tage heraus nicht verwunderlich, wenn das Protokoll in den Händen des Schriftführers blieb und der Fraktionsvorsitzende versäumte, es abzuzeichnen.

Der versprochene Hitlerbrief wird in dem Dokument überhaupt nicht erwähnt. Während der Morgenverhandlungen betont Brüning ausdrücklich, daß keine Sicherheiten für die Erfüllung der Zusagen von der Regierung gegeben worden seien.

<sup>4</sup> A. a. O., S. 448. Sperrung vom Herausgeber.

<sup>5</sup> Brüning a. a. O., S. 19. Gemeint ist wahrscheinlich Fricks Büro. Die Fraktionsräumlichkeiten befanden sich noch im Reichstagsgebäude; es ist daher unwahrscheinlich, daß Kaas ein Büro in der Kroll-Oper gehabt hat.

<sup>6</sup> Hans Schneider, „Das Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 1933“, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 203 f.

Der zweite Teil der Fraktionssitzung – am Nachmittag, in der dreistündigen Pause – wird mit wenigen Sätzen abgetan, aus denen jedoch hervorzugehen scheint, daß in der Zwischenzeit keine neue Lage eingetreten war. Es ist undenkbar, daß der Protokollführer es unterlassen hätte, den angekündigten Brief – als ausschlaggebendes neues Moment für die Entscheidung der Fraktion – wenigstens zu registrieren. Die Fraktion hat auch bereits jetzt den Fraktionszwang für die Zustimmung beschlossen und nicht, was nach den Ausführungen Brünings zu erwarten wäre, für eine vorläufig noch offene, definitive Entscheidung für oder gegen das Ermächtigungsgesetz nach Weisung des Vorsitzenden. Schmerzlich ist es, daß das Stimmenverhältnis bei der Probeabstimmung fehlt, läßt sich doch weder bei Brüning noch bei Bolz erkennen, wie groß die Gruppe der Zentrumsabgeordneten war, die bis zuletzt gegen das Gesetz opponierte.

Da die Fraktionssitzung um 17 Uhr geschlossen wurde, blieb bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen im Plenum, 18 Uhr 16, noch über eine Stunde. Daß die Fraktion in der Zwischenzeit nochmals zusammengetreten sein sollte, um ihren ursprünglichen, eindeutigen Zustimmungsbeschluß abzuwandeln, erscheint wenig glaubhaft.<sup>7</sup> Damit ist nicht gesagt, daß die von Brüning berichtete Briefaffäre am 25. März nicht in irgendeiner Form eine Rolle gespielt haben könnte. Möglicherweise haben Zentrumsvertreter, um Hitler in letzter Minute noch Konzessionen abzurufen, den Eindruck aufrechterhalten, daß – trotz der in Wirklichkeit bereits gefallenen Entscheidung – das Votum der Fraktion noch nicht feststehe. Durch solche fast kriminologischen Erörterungen läßt sich allerdings der Tatbestand nicht aufklären. Es ist zu hoffen, daß Brüning und die anderen überlebenden Zentrumsabgeordneten dazu beitragen können, die Vorgänge endgültig zu erhellen. Alles, was sich hernach noch abgespielt haben mag, ändert jedoch nichts daran, daß die Fraktion um 17 Uhr mit der Absicht auseinanderging, dem Ermächtigungsgesetz auch ohne irgendwelche noch ausstehenden Garantien geschlossen zuzustimmen, obgleich ihre Mitglieder nicht so sehr in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränkt waren wie die viel unmittelbarer gefährdeten Sozialdemokraten.

Die Motive, von denen sich die Zentrumsfraktion dabei leiten ließ, bringt das Protokoll klar zum Ausdruck. Im Vordergrund stand das Bestreben, den neuen Machthabern keinen Anlaß zu geben, gegen die Zentrumspartei vorzugehen; also das gleiche Motiv, das die sozialdemokratische Parteiführung im Frühjahr 1933 zu einer Reihe von allerdings weniger weitgehenden taktischen Anpassungsmaßnahmen getrieben hat, die am 17. Mai in der Zustimmung der anwesenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu Hitlers sogenannter „Friedensresolution“ gipfelten. Der Bereich der unverbindlichen mündlichen Zugeständnisse, die

<sup>7</sup> Nach Wenzel Jaksch, „Hans Vogel“, Offenbach 1946, S. 24, soll Stampfer später erzählt haben, „wie ein Zentrumsführer Wels in letzter Minute geradezu anflehte, von der Abgabe einer Erklärung gegen das Ermächtigungsgesetz Abstand zu nehmen“. Vgl. auch Matthias, „Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933“, in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 267.

Hitler den Zentrumsvertretern bei den Verhandlungen der Vortage machte, zeichnet sich in dem verhältnismäßig ausführlich wiedergegebenen Bericht von Kaas ab, wobei die kulturpolitischen Versprechungen einen hervorragenden Platz einnehmen. Die „Gleichheit vor dem Gesetz“, die „nur“ den Kommunisten nicht zuzubilligen sei, hatte von vornherein ein fragwürdiges Gesicht. Für Kaas' Argumentation waren auch, dem Protokoll nach zu urteilen, die Versprechungen Hitlers nur von sekundärer Bedeutung. Viel ausschlaggebender scheint das negative Moment gewesen zu sein, die Durchsetzung der Pläne der Reichsregierung werde, falls sich keine Zweidrittelmehrheit zusammenfinde, einfach „auf anderem Wege erfolgen“. Der tatsächliche Verfassungszustand wird sowohl bei Kaas als auch in Stegerwalds und Brünings Ausführungen schlagartig beleuchtet: Die Reste der Weimarer Ordnung, die die Periode der Präsidialregierungen überdauert haben, stehen und fallen mit der Haltung des Reichspräsidenten. In den resignierenden Feststellungen der Zentrumsführer zeichnet sich bereits der mit der Notverordnung vom 28. Februar sichtbar ausgelöste gleitende Übergang von der Periode des rechtsstaatlich und konstitutionell abgesicherten Präsidialregimes zu der willkürlich gesetzten, unkontrollierbaren Ordnung des sich etablierenden nationalsozialistischen Führerstaates ab. Es sei nicht beabsichtigt, so gibt der Protokollführer eine Äußerung Stegerwalds wieder, den Reichstag auszuschalten, „falls er der Regierung keine Schwierigkeiten mache“.

Das Zentrum hatte die parteienstaatliche Ordnung in Deutschland mitbegründet und war als einzige der republikanischen Parteien an allen Reichsregierungen vom Kabinett Scheidemann 1919 bis zum Kabinett Brüning 1930–1932 maßgebend beteiligt gewesen. Nach dem Scheitern des parlamentarischen Parteienstaates 1930 hatte es sich als wesentlich elastischer erwiesen als die Sozialdemokratie. Doch den neuen Machthabern, die sich energisch und zielstrebig anschickten, den ganzen Staat zu okkupieren, standen die beiden ehemaligen Hauptpartner der Weimarer Koalition mit gleicher Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber. Sie klammerten sich an die sinnentleerten Institutionen des Parlaments und der Partei und waren, auch wenn sie den Ernst der Situation tief empfanden, unfähig zu begreifen, daß die Welt, in der sie gelebt und gearbeitet hatten, dem Untergang geweiht war. Auch vom Denken Brünings aus, der versucht hatte, die Weimarer Demokratie in neue Formen zu überführen, gab es keine Möglichkeit, den Umfang der drohenden Gefahr zu erkennen. Nichts könnte das Dilemma, in dem sich die Kräfte des liberaldemokratischen Zeitalters von den Konservativen bis zu den Sozialisten 1933 befanden, besser charakterisieren als die Tatsache, daß der tüchtige, bürokratisch-gewissenhafte Politiker Brüning während der Fraktionssitzung des Zentrums am 23. März von dem Gedanken geplagt wurde: „Man habe keinerlei Garantie für eine solide Finanzgebarung der nächsten Jahre.“

*Erich Matthias*

PROTOKOLLENTWURF DES ABGEORDNETEN JEAN ALBERT SCHWARZ<sup>1</sup>23. III. 33 vormittags 10<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr

Tag. Ordn. Politische Lage. Vorsitz: Dr. Perlitius.

Dr. Kaas erstattet Bericht über die Besprechungen, die er unter Anwesenheit Dr. Stegerwalds u. Dr. Hackelsbergers mit Reichskanzler Hitler gehabt hat. Er habe ihm erklärt, das Ermächtigungs-Gesetz sei für die Ztr. Partei nur tragbar, wenn gewisse Zusicherungen gegeben würden. Es müsse für die Gesetzgebung der Reichstag eingeschaltet bleiben. Die Bildung eines Arbeitsausschusses zur Durchberatung der Vorlagen sei notwendig.<sup>2</sup> Auf gewisse Einzelgegenstände könne das E. Gesetz keine Anwendung finden. Es sei vom RKanzler H. zugesagt worden, daß keine Maßnahmen gegen den Willen des R. Präsidenten durchgeführt würden. Ein Arbeitsausschuß zur Durchberatung der auf Grund des Erm.gesetzes zu erlassenden Gesetze werde gebildet. Die Gleichheit vor dem Gesetze werde nur den Kommunisten nicht zugestanden werden. Die Zugehörigkeit zur Ztr. Partei solle kein Grund zum Einschreiten gegen Beamte sein.<sup>3</sup> Es sei nicht beabsichtigt, die Unabhängigkeit der Richter zu beseitigen. Das Bestehen der Länder werde nicht angetastet. Auf kulturpol. Dinge werde das E. Gesetz nicht angewendet. Die bestehenden Rechte der christl. Konfessionen werden gewahrt, die Errungenschaften gesichert bleiben. Kirche, Konkordat u. Schule würden durch E. G. nicht berührt.<sup>4</sup> – Im Anschluß weist Dr. Kaas auf die schwierige Stellung der Fraktion im gegenwärtigen Augenblick hin. Es gelte einerseits unsere Seele zu wahren, andererseits ergäben sich aus der Ablehnung des E. G. unangenehme Folgen für die Fraktion u. die Partei. Es bliebe nur übrig, uns gegen das Schlimmste zu sichern. Käme die <sup>2</sup>/<sub>3</sub> Majorität nicht zustande, so werde die Durchsetzung der Pläne der Reichs. Reg. auf anderem Wege erfolgen. Der Reichspräsident habe sich mit dem Erm. G. abgefunden. Auch von den D. Natl.<sup>5</sup> her sei kein Versuch einer Entlastung der Situation<sup>6</sup> zu erwarten. Dr. Kaas lehnt es ab, von sich aus einen Vorschlag zu machen, wie man sich entscheiden solle.

Dr. Stegerwald ergänzt den Bericht D. Ks.<sup>7</sup> Es sei beabsichtigt, den Reichstag jedes Jahr einige Male zusammentreten zu lassen. Man wolle ihn nicht ausschalten, falls er der Regierung keine Schwierigkeiten mache. Die Gewerkschaften müßten sich vom Marxismus frei machen, sonst gäbe es keinen Frieden.

Dr. Brüning. Die Ztr. Fraktion befindet sich in einer Zwangslage. Für die Partei stehen schwere Jahre bevor, einerlei wie man sich entscheide. Sicherheiten für die Erfüllung der Zusagen der Regierung seien nicht gegeben worden. Entscheidend sei, welche Kreise der NSDAP in Zukunft die Macht haben. Wachse Hitlers Macht oder scheitere er, das sei die Frage. Das E. Gesetz sei das Ungeheuerlichste, was je von einem Parlamente gefordert worden wäre. Man möge die Gesamtlage des Vaterlandes und der Partei nicht einer zu leichten Beurteilung unterziehen. Man habe

<sup>1</sup> Ein doppelseitig mit der Hand eng beschriebenes Blatt; im Besitz des Bundesarchivs, Koblenz.

<sup>2</sup> S. Schneider a. a. O., S. 202.

<sup>3</sup> S. Schneider a. a. O., S. 202, Anm. 8 a.

<sup>4</sup> Diese Wendung spricht dafür, daß die von Schneider a. a. O., Anm. 8 a, gestellte Frage, ob Hitler eventuell in den Verhandlungen mit dem Zentrum auch den Abschluß eines Reichskonkordats in Aussicht gestellt habe, wahrscheinlich positiv zu beantworten sein dürfte.

<sup>5</sup> = Deutschnationalen. S. Brüning a. a. O., S. 17; Schneider, a. a. O., S. 205.

<sup>6</sup> Ursprünglich: keine Entlastung; daraus verbessert: kein Versuch einer Entlastung.

<sup>7</sup> = Dr. Kaas.

keinerlei Garantie für eine solide Finanzgebarung der nächsten Jahre<sup>8</sup>. Die Garantien, die die Reichs.Reg. geben wolle, seien keinesfalls gesichert. Unzweifelhaft bestehe Gefahr für die Zukunft der Ztr.Partei. Wäre sie zerschlagen, so könne sie nicht wieder ins Leben gerufen werden. Er sehe sich veranlaßt, die Bedenken und die möglichen Gefahren aufzuzeichnen. Er habe sich für die Wahl Hindenburgs besonders mit dem Argument eingesetzt, er – Hindenburg – sei Garant u. Treuhänder der Verfassung. Nun beständen die größten Gefahren für die gesamte Verfassung, besonders da sich Hindenburg mit dem Erm.Gesetz abgefunden habe. Er – Brüning – könne sich kaum für ein Ja entscheiden, selbst wenn man anerkenne, daß man eine moralische Verantwortung für eine Zustimmung nicht trage.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Die Wiederaufnahme der Fr.Sitzung erfolgt nach Abgabe der Reg.Erklärung in der Kroll-Oper. Auf Vorschlag von Dr. Kaas wird eine Probe-Abstimmung vorgenommen, die kein einmütiges Votum der Fraktion ergibt. Nach längerer Aussprache über das obige Ergebnis ergibt sich der allseitige Wille der Fraktion mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft der Mehrheit der Fraktion zu folgen u. für das Erm.Gesetz zu stimmen. Dr. Kaas wird im Namen der Fraktion eine Erklärung abgeben.

Schluß: 5 Uhr.

## EIN NS-FUNKTIONÄR ZUM NIEMÖLLER-PROZESS

### *Vorbemerkung*

Bei dem hier zum ersten Male veröffentlichten Dokument handelt es sich um einen Bericht über die ersten beiden Sitzungstage des Prozesses gegen Pastor Martin Niemöller, der vom 7. Februar bis 2. März 1938 vor dem Sondergericht II in Berlin-Moabit verhandelt wurde. Der Bericht ist nicht signiert, liegt aber dem Institut für Zeitgeschichte als Fotokopie des Originals vor, das unter der Nummer NG-910 zu den für den Nürnberger Prozeß gesammelten Dokumenten zählt. Der zwölf Schreibmaschinenseiten umfassende Bericht wurde als „Aktennotiz für den Reichsleiter“ (Rosenberg) angefertigt von einem Angehörigen der Dienststelle des „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten weltanschaulichen und geistigen Schulung und Erziehung der NSDAP“. Die Bedeutung des Dokuments liegt vor allem in der einzigartigen Tatsache, daß hier ein nationalsozialistischer Funktionär sich höchst kritisch über die Beeinflussung des Prozesses durch die nationalsozialistische Staatsgewalt ausläßt, bis hin zu dem Schluß: „Hier spricht nicht mehr Deutschland.“ Zur Würdigung des Kirchenkampfes und der Person Niemöllers wären, wie kaum betont zu werden braucht, naturgemäß umfassendere Quellen, an denen es nicht mangelt, heranzuziehen. Immerhin wird der kirchenpolitische Hintergrund für das Verständnis des Dokuments im folgenden kurz zu skizzieren sein.

<sup>8</sup> Vgl. die nachträgliche Argumentation Brünings a. a. O., S. 15.

keinerlei Garantie für eine solide Finanzgebarung der nächsten Jahre<sup>8</sup>. Die Garantien, die die Reichs.Reg. geben wolle, seien keinesfalls gesichert. Unzweifelhaft bestehe Gefahr für die Zukunft der Ztr.Partei. Wäre sie zerschlagen, so könne sie nicht wieder ins Leben gerufen werden. Er sehe sich veranlaßt, die Bedenken und die möglichen Gefahren aufzuzeichnen. Er habe sich für die Wahl Hindenburgs besonders mit dem Argument eingesetzt, er – Hindenburg – sei Garant u. Treuhänder der Verfassung. Nun beständen die größten Gefahren für die gesamte Verfassung, besonders da sich Hindenburg mit dem Erm.Gesetz abgefunden habe. Er – Brüning – könne sich kaum für ein Ja entscheiden, selbst wenn man anerkenne, daß man eine moralische Verantwortung für eine Zustimmung nicht trage.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Die Wiederaufnahme der Fr.Sitzung erfolgt nach Abgabe der Reg.Erklärung in der Kroll-Oper. Auf Vorschlag von Dr. Kaas wird eine Probe-Abstimmung vorgenommen, die kein einmütiges Votum der Fraktion ergibt. Nach längerer Aussprache über das obige Ergebnis ergibt sich der allseitige Wille der Fraktion mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft der Mehrheit der Fraktion zu folgen u. für das Erm.Gesetz zu stimmen. Dr. Kaas wird im Namen der Fraktion eine Erklärung abgeben.

Schluß: 5 Uhr.

## EIN NS-FUNKTIONÄR ZUM NIEMÖLLER-PROZESS

### Vorbemerkung

Bei dem hier zum ersten Male veröffentlichten Dokument handelt es sich um einen Bericht über die ersten beiden Sitzungstage des Prozesses gegen Pastor Martin Niemöller, der vom 7. Februar bis 2. März 1938 vor dem Sondergericht II in Berlin-Moabit verhandelt wurde. Der Bericht ist nicht signiert, liegt aber dem Institut für Zeitgeschichte als Fotokopie des Originals vor, das unter der Nummer NG-910 zu den für den Nürnberger Prozeß gesammelten Dokumenten zählte. Der zwölf Schreibmaschinenseiten umfassende Bericht wurde als „Aktennotiz für den Reichsleiter“ (Rosenberg) angefertigt von einem Angehörigen der Dienststelle des „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten weltanschaulichen und geistigen Schulung und Erziehung der NSDAP“. Die Bedeutung des Dokuments liegt vor allem in der einzigartigen Tatsache, daß hier ein nationalsozialistischer Funktionär sich höchst kritisch über die Beeinflussung des Prozesses durch die nationalsozialistische Staatsgewalt ausläßt, bis hin zu dem Schluß: „Hier spricht nicht mehr Deutschland.“ Zur Würdigung des Kirchenkampfes und der Person Niemöllers wären, wie kaum betont zu werden braucht, naturgemäß umfassendere Quellen, an denen es nicht mangelt, heranzuziehen. Immerhin wird der kirchenpolitische Hintergrund für das Verständnis des Dokuments im folgenden kurz zu skizzieren sein.

<sup>8</sup> Vgl. die nachträgliche Argumentation Brünings a. a. O., S. 15.

Nachdem Hitlers Versuche, die deutsche evangelische Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat gleichzuschalten, im Oktober 1934 endgültig gescheitert waren, herrschte eine gewisse Ratlosigkeit, welchen Weg man weiterhin einschlagen sollte. Es hatte sich erwiesen, daß auch die evangelische Kirche in ihrer Glaubenssubstanz gesund war und über einen weiten Anhang im deutschen Volk verfügte. Sie stellte einen eigenständigen und gewichtigen politischen Faktor dar, den auszuschalten einen großen Aufwand von List und Takt erforderte, wollte man nicht durch einen Frontalangriff die ernstesten Revolten riskieren. Andererseits hatten die Kämpfe um die Gleichschaltung ein Chaos von einander widersprechenden Verordnungen, Prozessen, verwaltungsrechtlichen Zuständigkeiten und beamtenrechtlichen Forderungen, nicht zuletzt aber eine heillose Verwirrung der Kirchenverfassung zurückgelassen, so daß eine Neuordnung der Dinge unerläßlich schien. Immer noch war der Reichsbischof Müller formal im Amt, dessen Zuständigkeit jedoch mit vielen guten theologischen, politischen und juristischen Gründen von der Bekennenden Kirche bestritten wurde, die ihrerseits im November 1934 eine vorläufige Kirchenleitung konstituierte und zum rechtmäßigen Kirchenregiment erklärte. Innerhalb dieser Vorläufigen Kirchenleitung herrschten Spannungen zwischen den in sich geschlossenen lutherischen Landeskirchen von Bayern, Württemberg und Hannover, die eine Politik der Mäßigung vertraten, und dem stark unter der Wirkung der Barthschen Theologie stehenden Flügel der Reformierten, deren Einfluß besonders in der Altpreußischen Union groß war. Andererseits zeigten auch die von den Deutschen Christen beherrschten Landeskirchen, an ihrer Spitze die von Thüringen, keinen Eifer, das Regiment des Reichsbischofs wieder zu stärken, sondern wünschten neue Wege zu gehen. In dieser Situation beauftragte Hitler am 16. Juli 1935 den Reichsminister ohne Geschäftsbereich Kerrl mit der Bildung eines Reichskirchenministeriums, auf dessen Tätigkeit die verschiedenen Interessenten sehr verschiedene Hoffnungen setzten. Hitler selbst kam es wohl zunächst auf nichts weiter an, als daß Kerrl einen Weg fand, die Lage zu beruhigen und die streitenden Parteien unter einem Dach zu vereinigen, gleich welcher Art, wenn nur Ruhe gehalten und die Pläne Hitlers nicht gestört würden, der damals an ganz anderen Dingen Interesse hatte als an einer grundlegenden Auseinandersetzung mit den Kirchen. Gewisse Parteikreise hingegen erwarteten von Kerrl eine aktive Politik allmählicher Erdrosselung der evangelischen Kirche, die Deutschen Christen den Aufbau einer deutschen Nationalkirche; die gemäßigten Teile der Bekennenden Kirche wiederum setzten gedämpfte Hoffnungen auf eine Regelung, welche ihnen eine Koexistenz als Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat ermöglichte, die mit den Bekenntnisschriften und dem christlichen Gewissen vereinbar war. Die einzige Gruppe, die sich von Kerrl von vornherein nichts erhoffte, war der radikale Flügel der Bekennenden Kirche.

Kerrl selbst versuchte die ihm gestellte Aufgabe zu lösen, indem er am 3. Oktober 1935 den sogenannten „Reichskirchenausschuß“ bildete, der unter dem Vorsitz des in der ganzen evangelischen Kirche sehr angesehenen Generalsuperintendenten i. R. D. Zöllner die kirchliche Befriedung und die Zusammenarbeit der gegneri-

schen Parteien erreichen sollte. Die Bemühungen dieses Reichskirchenausschusses und entsprechender Landeskirchenausschüsse waren jedoch aus zwei Gründen zum Scheitern verurteilt: erstens zeigten sich die radikalen Flügel der Deutschen Christen wie der Bekennenden Kirche von vornherein nicht zur Mitarbeit bereit, zweitens wurden die zur Zusammenarbeit Willigen sehr bald ernüchert und entmutigt durch die prinzipielle Feindschaft des nationalsozialistischen Regimes gegen das Christentum, die immer unverhüllter zum Ausdruck kam und keinem etwas weiter Denkenden irgendeine Hoffnung ließ, daß sich die Kirche je mit Hitlers Partei werde arrangieren können. Nachdem es über die Frage der Zusammenarbeit mit dem Reichskirchenausschuß in der Bekennenden Kirche im Februar 1936 zwischen den zur Mitarbeit bereiten Lutheranern und den jedes Entgegenkommen ablehnenden Reformierten der Barthschen Richtung zu einem Bruch gekommen war, scheiterten ein Jahr später die Bemühungen Zöllners endgültig. Als ihm von der Polizei nicht gestattet wurde, nach Lübeck zu reisen, um in einen Streit zwischen Pastoren der Bekennenden Kirche und der Deutschen Christen einzugreifen, traten er und mit ihm der Reichskirchenausschuß am 12. Februar 1937 zurück.

Kerrl antwortete auf diesen Schritt tags darauf mit einer wilden Rede gegen die Kirchen und drohte die schärfsten staatlichen Zwangsmaßnahmen an, die der Kirche ihre Unabhängigkeit endgültig genommen, jedoch unter Umständen auch eine Krise in Deutschland hervorgerufen hätten. Das aber konnte Hitler bei seinen damaligen Bemühungen, außenpolitische Freunde zu gewinnen und das Reich im Innern für seine Expansionspläne zu stärken, unter keinen Umständen wünschen. Er piff deshalb seinen Minister zurück und ordnete am 16. Februar an, die Wahl einer evangelischen Generalsynode vorzubereiten. Welche politischen Gefahren auch eine solche Abstimmung mit sich brachte, die nicht so leicht zu dirigieren war wie eine politische Wahl und unter Umständen zu einem Plebiszit gegen das Regime hätte werden können, machte sich die nationalsozialistische Führung erst klar, nachdem die Anordnung bereits ergangen war. Die Folge davon war, daß man den Führererlaß nicht durchführte, sondern zunächst von Monat zu Monat die Festsetzung eines Wahltermins verschob, bis Minister Kerrl am 23. November in einer Rede erklärte, die Kirchenwahlen müßten wegen der chaotischen Zustände, die in der Kirche herrschten, auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Statt dessen griff man nun doch zu Gewaltmaßnahmen, ging dabei jedoch nicht den Weg, den Kerrl im Auge gehabt hatte, der die Freiheit der Kirche durch neue Verordnungen einschränken wollte, sondern versuchte es mit Verwaltungs- und Polizeiterror, der sich durch das ganze Jahr 1937 hauptsächlich auf die Bekennende Kirche konzentrierte. Über 800 Mitglieder der Bekennenden Kirche wurden in diesem Jahre verhaftet und zum Teil vor Gericht gestellt, das Leben der Gemeinden versuchte man durch allerlei Verwaltungsmaßnahmen gegen außerkirchliche Veranstaltungen, gegen Kollekten, Ausbildung des theologischen Nachwuchses usw. zu erdrosseln. Im Juni erreichte die Verfolgung ihren Höhepunkt, als die Gestapo in eine Kirche eindrang und aus einer dort stattfindenden Sitzung des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche heraus mehrere Teilnehmer festnahm. Wenige Tage später, am 1. Juli 1937, wurde Martin Nie-



möller verhaftet und unter Anklage gestellt wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz, wegen Kanzelmißbrauchs, wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Verordnungen und wegen Zuwiderhandlungen gegen ministerielle Anordnungen.

Der Prozeß gegen Niemöller vor dem Sondergericht war zunächst auf den 10. August 1937 angesetzt worden; der Termin wurde dann auf den Oktober und dann weiter verschoben, bis endlich am 7. Februar 1938 die Verhandlung begann. Die Verteidiger Niemöllers hatten eine so gründliche und umfassende Verteidigungsschrift vorgelegt, daß das Gericht sehr viel Zeit brauchte, um sich entsprechend in die kirchenrechtliche und theologische Materie einzuarbeiten; andererseits fehlte es der Anklage an dem nötigen Material. Niemöllers drei Anwälte, die bereits im Juni 1937 mit Erfolg den Versuch vereitelt hatten, den Bruderrat der Bekennenden Kirche der Altpreußischen Union durch ein Gerichtsverfahren auszuschalten, wurden einmal von Ehlers wie folgt charakterisiert: „Hahn, der gewiegte alte Strafverteidiger Berlins, mit einer über vierzigjährigen Praxis, Koch, der als Anwalt der Großbanken in Berlin bekannt war, mit aller Verbindlichkeit in der Form, aber sachlich schneidend scharfer Beweisführung, und Holstein mit der ihm in immer steigendem Maße wichtig werdenden Verantwortung von der Substanz her, die den sonst so nüchternen Mann bei den Plädoyers zu einem Pathos, das von echter kirchlicher Überzeugung getragen war, hinriß.“<sup>1</sup> Obwohl die politische Führung, wie das nachfolgende Dokument höchst anschaulich bezeugt, den Prozeß über das Justizministerium zu beeinflussen suchte, vermochte das Gericht unter dem Vorsitz von Landesgerichtsdirektor Hoepke eine saubere und gegen den Angeklagten außerordentlich faire Verhandlung zu führen, so daß Niemöller später selbst sagen konnte, der Prozeß sei im ganzen absolut einwandfrei gelaufen, und die Richter hätten sich tadellos verhalten. Dem Vorsitzenden gelang es, die Versuche des Oberstaatsanwalts, die Aussagen der Entlastungszeugen zu begrenzen oder zu beschränken, zu vereiteln; er behandelte vielmehr diese Zeugen betont wohlwollend; gegenüber Niemöller vermied er das Wort „Angeklagter“. Niemöller selbst baute seine Verteidigung darauf auf, daß sein Kampf den Deutschen Christen gelte und nicht der Staatsgewalt als solcher, daß aber andererseits die Ungeschicklichkeit und Böswilligkeit gewisser staatlicher Funktionäre kirchliche und rechtliche Interessen verletzten und damit an das Heiligste im Volke rührten, was dagegen er (Niemöller) zu verteidigen sich bemühe. Eine Sensation des Prozesses war es, als der als Zeuge geladene Geheimrat Sauerbruch seine Aussage mit dem Satz schloß: „Wollte Gott, wir hätten in Deutschland noch mehr solche Pfarrer!“

Am 2. März 1938 wurde das Urteil verkündet, das auf sieben Monate Festungshaft und 2000 Mark Geldstrafe lautete, die beide durch die Untersuchungshaft abgegolten waren. Niemöller kam jedoch nicht frei, sondern wurde noch am Tage der Urteilsverkündung von der Gestapo aus dem Untersuchungsgefängnis geholt und ins Konzentrationslager gebracht, das er bis zum Zusammenbruch nicht mehr verlassen sollte.

*Hans Buchheim*

<sup>1</sup> Hermann Ehlers, Horst Holstein. In: Lebensbilder aus der Bekennenden Kirche, hrsg. v. Wilhelm Niemöller, Bielefeld 1949, S. 51.

Aktennotiz für den Reichsleiter.<sup>1</sup>

Betr. Niemöller-Prozeß am 7. und 8. Februar 1938 vor dem Sondergericht II in Moabit (Neues Kriminalgericht).

## I. Übersicht über den Prozeßverlauf.

Am 7. Februar vorm. 9.30 Uhr begann der Prozeß. Geladen waren 42 vom Angeklagten benannte Zeugen, denen m. W. als Belastungszeugen ein Kriminalassistent und ein Kriminalassistentenanwärter gegenüberstehen. Die Zeugen wurden alsbald entlassen, um nach Bedarf einberufen zu werden.

Der Vorsitzende verlas den Eröffnungsbeschluß: Kanzelmißbrauch und Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der Staatsanwalt forderte anschließend sofort Ausschluß der Öffentlichkeit. Zulassungen von Behördenvertretern bedurften besonderer Genehmigung des Gerichts. Dem Antrag wurde stattgegeben, nachdem Niemöller und seine 3 Verteidiger sich energisch für Beibehaltung der Öffentlichkeit ausgesprochen hatten. Ihre Argumentation war folgende: Um auch jeden Schein einer geknebelten Justiz zu vermeiden – dieser Vorwurf sei heute öfters in der Welt draußen zu hören –, sei es aus Gründen des Prestiges des Reiches erforderlich, vor aller Öffentlichkeit zu verhandeln, zumal keinerlei Staatsgeheimnisse, sondern in der Anklageschrift bereits genau festgelegte Vergehen gegen bestimmte Paragraphen zur Beurteilung vorlägen. Der Staatsanwalt beharrte bei seinem Antrage. Nun entspann sich eine heftige Debatte über die Zuzulassenden. Der Staatsanwalt lehnte die Vertreter der Bekenntnisfront (B.K.) ab, für die Zulassung der Vertreter des Beauftragten des Führers für die geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP. sah er „keine Veranlassung“. Das Gericht beschloß, die B.K. zuzulassen. Den einen noch zur Erörterung stehenden Vertreter des Reichsleiters Alfred Rosenberg lehnte es ab. Inzwischen hatte sich Reichsamtseiter Dr. Ziegler mit der Staatsanwaltschaft energisch ins Benehmen gesetzt. Der Staatsanwalt setzte daraufhin einen Vertreter des Reichsleiters gegenüber einer großen Zahl von Vertretern der B.K. durch, da er neben der B.K. auch als Vertreter einer Weltanschauung in Betracht käme. Dieses beschämende Schauspiel ging vor den Augen und Ohren der B.K. vonstatten! (vgl. dazu Dr. Zieglers Bericht).

Um 12 Uhr begann die Vernehmung des Angeklagten, der sich insgesamt  $3\frac{1}{4}$  Stunden über seinen Lebenslauf – übrigens sehr packend und dabei durchaus schlicht – äußerte. Um 16.30 wurde die Sitzung geschlossen und auf den 8. Februar 9.30 vertagt.

Die Sitzung am 8. Februar begann mit  $2\frac{1}{2}$ stündiger Verspätung. Auf den Korridoren des Gerichts sah man Staatsanwaltschaft, hohe zugelassene Juristen, so den Ministerialdirektor Krohne vom Reichsjustizministerium, den Gerichtspräsidenten u. a., geschäftig hin und her laufen. Krohne verhandelte mal mit dem Gericht, mal wieder mit der Staatsanwaltschaft. Dieses die Unabhängigkeit des Gerichts in Frage stellende Gebaren wurde, wie die Gestapo feststellte, von dem Vertreter der United Press beobachtet. Ich brachte beim Vertreter des Propagandaministeriums in Erfahrung, daß die Kläger – die Reichsminister Kerrl, Dr. Goebbels und Dr. Gürtner – stärksten Wert auf Ausschluß der B.K. legten. Offenbar liefen die langen Verhandlungen vor der Sitzung in dieser Richtung. Es wurde auch, feststellbar für jedermann, von hohen Justizbeamten eifrig telefoniert. Irgendwie war also die „Welt draußen“ eingeschaltet. Daß man das feststellen konnte, ja mußte, machte einen geradezu peinlichen Eindruck. Endlich begann die Sitzung. Der Staatsanwalt beantragte Ausschluß der B.K.-Vertreter. Er begründete diesen Antrag mit den Aus-

<sup>1</sup> In der rechten oberen Ecke handschriftlich „Amt III“.

landsbeziehungen der B.K. Niemöller und die Verteidigung widersprachen, übrigens mit bestechenden Argumenten und sehr wirksam in der Form, diesem Antrag. Sie wiesen auf alle Eventualitäten hin. Das tat dann für sich auch der Staatsanwalt, der die Staatssicherheit ins Feld führte. Vertagung auf eine Stunde trat ein. Nach Wiederezusammentritt des Gerichts wurde dem Antrag des Staatsanwalts stattgegeben. Die Verteidigung wurde daraufhin von Niemöller entpflichtet. Die Vertreter der B.K. wurden ausgeschlossen und verließen den Saal. Niemöller selbst erklärte, seinerseits nur noch als „lebender Leichnam“ an dem Prozeß teilzunehmen, also in Zukunft zu schweigen. Wieder 1½ Stunde Pause, während welcher ein Officialverteidiger herangeholt wurde. Bei Beginn der neuen Sitzung versagte Niemöller diesem die Vollmachten und seine persönlichen Akten. Die Verhandlung wurde auf Antrag des Verteidigers bis 19. II. 9.30 ausgesetzt.

## II. Zu einzelnen Punkten des Prozesses.

Die Darstellung, die N. von seinem Leben gab, verfehlte wohl nirgends ihre Wirkung. Er schilderte seine Jugend, seine Laufbahn als Seeoffizier, dann als Freikorpskämpfer und Landarbeiter, schließlich als Pfarrer. Er bezeichnete sich als Torpedospezialisten, ein Ruf, der ihm auch heute hinsichtlich seiner pfarramtlichen Tätigkeit vorausgehe. Er verstand es, ohne sich zu beweihräuchern, die hohe Leistung seines militärischen Lebens „als kaiserlicher Offizier“ ins rechte Licht zu rücken. Sehr wirksam schilderte er die Geschichte des Pfarrhauses, aus dem er kommt: 8 Seeoffiziere, darunter einige Träger des Ordens Pour le mérite, seien aus ihm in jüngster Vergangenheit hervorgegangen. N.s Darstellung fand ihre Unterstreichung durch die Zeugnisse der Admirale Lützwow und v. Scholz, die als denkbar beste Leumundzeugnisse zu bezeichnen sind. Danach muß N. ein hervorragender Offizier gewesen sein. Der Vorsitzende verlas diese Zeugnisse, in denen u. a. steht, die Admirale könnten sich bei N. unter gar keinen Umständen so etwas wie vaterländischen Verrat u. ä. vorstellen. Im übrigen sei er ein Feind jeder Art von Republik von jeher gewesen. Daran knüpfte N. dann an und schilderte, wie er seit 1924 stets die NSDAP. gewählt habe. Im Gegensatz zu seinem Bruder, der auch Pfarrer geworden und der Partei bereits 1923 beigetreten sei, habe er die Auffassung vertreten, ein Geistlicher solle sich nicht an eine Partei direkt binden. Im übrigen entwarf N. ein packendes Bild von seinen U-Bootfahrten, von seiner Einfahrt in Kiel am 30. 11. 1918 mit wehender Kriegsflagge, von seiner Weigerung, sein Boot selbst nach England zur Auslieferung zu fahren, wie von der anderen, in Uniform ohne Offiziersdolch auszugehen. Er meinte, er habe dem Befehl, den Dolch abzulegen, entgegnet, er müsse, da er in jedem Augenblick in der Lage sein wollte, jedem, der ihn anrempeln sollte, sofort den Dolch zwischen die Rippen zu stoßen. Dem Freikorpskämpfer N., der eine Abteilung Offiziere nach der Revolte von 1918 zur Reinigung Westfalens vom roten Pöbel ansetzte und führte, hat Generalleutnant von Watter ein nicht weniger hervorragendes, vom 10. August 1937 datiertes Zeugnis ausgestellt wie die Admirale. N. wollte nach dem Kriege zunächst Bauer werden. Infolgedessen verdingten sich seine Frau und er als Magd und Knecht. In der Inflation zerrann das Vermögen. An den Kauf eines Gutes war nicht zu denken. So entschloß sich N., Theologe zu werden, um, wie er sagte, dem seelisch zerrissenen und weithin entwurzelten deutschen Volke mit einer unverlierbaren, weil ewigen Gabe, dem Worte Gottes, zu dienen und so zur Auferstehung Deutschlands beizutragen. Wie alle seine Prüfungen legte N. auch die beiden theol. Examina mit dem Prädikat „vorzüglich“ ab. Er war zunächst in Westfalen, auch bei D. Zöllner, tätig und kam 1931 nach Dahlem. Hier fand er von D. Lang und D. Eger, seinen Vorgängern, her bereits eine große Gemeinde vor aus allen Teilen Berlins und darüber hinaus. Die eingeworfene Frage des Vorsitzenden, man hätte von

Luxusautos, von Meckerern und Juden als Zuhörern vernommen, beantwortet N. folgendermaßen. Selbstverständlich bestritte er nicht die Anwesenheit von Luxusautos, die am Sonntag vor der Kirche gehalten hätten, beispielsweise hätte schon das Luxusauto des Ministerialdirektors Lauterbrunn (?) ins Auge fallen müssen. Es berühre ihn aber merkwürdig, daß man sich ausgerechnet mit den Luxusautos vor seiner Kirche beschäftige, während man doch solche sicher auch anderswo sehen könnte. Im übrigen sei seine Gemeinde buchstäblich eine Gemeinde „vom Minister bis zur Waschfrau“ gewesen, die sich in den Ministerien nur auf den Korridoren, bei ihm aber am Abendmahlstisch getroffen hätten. Doch nicht auf diese Dinge komme es an, sondern auf etwas ganz anderes. Ihm gehe es nicht um Kleinigkeiten, sondern um das Christentum nach Schrift und Bekenntnis. Als Nationalsozialist habe er dabei ein gutes Gewissen. N. verlas hierauf 2 Seiten aus „Mein Kampf“, dann ein Kapitel Neues Testament, schließlich eine Predigt aus dem Jahre 1932 über die Führerfrage. Er stellte fest, alles andere als ein weltfremder Pastor zu sein. Allerdings in die Tagespolitik selbst wolle er sich nicht einmischen, in keiner Weise. Er habe das nur einmal getan. Das war 1933, als der Führer den Austritt aus dem Völkerbund vollzog und N. durch einen Freund in der Wilhelmstraße noch in derselben Nacht davon in Kenntnis gesetzt wurde. Daraufhin habe er sofort an den Führer ein Glückwunschtelegramm gerichtet, wohl das erste, das der Führer zu diesem Schritt bekommen habe. Sonst aber ginge es ihm, N., allein um das Evangelium. In diesem Zusammenhange äußerte er sich ausführlich zur Arierfrage in der Kirche. Die Juden seien ihm unsympathisch und fremd. Das dürfe man ihm, dem Sproß einer alten westfälischen Bauern- und Theologenfamilie, dem ehem. kaiserlichen Seeoffizier, schon glauben. Aber: es gehe von der Schrift her nicht an, die Taufe durch den Stammbaum auszuwechseln. Wir dürften Gott nicht nach unserem Bilde, dem arischen Bilde, formen, sondern müßten ihn so nehmen, wie er sei: offenbar geworden in dem Juden Jesus von Nazareth. Dieses gewiß peinliche und schwere Ärgernis müsse um des Evangeliums willen hingenommen werden. Nun hatte N. die theologische Grundlage für seinen Angriff auf Ludwig Müller und Kerrl hergestellt, denen er vorwarf, das echte Evangelium umgemodelt zu haben nach ihrem Geschmack. Mit anderen Worten: Der Angeklagte N. machte Müller und Kerrl zu Angeklagten, ohne übrigens ausdrücklich etwas über beider staatliche Sanktionierung zu sagen. Offensichtlich machte N. aber seine Ausführungen um dieses Gesichtspunktes willen. Der Staat hat ihn angeklagt. Nun klagt er den Staat an. In seinen weiteren Ausführungen kam er auf Einzelheiten des Kirchenkampfes zu sprechen, die er in der Hauptsache – bis auf eine Zahlenangabe – zutreffend schilderte. Man muß sagen, N. ist gut unterrichtet. Er wußte z. B. von einem Verordnungsblatt, das „der Staatskommissar“ Jaeger bereits hatte drucken lassen, ohne es dann zu veröffentlichen, wonach Jaeger 1933 80 % Deutsche Christen als Wahlergebnis angeordnet habe. Weiter schilderte er die Vorgänge am 25. 1. 1934 in der Reichskanzlei, wo es ihm „nicht sehr gut gegangen“ sei. Aber: am Schluß habe ihm der Führer die Hand gegeben und zu ihm etwas gesagt. Auch er habe etwas gesagt. Er glaube, der Führer und er hätten einander verstanden. Ministerpräsident Göring habe ihn dann auf die Auslandsbeziehungen der B.K. angeredet. N. habe um Beweise gebeten für diese „ungeheuerliche“ Behauptung. Göring habe ihm diese Beweise zugesagt. Er habe sie bis heute nicht erhalten. Auch mit Minister Kerrl habe er im August 1935 ein langes Gespräch gehabt und dem Minister auf Befragen gesagt, wie man die Befriedung der Kirche in Gang bringen könnte. Tatsächlich habe Kerrl dann das volle Gegenteil von dem getan, was N. vorgeschlagen habe. Der Erfolg spreche nicht für Kerrl. Interessant war auch, daß N. sich für die lutherische und nicht reformierte Auffassung von Röm. 13 einsetzte, wonach der Obrigkeit in jedem Falle Gehorsam zu leisten sei. Der Widerspruch gegen Maßnahmen der Obrigkeit kann danach nur

in der Predigt, nicht mit der Tat zum Ausdruck kommen. Das ist lutherische Lehre, zu der sich N. bekannte. Diese theologisch zweifellos saubere Argumentation zeigt, wie N. es klug versteht, der gegen ihn erhobenen Anklage grundsätzlich, und zwar vom Bekenntnis her, den Boden zu entziehen. Wieder also hat die Anklage eine Verschiebung erfahren. Angeklagt ist jetzt das Bekenntnis der auf der Bibel ruhenden lutherischen Kirche. In diesem Sinne konnte N. sagen: der Prozeß habe zu entscheiden zwischen Offenbarungsreligion und mystischer Religion. Mit dieser Feststellung, der niemand widersprach, endete der erste Tag.

Am zweiten Tag ging es um die Art der Prozeßführung: öffentlich oder nicht-öffentlich. Der Staatsanwalt griff die B.K. auf Grund eines Artikels in der „Pariser Tageszeitung“ an, in dem allerlei über den Prozeß gesagt war, was nur auf dem Wege von Auslandsbeziehungen nach Paris hätte kommen können. Dem trat die Verteidigung wirksam entgegen. Tatsächlich ständen in dem Artikel lauter Dinge, die längst bekannt seien. Termin, Namen der Verteidiger, Anklage. Die Verteidigung selbst sei durch einen Auslandspressereferenten (!) vom Termin verständigt worden! Weiter bezichtigte der Staatsanwalt die B.K., sie rotte sich bereits jetzt wieder zusammen. Die Verteidigung erwiderte: Jawohl, um für N. zu beten. Solange es Christen gäbe, würden diese beten. Das könne auch der Staatsanwalt nicht verhindern. Im übrigen fühlte sich die Verteidigung, deren Anwälte sämtlich der B.K. angehörten, in ihrer Ehre gekränkt durch des Staatsanwalts Ausführungen, die doch so klängen, als machte er auch der Verteidigung zum wenigsten unbewußt den Vorwurf staatspolitischer Unzuverlässigkeit. Vor allem aber: wer wolle es wagen, ihn, Justizrat Hahn, den der Vorsitzende seit Jahrzehnten kenne, oder einen anderen Herrn der B.K., der anwesend sei, nach dieser Richtung hin zu bezichtigen! Der zweite Anwalt, Koch, erinnerte daran, gestern vor 50 Jahren habe Bismarck gesagt: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt.“ Danach gedenke die Verteidigung zu handeln, die nicht gewillt sei, den Ausschluß der B.K. hinzunehmen. Der dritte Anwalt, Holstein, wurde noch deutlicher, indem er auf die Möglichkeit hinwies, daß N. die offensichtliche Herabwürdigung der B.K. nicht zu ertragen bereit sein könnte, die Verteidigung entpflichtete und selbst schweige. N. selbst nahm das Wort in dieser Richtung. Der Staatsanwalt beharrte auf seinem Antrag. Dann gab N. eine Erklärung ab, in der er seine Verteidigung entpflichtete. Er selbst werde nur noch als lebender Leichnam anwesend sein. Den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit der B.K. suchte er nochmals mit dem Hinweis auf sein Gespräch mit Göring zu entkräften. Das Gericht erinnerte N. an das Wort des Neuen Testaments: „Er aber schwieg stille.“ Es stehe in der Passionsgeschichte. Er gedenke, sich danach zu richten.

### III. Eindrücke des Berichterstatters.

Meine Eindrücke und mein Urteil werden entscheidend bestimmt von folgender Feststellung.

An einer Stelle hat N. (nach Ausschluß der B.K.) von den „nun noch anwesenden Vertretern antichristlicher Weltanschauungen“ gesprochen, ohne zurechtgewiesen zu werden. Ich meldete daraufhin nach Rücksprache mit meinem Amtsleiter und dem Vertreter des Stabes Heß eine Erklärung an. Deren Verlesung wurde abgelehnt, da zu den Ausführungen des Angeklagten zunächst der Staatsanwalt das Wort erhalten müsse. Nach Schluß der Sitzung trat der Staatsanwalt an mich heran. Er erklärte mir, er wolle am 19. Februar diese Äußerungen N.s scharf zurückweisen. Im übrigen aber – und das gab mir schwer zu denken – benötigte er wirklich stichhaltiges Material gegen Niemöller und die B.K., das er vom Amt Rosenberg zu bekommen hoffe (!). Ich sagte ihm, ich könnte darüber gar nichts sagen, da über das

Material, das vielleicht vorhanden sei, allein der Reichsleiter selbst zu verfügen habe. Der Staatsanwalt beabsichtigt nun, sich an den Reichsleiter selbst schriftlich zu wenden. Hier wird also ein Prozeß geführt, dem es an stichhaltigem Material mangelt. Der Angeklagte sitzt seit mehr als 7 Monaten in Untersuchungshaft. Ich hatte nicht allein den Eindruck, daß man deshalb so stark auf den Ausschluß jeder Öffentlichkeit bedacht war, weil man dieser Öffentlichkeit mit keinerlei durchschlagenden Anklagepunkten aufwarten kann. Nach 7 Monaten fängt man an, bedenklich gegen sich selbst zu werden! Nimmt man hinzu, daß das Gericht am 7. Februar einen Antrag des Staatsanwalts ablehnte, den es am 8. Februar offensichtlich unter Druck – der Ministerialdirektor der Justiz lief dauernd vor aller Augen mit dem Gesetzbuch vom Gericht zum Staatsanwalt und umgekehrt, dazwischen telefonierte er lebhaft – annahm, dann rundet sich das Bild. Wenn ich mein persönliches Urteil, dem der Vertreter der R.J.F. zustimmte, äußern darf, so kann ich nur sagen: Dieser Prozeß gehört zu dem Beschämendsten und Unwürdigsten, was ich jemals erlebt habe. N. und die Verteidigung haben es erreicht, daß er, wird er verurteilt, nun als Märtyrer großen Stils dasteht. Wichtiger ist aber nach meiner Auffassung, daß es eines großen Staates und Reiches unwürdig ist, mit Mitteln, wie sie bisher angewandt wurden, vorzugehen. Ich bin davon überzeugt, daß das Ausland von diesen Vorgängen Kenntnis erlangt. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß der Vertreter des Stabes Heß, Dr. Menne-München, und der Vertreter des SD., Pg. Jahrmann, ähnlich denken. Ihnen ging die von ihnen so genannte Unfähigkeit des ganzen Gerichts schwer gegen den Strich. Ich nehme an, daß die Welt von der Abwürgung eines wehrlos gemachten Christen o. ä. sprechen wird. Der Anschein, und leider nicht nur er, geben ihr schon heute recht. Unerträglich aber muß ich es finden, wenn der Vertreter des Propagandaministeriums die Auffassung vertritt, man hätte N. rechtzeitig „unschädlich“ machen und „verschwinden“ lassen sollen. Sowohl der Vertreter der HJ. wie ich widersprachen solchen Gedankenengängen. Nach unserer Meinung sind das G.P.U.-Methoden. Hier spricht nicht mehr Deutschland.

Abschließend möchte ich sagen:

Nach meiner Meinung geht es jetzt schon nicht mehr um die Frage der Verurteilung oder Nichtverurteilung Niemöllers. So wie das Gericht es tat, kann und darf man mit der Ehre und der Freiheit keines deutschen Mannes umgehen. Ich habe mich, wie ich offen bekenne, für ein Gericht geschämt.

Wie die Anklageschrift zeigt, handelt es sich in diesem Prozeß in erheblichem Maße um eine Entlastungsoffensive für Minister Kerrl. Es kann und darf m. E. in Deutschland, um der germanischen Charakterwerte willen, keine solchen Prozesse geben. Hier regiert die nur schneidige, kalte Staatsmaschine, die das Volk und den Volksgenossen – auch Niemöller ist Volksgenosse und vor dem Gesetz nicht ein Deut weniger als Kerrl – aus dem Auge verloren hat.

Berlin, den 10. Februar 1938

## Forschungsberichte

HELMUT SLAPNICKA

### DIE GESCHICHTE DER TSCHECHOSLOWAKEI IN NEUER SICHT

Tschechisches und slowakisches Schrifttum seit 1948 zur Zeitgeschichte

Die neueste Geschichte beschäftigt heute die tschechischen Historiker in einem außergewöhnlichen Maße, Darstellungen der Geschichte seit dem ersten Weltkrieg nehmen unter den historischen Publikationen weitaus die erste Stelle ein. Die *Periodisierungsversuche* des neuen Hochschullehrbuches und des Leitfadens für Mittelschulen stimmen darin überein, daß ein volles Drittel ihres Umfangs der Darstellung der Zeit seit 1918 gewidmet wird. Für 37 Jahre werden also ebensoviel Seiten der Darstellung bzw. ebensoviel Stunden im Vortrag verwendet, wie für die Jahrhunderte bis 1781 bzw. 1848. Maßgebend für diese Stoffverteilung war ein Beschluß des Präsidiums des Zentralkomitees der KPTsch vom 28. Mai 1951, der für die Behandlung der neuesten Zeit – und darunter wird die Zeit seit der Oktoberrevolution in Rußland verstanden – einen breiteren Raum vorschrieb. In einem Rückblick auf ihre beiden ersten Jahrgänge konnte die führende tschechische historische Zeitschrift, der seit dem Jahre 1953 erscheinende „Československý časopis historický“, ihren dritten Jahrgang (1955) mit der Feststellung eröffnen: „Zum Unterschied von bourgeoisen historischen Zeitschriften, in denen die mittelalterliche Thematik absolut dominierte, in denen verächtlich auf die Gegenwart als einen für die Geschichtsforschung ungeeigneten Zeitraum herabgeblickt wurde, widmet unsere Zeitschrift das Hauptaugenmerk der neuesten Geschichte.“

Die Umwertung der bisherigen Auffassungen und die Verlagerung des Schwerpunktes der Geschichtsschreibung kommen besonders drastisch in den Worten des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, Prof. Zdeněk Nejedlý, zum Ausdruck, der kürzlich erklärt hat:<sup>1</sup> „Etwas hat mich in Prag immer geschmerzt, die Tatsache, daß am stärksten jenes Prag betont wurde, das jeden, der sich einigermaßen in unsere Geschichte eingelebt hat, gerade an die traurigsten Zeiten unseres Volkes erinnert – dieses berühmte Prager Barock! Ich glaube, daß es höchste Zeit ist, daß wir endlich – und gerade wir, die Avantgarde einer anderen, besseren Welt – auf etwas anderes hinweisen als auf diese stolzen Dome und barocken Paläste. Und in der Tat haben wir etwas, dessen wir uns rühmen können, wir können auf die Stelle hinweisen, wo im Jahre 1912 die Prager Konferenz stattfand, auf der sich unter Lenins persönlicher Leitung eine wirklich bolschewistische Partei konstituierte und wo erstmalig Stalin in die Parteileitung gewählt wurde.“

Diese Leugnung aller Werte vergangener Jahrhunderte, verbunden mit einer geradezu grotesken Überbetonung der jüngsten Vergangenheit, ist erforderlich ge-

<sup>1</sup> „Rudé právo“ vom 9. 7. 1954.

worden, damit man die vielfachen Fäden um so leichter zerschneiden kann, welche die tschechische Geschichte mit dem Westen verbinden, und um die heute hergestellte enge Anlehnung an die Sowjetunion auch historisch motivieren zu können. Es ist die Aufgabe der Geschichts„wissenschaft“, diese ein für allemal feststehende Grundthese der neuen Geschichtsauffassung durch neue Einzelheiten zu belegen und zu einem, seine inneren Widersprüche möglichst verdeckenden Gesamtbild zu vereinigen.

### Die russische Oktoberrevolution und die Entstehung der Tschechoslowakei

„Während des Bestehens der vor-münchener Republik versuchte die Bourgeoisie, den Charakter des 28. Oktober 1918 zu verfälschen und ihn als den Tag darzustellen, an dem das tschechische und slowakische Volk nach dreihundertjähriger Unterwerfung seine Selbständigkeit aus den Händen der westlichen Verbündeten zurück-erhielt; verschwiegen wurden der Anteil des Volkes selbst und die geschichtlichen Zusammenhänge mit der Großen sozialistischen Oktoberrevolution. Das Volk sollte vergessen, daß der 28. Oktober der Feiertag des kämpfenden und siegreichen Proletariates ist.“ So formulierte Čestmír Suchý im „Rudé právo“<sup>2</sup> die neue offizielle Auffassung über die Gründung der Tschechoslowakei, und die „Nová mysl“, das theoretische und politische Organ der KPTsch, sprach von einem „typischen Versuch einer kosmopolitischen Geschichtsfälschung“: Die „Legende vom 28. Oktober 1918“ habe völlig die Bedeutung der großen sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland für die Entstehung der Tschechoslowakei verschwiegen und durch die „Wilson-Legende“ ersetzt.

„Ohne Große sozialistische Oktoberrevolution gäbe es keine Tschechoslowakei“ ist der Titel einer Untersuchung von Křížek und Říha<sup>3</sup>, die den Einfluß des Umsturzes in Rußland auf den Untergang Österreich-Ungarns in neuem Licht zeigen will, während Zdeněk Šolle<sup>4</sup> vor allem die Unruhen im Innern Österreichs und an der Front in den Jahren 1917 und 1918 als die Ursachen für den Zerfall Österreichs und die Entstehung der Nachfolgestaaten herausarbeitet. Beide Darstellungen haben sich in die Aufgabe geteilt, die Gedanken Gottwalds auszuführen, die dieser 1948 vor dem Zentralkomitee der KPTsch entwickelte: „Die Oktoberrevolution hat der Österreichisch-Ungarischen Monarchie den Todesstoß versetzt, die Forderung auf Selbstbestimmungsrecht der Völker erhoben und den Befreiungskampf der unterdrückten slawischen Völker entfacht.“ Eine Auswirkung der Oktoberrevolution sei

<sup>2</sup> Vom 27. 10 1949.

<sup>3</sup> Jurij Křížek, Oldřich Říha: Bez Velké říjnové socialistické revoluce by nebylo Československa – Ohne Große Sozialistische Oktoberrevolution gäbe es keine Tschechoslowakei. Prag 1951. Verlag Rovnost.

<sup>4</sup> Zdeněk Šolle: Dělnické hnutí v českých zemích za imperialistické války – Die Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern während des imperialistischen Krieges. Prag 1952. Verlag Rovnost.



es gewesen, daß in den ersten Wochen des Jahres 1918 eine Streikwelle Österreich erfaßte und Arbeiterräte gebildet wurden. Den sichtbarsten Niederschlag habe die Oktoberrevolution im Generalstreik vom 14. Oktober 1918 gefunden, der die ganze Monarchie lähmte und ihren Zerfall beschleunigte: „Der Beginn der Zerschlagung Österreich-Ungarns und damit auch der Beginn der Existenzmöglichkeit der Tschechoslowakischen Republik war die Große Oktoberrevolution.“<sup>5</sup>

Mit der bisherigen „Version“ der Entstehungsgeschichte der Tschechoslowakei setzt sich der Dekan der Fakultät für internationale Beziehungen der Prager Karlsuniversität, J. S. Hájek<sup>6</sup>, auseinander, der im Auftrag des Instituts für Geschichte der KPTsch den Einfluß der „westlichen Imperialisten“ auf die Entwicklung des tschechischen und slowakischen Volkes und die Bedeutung der Befreiungsrolle der Amerikaner untersucht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß kein einziger bourgeoiser Staatsmann für die Idee eingetreten sei, das tschechische und slowakische Volk von der österreichischen Herrschaft zu befreien, sondern lediglich die russischen Bolschewiken, vor allem Stalin in seiner Schrift über „Marxismus und die nationale Frage“, diesen Gedanken schon vor dem Weltkrieg ausgesprochen hätten. Vor allem Wilson habe alles getan, was in seiner Macht stand, Österreich-Ungarn zu erhalten; erst als feststand, daß die Völker Österreich-Ungarns, durch die Oktoberrevolution und die Ideen der leninistisch-stalinistischen Nationalitätenpolitik angeregt, die Herrschaft der Habsburger abzuschütteln trachteten und ihr Kampf revolutionäre Formen annahm, habe sich Wilson zur Veröffentlichung seiner 14 Punkte entschlossen, freilich nicht, um diesen Völkern zur Freiheit zu verhelfen und ihren Kampf zu unterstützen und zu beschleunigen, sondern um sie zu desorientieren, die Revolution zu verlangsamen und zu verhindern, daß diese Völker eine Regierungsform annahmen, die den Bedürfnissen und Wünschen der Volksmassen entsprochen hätte. Zweck dieser Ideologie sei gewesen, die Volkskräfte zu demobilisieren und das Verständnis des Volkes für die Zusammenhänge des politischen Geschehens zu verhindern. Dem tschechischen Volk sollte vor Augen geführt werden, daß es ein kleines und schwaches Volk sei, das in der Geschichte Europas keine Rolle spielt. Dieser Auffassung werden die Worte Gottwalds gegenübergestellt: „Wir sind nicht mehr klein und schwach, wie liegen auch nicht an der Peripherie des Weltgeschehens; gemeinsam mit der sozialistischen Sowjetunion und den übrigen volksdemokratischen Staaten stehen wir an der Spitze der Weltgeschichte, an der Spitze des Weltfortschritts als Erbauer einer neuen, höheren, humaneren Gesellschaftsordnung.“

<sup>5</sup> Mit der „Internationalen Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ hat sich eine von der Tschsl. sozialistischen Akademie im November 1949 einberufene Konferenz befaßt; der internationale Historikerkongreß in Budapest hat 1953 die Herausgabe eines Sammelwerks beschlossen, das den Wiederhall der Oktoberrevolution in den einzelnen Ländern darstellen soll.

<sup>6</sup> Jiří S. Hájek: *Wilsonovská legenda v dějinách ČSR – Die Wilson-Legende in der Geschichte der Tschechoslowakei*. 220 S., Prag 1953. Staatsverlag für politische Literatur.

### Die Rolle der tschechischen Legionen in Sibirien

In engem Zusammenhang mit der „Wilson-Legende“ steht die Frage der tschechischen Legionen in Rußland<sup>7</sup>. In der Ersten Republik genossen die Legionäre höchstes Ansehen und jede erdenkliche Förderung. War man sich doch dessen bewußt, daß ihre Erfolge in Sibirien im Sommer 1918 zur Anerkennung der tschechoslowakischen Auslandsregierung durch die Alliierten geführt hatten. In ganz anderem Licht stehen heute die russischen Legionäre, die ja am 25. Mai 1918 den Kampf gegen die Sowjetregierung aufgenommen und am 28. Juni in Wladiwostok die Herrschaft der Sowjets gestürzt hatten. Ihre leichten und raschen Anfangserfolge hätten nur erzielt werden können, weil die Sowjets auf einen Angriff von dieser Seite nicht vorbereitet und größtenteils nur ungenügend bewaffnet waren; östlich der Wolga und in ganz Sibirien habe im Zeitpunkt des Auftretens der tschechoslowakischen Armee überhaupt keine Wehrmacht der Sowjetrepublik existiert. Heute wird der konterrevolutionäre Charakter der Legionen unterstrichen; von Heldentaten könne überhaupt nicht die Rede sein. Die tschechischen Legionäre hätten gegen die Sowjetmacht als Söldner der Reaktion, als Fremdenlegionäre gekämpft und gegen das russische Volk die ärgsten Grausamkeiten und Gewalttaten begangen. Besonders unterstrichen wird die Tatsache, daß die Legionen Anfang 1919 von der Front zurückgezogen werden mußten, da sie sich unter dem Einfluß der bolschewistischen Propaganda vielfach als unzuverlässig erwiesen hätten. Erstmalig erfährt man aus der Darstellung Veselýs Näheres über das Schicksal der tschechischen Überläufer und Kriegsgefangenen in Rußland, die sich auf die Seite der Bolschewiken gestellt hatten: Auf der Konferenz der tschechischen sozialdemokratischen Partei in Kiew im November 1917 wurde der linke vom rechten Flügel überstimmt, vereinigte sich mit der russischen bolschewistischen Partei und gründete schließlich am 25. Mai 1918 in Moskau die Tschechische KP in Rußland. Nicht bei Zborov und Bachmatsch seien Heldentaten von tschechischen Soldaten vollbracht worden, sondern bei Zarizyn (dem heutigen Stalingrad), wo die tschechischen Rotarmisten an der entscheidendsten Schlacht des Bürgerkrieges unter Führung des jetzigen stellvertretenden Kriegsministers der Tschechoslowakei, Generalleutnant Čeněk Hruška, teilnahmen. Demgegenüber wird General Štefánik als der eifrigste Verfechter der imperialistischen Interventionspläne dargestellt.

### Die slowakische und die ungarische Räte-Republik

Eine kaum beachtete Episode in der Geschichte der jungen Tschechoslowakei, den bewaffneten Konflikt mit der ungarischen Räterepublik im Jahre 1919, macht

<sup>7</sup> Jiří Muška, Jaromír Hořec: K uloze československých legií v Rusku - Zur Rolle der tschechoslowakischen Legionen in Rußland. 160 S., Prag 1953. Verlag Mír.

Jindřich Veselý: Češi a Slováci v revolučním Rusku (1917-1920) - Tschechen und Slowaken im revolutionären Rußland. 251 S., Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

V. Král<sup>8</sup> zum Gegenstand einer umfangreichen Untersuchung. Sie will die „bourgeoise Legende“ vom Einfall magyarischer Bolschewiken in slowakisches Gebiet widerlegen und so den imperialistischen Charakter der damaligen Tschechoslowakei beweisen: Ende April 1919 haben tschechoslowakische Einheiten unter Ausnützung der durch den Einmarsch der rumänischen Truppen in Ungarn geschaffenen Situation die tschechoslowakisch-ungarische Demarkationslinie überschritten, wie sie durch die Pariser Friedenskonferenz festgelegt worden war, und haben begonnen, ungarisches Staatsgebiet zu besetzen. Angreifer seien eindeutig die Prager Imperialisten gewesen, denen Räte-Ungarn nicht den geringsten Anlaß zu einem militärischen Vorgehen geboten habe. Der ungarische Widerstand bei Salgótarján habe jedoch zu einer völligen Auflösung der tschechoslowakischen Einheiten, die ungarische Gegenoffensive in Kürze zur Besetzung eines großen Teils der Slowakei bis zur polnischen Grenze geführt.

In diesem Zusammenhang erfährt auch die kurze Geschichte der slowakischen Räterepublik eine Darstellung, die am 16. Juni 1919 in Prešov ausgerufen wurde.

### Die Gründung der KPTsch

Rückblickend wird heute gern eine Parallele zwischen dem Februar 1948 und dem Dezember 1920 gezogen: Beide Male hätten sich die bourgeoise Reaktion und das Lager der revolutionären Arbeiterbewegung gegenübergestellt, in beiden Fällen sei die bourgeoise Reaktion der Organisator des Putsches gewesen, 1948 sei ihr freilich der Sieg nicht mehr gelungen, den sie 1920 der opportunistischen Kompromißpolitik der Sozialdemokratie verdankt habe.

Die Ereignisse des Jahres 1920, die Gründung der kommunistischen Partei und ihre Vorgeschichte, haben mehrere Darstellungen gefunden<sup>9</sup>. In den Jahren 1918 bis 1920, so lautet die offizielle Version, sei die Arbeiterklasse zum Kampf für eine sozialistische Volksrepublik angetreten, jedoch besiegt worden, weil sich die marxistische Linke erst allmählich zu einer Partei des neuen Typus entwickelt habe, die für eine Revolution günstigen objektiven Voraussetzungen nicht ausnützen und die Diktatur des Proletariats nicht aufrichten konnte. Mit der Beschlagnahme des „Volkshauses“ in Prag am 10. Dezember 1920 – des gleichen Gebäudes, in dem 1912 der denkwürdige Kongreß der sozialdemokratischen Partei Rußlands unter Lenins

<sup>8</sup> Václav Král: *Intervenční válka československé buržoasie proti Maďarské sovětské republice v roce 1919* – Der Interventionskrieg der tschechoslowakischen Bourgeoisie gegen die Sowjetrepublik Ungarn 1919. 288 S., Prag 1954. Verlag Tschsl. Akademie der Wissenschaften.

<sup>9</sup> Drahoň Barta: *Prosincová generální stávka roku 1920* – Der Generalstreik im Dezember 1920. 189 S., Prag 1953. Staatsverlag für politische Literatur.

Koloman Gajan: *Příspěvek ke vzniku KSČ* – Beitrag zur Entstehungsgeschichte der KPTsch. 274 S., Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

Jindřich Veselý: *O vzniku a založení KSČ* – Entstehung und Gründung der KPTsch. Prag 1953. Staatsverlag für politische Literatur. Das Buch liegt jetzt auch in deutscher Übersetzung (von Hanna Tichy) vor. 224 S., Berlin 1955, Dietz-Verlag.

Vorsitz stattgefunden hatte – sei die Bourgeoisie in der Lage gewesen, einen Generalstreik zu provozieren, den sie dann blutig niedergeschlagen habe. Die Erfahrungen aber, die die Arbeiterklasse während dieses Dezember-Streiks sammeln konnte, und die Fehler der marxistischen Linken, die den Streik weder zu organisieren noch ihm ein festes Ziel zu geben verstand, hätten zu einer entscheidenden Tat geführt, zur Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Eine vom Institut für die Geschichte der KPTsch herausgegebene Urkundensammlung hat die Parteigründung und ihre Vorgeschichte, beginnend mit der Streikbewegung während der letzten Kriegsmonate, zum Gegenstand und macht vorwiegend das Dokumentenmaterial aus dem Jahre 1921 zugänglich. Gleich umfangreich ist eine Dokumentensammlung über den Dezember-Streik, die Flugblätter, Zeitungsartikel und amtliche Berichte über den Streikverlauf, hauptsächlich in Kladno, Oslavan, Mährisch-Ostrau, Brünn, Brüx, Göding, Znaim usw. zusammengestellt. Die hohe Auflage beider Bände (35 400 bzw. 15 400 Exemplare) zeigt, daß mit einer Verbreitung in weiten Bevölkerungsschichten gerechnet wird.<sup>10</sup>

Die Monographie aus der Feder des jungen Historikers Drahomír Bárta kritisiert die opportunistische Führung der tschechischen Sozialdemokratie unter Habrman und Bechyně, die den drei Hauptforderungen der Arbeiterklasse nicht Rechnung getragen habe, nämlich nach sofortiger Enteignung des Großgrundbesitzes, Säuberung des Staatsapparates von den österreichischen Bürokraten und schließlich nach vollkommener Gleichberechtigung und Recht auf Selbstbestimmung für alle Völker der Tschechoslowakei. Eingehend wird die Frage untersucht, ob es damals möglich gewesen wäre, die nationale und demokratische Revolution des Jahres 1918 weiterzuführen und in eine sozialistische Revolution überzuleiten.

Die Geschichte der eigentlichen Parteigründung hat Koloman Gajan geschrieben, der, an die Vorarbeiten über den Dezember-Streik anknüpfend, die einzelnen Phasen auf dem Wege der verschiedenen Nationen und Gruppen zur Dritten Internationale darstellt: Zuerst der Slowaken und Ruthenen in der Karpatenukraine, dann, im Februar 1921, der Jugend, im März der Deutschen und schließlich, im Mai 1921, der Tschechen. Es ist begreiflich, daß angesichts dieser Entwicklung das Nationalitätenproblem einen breiten Raum in seiner Darstellung einnimmt. Gajan hält die Verständnislosigkeit der tschechischen Linken für das Nationalitätenproblem für ihren größten Fehler. Sie habe übersehen, daß in imperialistischen Staaten der Widerstand gegen eine nationale Unterdrückung einen anti-imperialistischen Charakter annimmt und daß die Nationalitätenfrage daher zu einem Bestandteil der sozialistischen Revolution, zu einer Angelegenheit der Diktatur des Proletariats geworden sei. Fälschlicherweise hätten aber die ausgebeuteten Massen der tschechischen Arbeiter im tschechoslowakischen Staat eine Schöpfung der nationalen Be-

<sup>10</sup> Založení komunistické strany Československa. Sborník dokumentů ke vzniku a založení KSČ (1917–1924) – Die Gründung der KPTsch. Ein Urkundenband über Entstehung und Errichtung der KPTsch. Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

Sborník dokumentů k prosincové stávce 1920 – Dokumentensammlung zum Dezemberstreik 1920. 206 S., Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

freierung gesehen und seinen Klassencharakter nicht begriffen. Daher hätten sie sich gefürchtet, die Forderung nach Selbstbestimmung der Völker bis zur Lostrennung zu erheben und kein Verständnis für das Recht der anderen Völker auf Autonomie aufgebracht.

Für die Entstehungsgeschichte der slowakischen KP konnte sich Gajan auf eine Vorarbeit stützen, die schon 1951 anlässlich des 30. Jahrestages der Parteigründung vom Institut des Slowakischen Nationalen Aufstandes in einer Auflagenhöhe von 50 000 Exemplaren herausgegeben worden war, Gosiorovskýs Schrift über die Geschichte der slowakischen Arbeiterbewegung.<sup>10a</sup> Die in der Einleitung ausgesprochene Ansicht, einer der bedeutendsten Wendepunkte in der Geschichte eines jeden Volkes auf der ganzen Welt sei unstreitig die Entstehung der kommunistischen Partei, wird von Gosiorovský konsequent befolgt und in dem Werk fast ausschließlich die Entstehungsgeschichte der KP dargestellt, während die Geschichte der Sozialdemokratie lediglich die Einleitung bildet.

#### Der „Masarykismus“

Unter den Überbleibseln der bourgeoisen Ideologien, so schrieb das „Rudé právo“, ist der Masarykismus das gefährlichste. Mit seiner Hilfe sei das arbeitende Volk zwanzig Jahre lang getäuscht worden. Wer sich heute mit dem Masarykismus identifiziere, stelle sich gegen das arbeitende Volk und gegen die Aufrichtung des Sozialismus.

Eine Sammlung von „Dokumenten über die volksfeindliche Politik T. G. Masaryks“<sup>11</sup> bringt eine Auswahl aus den Briefen und Notizen Masaryks und den Aufzeichnungen seines Kanzlers Přemysl Šámal. Sie wird ergänzt durch eine Darstellung von „Masaryks und Beneš' kontrarevolutionärer und antisowjetischer Politik“<sup>12</sup> von Václav Král.

Zweck beider Werke ist es, Masaryk als den Initiator der blutigen Unterdrückung der Arbeiterunruhen vom Dezember 1920, als Feind der Sowjetunion und als Verbündeten des Großkapitals zu zeigen. Ausführlich werden seine engen Beziehungen zum Generaldirektor der „Živnobank“, Jaroslav Preiss, dargestellt, den er vor Regierungsumbildungen zu Rate zog und mit dem er u. a. die Änderung der Sozialversicherungsgesetze oder die Möglichkeiten besprach, Österreich in die Abhängigkeit des tschechoslowakischen Großkapitals zu bringen. Die Aussprüche Masaryks „Bei uns geht es den Leuten zu gut“ und „Ich bin nicht nach Böhmen gekommen,

<sup>10a</sup> Miloš Gosiorovský: Príspevok k dejinám slovenského robotníckeho hnutia — Beiträge zur Geschichte der slowakischen Arbeiterbewegung. 160 S., Abb., Preßburg 1951. Verlag Pravda.

<sup>11</sup> Dokumenty o protilidové a protinárodní politice T. G. Masaryka — Dokumente über die volksfeindliche und antinationale Politik T. G. Masaryks. 269 S., Aufl. 85 000 Exemplare, Prag 1953. Verlag Orbis.

<sup>12</sup> Václav Král: O Masarykově a Benešově kontrarevoluční protisovětské politice — Über Masaryks und Beneš' kontrarevolutionäre sowjetfeindliche Politik. 235 S., 30 000 Exemplare, Prag 1953. Staatsverlag für politische Literatur.

den Präsidenten zu spielen, um mich von der Straße kommandieren zu lassen“ – eine Äußerung vor Demonstranten auf dem Altstädter Ring im September 1919 –, werden als Beispiele für seine antidemokratische und volksfeindliche Einstellung angeführt, um ihn – trotz seiner Abstammung aus einer Arbeiterfamilie – als typischen Vertreter der Bourgeoisie zu diskreditieren. Ein weiterer Vorwurf wird gegen Masaryk wegen seiner angeblich pro-österreichischen Haltung erhoben: Er sei immer für die Erhaltung der Monarchie eingetreten und habe dem Volk einzureden versucht, es müsse sich mit den unerträglichen Verhältnissen in Österreich abfinden. Als Staatspräsident der neuen Tschechoslowakei schließlich habe Masaryk einen „Führerkult“ entwickelt und in der „Pětka“ eine Geheimorganisation geschaffen, in der er gemeinsam mit der Hochfinanz und dem Großgrundbesitz seine Pläne gegen die Republik schmiedete. „Das Plenum des Parlaments“ – so habe er sich einmal geäußert – „ist nicht der Platz zum Arbeiten und zum Überlegen.“ Mit der Begründung „Die Demokratie kann nicht schnell regieren“ habe er den Erlaß des Ermächtigungsgesetzes begrüßt. Schließlich habe er die Wiederbelebung der Mafia in der Form eines nicht-offiziellen Staatsrates geplant. Auch auf die Nationalitätenpolitik der Tschechoslowakei fällt manches neue Licht. Auf außenpolitischem Gebiet wird Masaryk seine Haltung gegenüber den Legionen in Sibirien, gegenüber der ungarischen Räterepublik und vor allem gegenüber Sowjetrußland vorgeworfen. Auch sein Anteil an der Ideologie des Tschechoslowakismus wird heftig kritisiert. Seine kosmopolitischen Tendenzen werden vor allem in seiner angeblichen Bereitschaft erblickt, die ruhmreiche Vergangenheit der Nation zu leugnen und damit seinen westlichen Freunden gefällig zu sein.

Beneš wird in diesem Zusammenhang vor allem seine Kapitulation nach dem Münchner Abkommen, die westliche Orientierung seiner ganzen Außenpolitik und die Ablehnung eines Kampfes gegen Hitler an der Seite der Sowjetunion zum Vorwurf gemacht.

Aus den gleichen Quellen, nämlich dem Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik und des Außenministeriums, schöpft eine weitere Aktenpublikation,<sup>13</sup> die sich ausschließlich mit der Außenpolitik des jungen Staates befaßt. In ihrem ersten Teil werden die Beziehungen der Prager Regierung zu russischen konterrevolutionären Gruppen (Sawinkow) und die ihnen gewährte finanzielle Hilfe in den Jahren 1918 bis 1924 gezeigt, im zweiten Teil die Unterstützung der antisowjetischen Emigration durch das Prager Außenministerium und tschechoslowakische Geldanstalten sowie ihr Anteil an der Vorbereitung des Kronstädter Aufstandes im Frühjahr 1921.

## Die Geschichte der Ersten Republik

Die Geschichte der Tschechoslowakei seit der Staatsgründung im Jahre 1918 wird heute in Abschnitte gegliedert, die durch die Jahre 1920, 1929, 1938, 1945 und 1948

<sup>13</sup> Dokumenty o protisovětských piklech československé reakce – Dokumente über die sowjetfeindlichen Umtriebe der tschechoslowakischen Reaktion. 133 Seiten, Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

voneinander abgegrenzt sind. Im Dezember 1920 – so wird zur Begründung angeführt – fiel die Entscheidung darüber, daß die Tschechoslowakei ein bürgerlicher Staat wurde, im Jahre 1929 setzte die schwere Wirtschaftskrise ein, das Jahr 1938 bringt mit dem Münchener Abkommen einen Wendepunkt.

Als wichtigste Geschichtsquelle dieser Jahre gelten die Schriften Klement Gottwalds. Die Herausgabe seiner gesammelten Werke, beginnend mit seinen Reden und Aufsätzen aus dem Jahre 1925, ist bis zum 11. Band fortgeschritten, der die Zeit bis zum 9. Mai 1945 umfaßt. Die Kriegsjahre sind auf drei Bände aufgeteilt: Band 9 umfaßt die Zeit vom Ausbruch des zweiten Weltkrieges bis zum Mai 1942, Band 10 die folgenden zehn Monate bis zum Kampf um Stalingrad, Band 11 die beiden letzten Kriegsjahre. Aus dem Inhalt dieser drei Bände ist besonders wichtig das Material über die Verhandlungen mit der Londoner Exilregierung – die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über die Theorie des „Überdauerns“ und der Streit über die Nationalausschüsse –, den Vertragsabschluß mit Rußland vom 12. Dezember 1945 sowie die Vorbereitung des Kaschauer Regierungsprogramms.

Eine zweibändige Auswahl aus den Schriften Gottwalds ist 1955 erschienen. Band 1 enthält die Reden und Aufsätze bis zum Jahre 1938; er schließt mit der bekannten Rede Gottwalds vor dem Ständigen Ausschuß der Prager Nationalversammlung am 11. Oktober 1938, in der er die Kapitulationspolitik der bürgerlichen und sozialistischen Parteien angreift. Band 2 enthält das Material aus der Zeit des zweiten Weltkrieges sowie die Reden und Aufsätze als Ministerpräsident und Staatspräsident bis zu seinem Tode 1953.<sup>14</sup>

Neben den gesammelten Werken Gottwalds wurden vom Institut für die Geschichte der KPTsch eine Auswahl aus den Reden und Artikeln des Nationalhelden Jan Šverma aus den Jahren 1929–1944 und die gesammelten Werke des Redakteurs Julius Fučík herausgegeben. Der 8. Band der Werke Fučíks enthält die politischen Artikel und Polemiken aus den Jahren 1925–1934, der 9. Band aus den Jahren 1935–1938. Aufschlußreich ist die Kennzeichnung der Stellen, die seinerzeit der Zensur zum Opfer gefallen waren. Längst aus dem Verkehr gezogen sind hingegen die ausgewählten Schriften Rudolf Slanskýs, die in zwei Bänden anlässlich seines 50. Geburtstages erschienen waren. Band 1 enthält die Arbeiten aus den Jahren 1925–1945 und wird mit dem von Slanský verfaßten „Schwur der slowakischen Partisanen“ abgeschlossen, Band 2 die Reden des Zentralsekretärs der KPTsch, vor allem seine Referate vor dem 8. und 9. Parteikongreß der KPTsch. Das „Rudé právo“ hat beide Bände bei ihrem Erscheinen als „hervorragendes Hilfsmittel für das Studium der Geschichte der KPTsch und zur Hebung des ideologischen Niveaus der Parteimitglieder“ gefeiert – 10 Tage später erfolgte Slanskýs

<sup>14</sup> Spisy Klementa Gottwalda – Die Schriften K. Gottwalds. Prag seit 1950, bisher 11 Bände. Staatsverlag für politische Literatur.

Gottwald: Vybrané spisy – Ausgewählte Werke, 2 Bde. Prag 1955.

In deutscher Sprache erschien eine einbändige Ausgabe – Klement Gottwald: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck. 564 S., Berlin 1955. Dietz-Verlag.

Verhaftung, seine Enthebung von allen Ämtern und Funktionen und schließlich seine Hinrichtung<sup>16</sup>.

Über die Geschichte der KPTsch seit der Parteigründung liegen drei, vom Institut für Geschichte der KPTsch herausgegebene, umfangreiche Dokumentensammlungen vor,<sup>16</sup> die Resolutionen, Aufrufe und Thesen der kommunistischen Internationale sowie der KPTsch, ferner Reden und Zeitungsartikel führender Parteifunktionäre (soweit sie nicht inzwischen gestürzt sind) in Auswahl wiedergeben. Die Anordnung der einzelnen Bände erfolgt so, daß sie zeitlich jeweils einem oder mehreren Bänden der Schriften Gottwalds entsprechen. Ein umfangreicher Anhang enthält statistische Angaben, vor allem über die wirtschaftliche Entwicklung des dargestellten Zeitraums. Der erste Band umfaßt die Jahre 1925–1929, also den gleichen Zeitraum wie der erste Band der Schriften Gottwalds; die 12 abgedruckten Dokumente, die hauptsächlich den 5. Kongreß der KPTsch im Jahre 1929 behandeln, werden in 150 Anmerkungen erläutert. Der zweite Band behandelt die Jahre 1930 bis 1934, also die Zeit der Wirtschaftskrise; er enthält vor allem das Material des 6. Parteikongresses (März 1931), Dokumente aus dem „Kampf gegen den Opportunismus in den eigenen Reihen“ und dem Wahlkampf anläßlich der Präsidentenwahl des Jahres 1934, bei denen Gottwald als Gegenkandidat Masaryks auftrat, und schließlich Aktenauszüge und Berichte über den Brüxer Bergarbeiterstreik. (Die zeitliche Abgrenzung dieses Bandes entspricht den Bänden 2–5 der Schriften Gottwalds.) Der Band 1934–1938 (eine Ergänzung zu Band 6–8 der Schriften Gottwalds) greift besonders die Dokumente heraus, welche die Bemühungen um die Schaffung einer Volksfrontregierung in der Tschechoslowakei und die außenpolitische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zeigen. Ferner wird ein kommunistischer Vorschlag zur Lösung des Nationalitätenproblems veröffentlicht. Breiten Raum nimmt das Material des 7. Kongresses der KPTsch im Jahre 1936 ein.

Neben der Geschichte der KPTsch erfuhr die Geschichte der Agrarpartei, der größten und maßgebendsten Partei in den Jahren zwischen beiden Weltkriegen, eine eingehende Untersuchung aus der Feder von E. und Z. Kučera.<sup>17</sup> Die Bedeutung dieser Partei besteht — nach der Ansicht der Verfasser — in erster

<sup>16</sup> Jan Šverma: *Vybrané spisy — Ausgewählte Schriften*. 436 S., Prag 1955. Staatsverlag für politische Literatur.

Julius Fučík: *Politické články a polemiky — Politische Artikel und Polemiken*. I. Teil (1925–1934), 466 S., II. Teil (1935–1938), 315 S. (Bd. 8 u. 9 der Gesamtausgabe). Staatsverlag für politische Literatur.

Rudolf Slánský: *Za vítězství socialismu — Für den Sieg des Sozialismus*. 2 Bde. Prag 1951. Verlag Svoboda.

<sup>16</sup> *Za bolševickou orientaci KSČ — Um eine bolschewistische Orientierung der KPTsch*. 304 S., Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

*Za chléb, práci, půdu a svobodu — Um Brot, Arbeit, Boden und Freiheit*. 512 S., Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

*Na obranu republiky proti fašismu a válce — Zur Verteidigung der Republik gegen Faschismus und Krieg*. 546 S., Prag 1955. Staatsverlag für politische Literatur.

<sup>17</sup> Eduard Kučera, Zdenka Kučerová: *O agrárnický stát — Um den Agrarierstaat*. 197 S., Aufl. 2300 Exemplare, Prag 1955. Verlag Orbis.



Linie darin, daß es ihr gelang, nahezu die gesamte bäuerliche Bevölkerung, den natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse während der sozialistischen Revolution, zu organisieren, von der Arbeiterschaft zu trennen und die Arbeiterklasse damit zu isolieren. Den breitesten Raum nimmt die Darstellung der „bourgeois“ Bodenreform der Jahre 1919/20 ein, die als die größte revolutionäre Errungenschaft neben der Erlangung der staatlichen Selbständigkeit bezeichnet wird. Die einzelnen Beschlagnahme-, Enteignungs- und Zuteilungsgesetze werden ausführlich kommentiert; dies erklärt die Herausgabe des Werkes durch das Juristische Institut des Justizministeriums. (Einer der Autoren, Eduard Kučera, ist Fachassistent an der juristischen Fakultät der Prager Universität.) Die praktische Auswirkung der Bodenreform ist nicht mehr Gegenstand der Darstellung, da die Arbeit mit dem Jahre 1920 abschließt. Ein eigenes Kapitel gilt der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Antonín Švehla, der als ein Mann charakterisiert wird, der „dem arbeitenden Volk und der Nation nichts gegeben, es aber neuerdings in kapitalistische Sklaverei gestürzt hat“.

Aus der Geschichte des zweiten Jahrzehnts der Ersten Republik, das der tschechische Historiker Pachta „dank den Heldentaten Klement Gottwalds und der von ihm geführten Kommunistischen Partei eines der bewegtesten Kapitel der tschechischen Geschichte“ nennt, wurden dem Streik der Brüxer Bergarbeiter im Jahre 1932 zwei Monographien gewidmet.<sup>18</sup>

### Die Slowakei

Für die Darstellung der slowakischen Geschichte ist es charakteristisch, daß die Fiktion von der Einheit des „tschechoslowakischen“ Volkes als „bourgeois-nationalistisch“ abgelehnt wird. Der Rektor der Slowakischen Universität in Preßburg (die jetzt wieder Comenius-Universität heißt), Dr. Andrej Sirácky, beschuldigt die Vertreter der amtlichen Politik in der vor-münchener Republik, durch die Verkündung der Theorie eines einheitlichen „tschechoslowakischen“ Volkes zur Entfaltung des slowakischen Separatismus und Nationalismus beigetragen zu haben.

Wie man sich in den böhmischen Ländern mit der Geschichte der Agrarpartei besonders eingehend befaßt hat, so hat man sich in der Slowakei namentlich der Geschichte der „Hlinka-Partei“, der Slowakischen Volkspartei, gewidmet. Eine von der Philosophischen Fakultät der Preßburger Universität einberufene ideologische Konferenz, deren Referate und Diskussionsbeiträge in einem umfangreichen Sammelband veröffentlicht wurden, befaßt sich mit der Entwicklung dieser Partei, die in der Geschichte der Slowakei von 1918 bis 1945 eine entscheidende Rolle gespielt hat. Die beiden Hauptreferate hielten Dozent Dr. J. Dubnický, der die Parteigeschichte bis zum Jahre 1929 behandelte, und Professor Gosiorovský, der die Entwicklung in den Jahren 1929 bis 1945 darstellte. Die Ideologie der Volkspartei wird als eine

<sup>18</sup> František Srb, Hana Pešková: *Velká stávka mosteckých horníků r. 1932 – Der große Streik der Brüxer Bergleute im Jahre 1932.* 146 S., Prag 1952, Verlag Práce.

Lubomír Vebr: *Mostecká stávka 1932. – Der Brüxer Streik 1932.* 405 S., Prag 1955. Staatsverlag für politische Literatur.

Kombination von bourgeoisem Nationalismus und Klerikalismus definiert. Insbesondere wird der Behauptung der „Unausweichlichkeit“ des Slowakischen Staates und der angeblich ausweglosen Situation des slowakischen Volkes in den Jahren 1938 und 1939 entgegengetreten. Gosiorovský bezeichnet die Teilnahme der Slowakischen Republik am Rußlandfeldzug Hitlers als „vollkommen freiwillig“.<sup>19</sup>

### Das Münchner Abkommen.

Das Schlußkapitel der zwanzigjährigen Geschichte der Tschechoslowakei behandelt R. Beckmann in seiner Darstellung des diplomatischen Hintergrundes von München.<sup>19a</sup> Es handelt sich um keine Gesamtdarstellung, sondern um einige dem heutigen Regime besonders wichtige Anliegen, wie etwa die Herausarbeitung des Anteils der USA, besonders Roosevelts, an der Münchner Politik, die Zerstörung der Legende von Churchill als dem „Mann gegen München“, die Bloßlegung der klassenkämpferischen Wurzeln des Münchner Abkommens und die Widerlegung der Meinung, Beneš sei nur dem politischen Druck des Westens erlegen. Demgegenüber werden die Freundschaft und Hilfsbereitschaft der UdSSR und Stalins betont. Der weitaus größte Raum (15 der insgesamt 19 Kapitel) ist der Haltung Großbritanniens gewidmet, und zwar nicht nur der Vorgeschichte des Abkommens, sondern auch dem Festhalten an dem Vertrag bis zur Molotow-Erklärung vom 9. Juni 1942 und dem Versuch, das tschechoslowakisch-sowjetische Abkommen vom 12. Dezember 1943 zu verhindern.

### Der slowakische Aufstand

Der zehnte Jahrestag des „Slowakischen Aufstandes“ – am 23. August 1944 hatte Staatspräsident Tiso Hitler um militärische Hilfe gegen die Erhebung im Norden des Landes gebeten – war Anlaß für das Erscheinen von 4 gleichnamigen Werken, von Jiří Doležal, von Miloš Gosiorovský, von M. Hysko und eines vom Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Sammelbandes.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Proti prežitkom ľudáctva — Gegen die Überbleibsel der Volkspartei. Mit Beiträgen von Dubnický, Gosiorovský, Sirácky, Graca, Olivová usw., 226 S., Preßburg 1954. Slowakischer Verlag für politische Literatur.

<sup>19a</sup> Rudolf Beckmann: K diplomatickému pozadí Mnichova — Die diplomatischen Hintergründe des Münchner Abkommens. 376 S., Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

<sup>20</sup> Jiří Doležal: Slovenské národné povstanie — Der slowakische Nationalaufstand. 232 S., Prag 1954. Staatsverlag für politische Literatur.

Miloš Gosiorovský: Slovenské národné povstanie. 88 S., Preßburg 1954. Slowakischer Verlag für politische Literatur.

M. Hysko: Slovenské národné povstanie. 70 S., Preßburg 1954. Verlag der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.

Slovenské národné povstanie. Hrsg. v. Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, Mitarbeiter: B. Graca, J. Hroziencič, J. Doležal, M. Kropilák, M. Hysko. 261 S., Preßburg 1954. Verlag der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.

Der Aufstand wird als Massenbewegung, als elementare, nicht durch Befehl einer Zentralstelle ausgelöste Bewegung geschildert, die sich lediglich durch Verschulden der slowakischen Bourgeoisie nicht völlig entfalten konnte. Die Pläne des Oberbefehlshabers Golian seien von volksfeindlichen und antisowjetischen Ideen geleitet gewesen und haben den heldenhaften Kämpfern nicht wiedergutzumachenden Schaden zugefügt. Besonders unterstrichen wird die Bedeutung des Einigungskongresses vom 7. September 1944, der die Verschmelzung der Kommunistischen Partei der Slowakei mit der Sozialdemokratie brachte, ferner die Entstehungsgeschichte des Slowakischen Nationalrates. Die militärische Bedeutung des Aufstandes wird – abgesehen von der Schaffung eines Kriegsschauplatzes hinter der damaligen deutschen Front – darin erblickt, daß es gelungen sei, dem anglo-amerikanischen Befreiungsversuch zuvorzukommen. Die bisherige Literatur über den slowakischen Aufstand wird als raffinierte Fälschung bourgeoiser Nationalisten erklärt, die die führende Rolle der KP und den entscheidenden Anteil der Sowjetunion ignoriere.

#### Gesamtdarstellungen:

Es ist bemerkenswert, daß die beiden für die Jahre zwischen 1918 und 1938 bzw. 1945 vorliegenden Gesamtdarstellungen zu einem Zeitpunkt verfaßt wurden, als die oben besprochenen Monographien noch nicht vorlagen.<sup>20a</sup> Hořec, dessen Arbeit schon 1952 abgeschlossen war und damals mit einem Preis ausgezeichnet wurde, wurde erst 1955 vom Verband der antifaschistischen Kämpfer herausgegeben, ohne daß die inzwischen erschienenen einschlägigen Arbeiten – abgesehen von der Dokumentenpublikation über Masaryk und dem eigenen Werk über die tschechoslowakischen Legionen in Sibirien – verwertet worden wären. Trotzdem gelangt der Verfasser in allen wesentlichen Punkten (z. B. Wilson-Legende, 28. Oktober 1918, Versailles, Dezember 1920) zu den gleichen Ergebnissen, wie sie oben gekennzeichnet wurden. Das Werk schließt mit der Darstellung der Ereignisse des Sommers 1938 ab und bezieht weder die Lösung der sudetendeutschen noch der slowakischen Frage mehr in die Darstellung ein.

Ähnliches ist von dem Werk Cihlářs zu sagen, das bereits 1951 fertiggestellt, aber erst 1953 veröffentlicht wurde. Obwohl sein Titel nur eine Darstellung der staatlichen Verwaltung verspricht, ist es – wenigstens in seinem zweiten, uns hier interessierenden Teil, der die Jahre 1918 bis 1945 umfaßt – eine Gesamtdarstellung des öffentlichen Lebens jener Jahre, insbesondere auch der

<sup>20a</sup> Jaromír Hořec: Cesty, ktoré viedli k Mníchovu. Niekoľko kapitol o protisovietskej a protinárodnej politike českej buržoázie a svetových imperialistov — Wege, die nach München führten. Einige Kapitel über die antisowjetische und volksfeindliche Politik der tschechischen Bourgeoisie und der imperialistischen Weltmächte. 461 S., Aufl. 5 000 Exemplare, Preßburg 1955. Slowakischer Verlag für politische Literatur.

Dr. Miroslav Cihlář: K vývoji státní správy v ČSR — Zur Entwicklung der Staatsverwaltung in der Tschsl. Hrsg. v. Juristischen Institut des Justizministeriums, 455 S., Aufl. 1650 Exemplare, Prag 1953. Verlag Orbis.

sogenannten „Protektoratszeit“. Die Druckfehler (besonders bei Eigennamen) sind ebenso zahlreich wie bei den meisten anderen hier verzeichneten Werken.

### Geschichte im Dienst der Politik

Ein gemeinsames Merkmal aller dieser Darstellungen ist, daß neue Perspektiven nicht von den Historikern auf Grund ihres Quellenstudiums erarbeitet, sondern daß die Stichworte von den Politikern ausgegeben wurden, womit den Historikern nur die Aufgabe blieb, die Konstruktionen der Parteiführer zu untermauern und ihnen einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen.

Der Versuch, die russische Oktoberrevolution als den eigentlichen Entstehungsgrund der Tschechoslowakei zu erklären, geht auf die Worte Stalins zurück, sie sei „der entscheidende Wendepunkt in der Weltgeschichte der Menschheit“ gewesen. „Ohne Große Sozialistische Oktoberrevolution gäbe es keine selbständige Tschechoslowakei“, folgerte daraus Gottwald und erklärte: „Endgültig ist die geschichtliche Fiktion gefallen, als ob die Westmächte nach dem ersten Weltkrieg, sozusagen wegen der schönen Augen der Tschechen und Slowaken, die Tschechoslowakei geschaffen hätten. Im Gegenteil. Die historische Wahrheit hat gesiegt, wonach unter dem Eindruck der Oktoberrevolution, unter dem aufrüttelnden Motto Lenins von der Befreiung und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die revolutionäre Bewegung der breiten Massen des tschechoslowakischen arbeitenden Volkes die Tschechoslowakische Republik geschaffen hat.“ – „Ohne 7. November 1917 kein 28. Oktober 1918“ war seither das Schlagwort für die Feiern des Staatsgründungstages.

Dieses gewandelte Geschichtsbild getraute man sich aber dem Volk nur etappenweise vorzusetzen. So hat man die Feier der Staatsgründung am 28. Oktober erst 1952 gänzlich abgeschafft, vorher aber den Staatsgründungstag mit einem anderen Inhalt auszufüllen versucht: 1945 wurden die Verstaatlichungsdekrete erlassen, 1946 verkündete Gottwald an diesem Tage auf dem Wenzelsplatz in Prag die „Beendigung der Deutschen-Aussiedlung und damit die Vollendung der nationalen Befreiung“, 1948 wurde am 28. Oktober der erste Fünf-Jahres-Plan verkündet, 1949 war zum letzten Male vom Jahrestag der Staatsgründung die Rede, aber mit dem Zusatz, daß das arbeitende Volk nicht tatenloser Zuschauer, sondern aktiver Mitgestalter gewesen sei, und zwar durch den Streik vom 14. Oktober 1918. Das Feiertagsgesetz aus dem Jahre 1946 nennt den 28. Oktober noch Staatsfeiertag und zitiert ausdrücklich das Gesetz aus dem Jahre 1919, mit dem er in der Ersten Republik eingeführt worden war. Das neue Feiertagsgesetz von 1951 hingegen nennt ihn „Tag der Verstaatlichung“ und sieht vor, daß die Regierung die auf den 28. Oktober fallende Arbeitsruhe auf einen anderen Tag verschieben könne.<sup>21</sup>

Auch der Kampf gegen Masaryk setzte nicht etwa schlagartig im Jahre 1948 ein. Noch zum 100. Geburtstag am 7. März 1950 brachte das „Rudé právo“ sein Bild und einen Beitrag, der ihn als „eine der bedeutendsten Gestalten unserer neueren

<sup>21</sup> § 4, Abs. 2 des Gesetzes vom 2. 11. 1951, Sammlung der Gesetze Nr. 95.

Geschichte“ feierte und seine „hervorragende Rolle in einer Zeit, die durch die Erfüllung der alten Sehnsucht unseres Volkes nach Freiheit und Selbständigkeit gekennzeichnet ist“, anerkannte. Und die „Tvorba“ nannte ihn 1950 den „großen Denker und Kämpfer gegen mittelalterliche Finsternis“, den „führenden Politiker im Kampf gegen Österreich“. Am 27. April 1953 aber las man im „Rudé právo“ in einem „Die Wahrheit über T. G. Masaryk“ überschriebenen Artikel: „Masaryk hat eine neue Tradition geschaffen, die volksfeindliche Tradition einer brutalen Volksausbeutung, der Arbeitslosigkeit, der Unterdrückung, des Schießens in die Arbeitslosen, eine Tradition des nationalen Kleinmutes und der Unterwürfigkeit gegenüber den Imperialisten.“

Noch deutlicher zeigt die heute gebotene Darstellung des slowakischen Aufstandes die Abhängigkeit der Geschichtsschreibung von den Zielen der Politik. Hier gab es von vornherein kein eindeutiges Schlagwort, hafteten doch die Ereignisse noch viel zu frisch in der Erinnerung auch Unbeteiligter, als daß willkürliche Deutungen und Darstellungen widerspruchlos hingenommen worden wären.<sup>22</sup> Zunächst ließ man den Aufstand als Angelegenheit des ganzen Volkes gelten („alle politischen und, was in der Slowakei besonders wichtig ist, alle religiösen Gruppen arbeiteten einträchtig zusammen“). Zum fünften Jahrestag 1949 erklärte Gottwald, daß es ohne Sowjetunion keinen slowakischen Aufstand gegeben hätte, daß sich aber auch einige reaktionäre Elemente in diese Bewegung eingeschuggelt hätten. 1950 hob die „Tvorba“ hervor, daß der Aufstand gegen den Willen Beneš' und der Londoner Regierung unternommen wurde. Die offiziellen Festredner – am 4. Jahrestag war es Dr. Husák, am 6. Jahrestag Baštovanský – wanderten nacheinander ins Gefängnis. Alle diese Wandlungen müssen natürlich von der heutigen Geschichtsschreibung ängstlich genau berücksichtigt werden, und es ist klar, daß alle früheren Darstellungen als Geschichtsfälschungen zu „entlarven“ sind.

Das gleiche Bild wiederholt sich bei der Entstehungsgeschichte der wiedererrichteten Tschechoslowakei in den Mai-Tagen 1945: Nach der bis 1948 „herrschenden“, auf dem Bericht des Vorsitzenden des Nationalrates Univ.-Prof. Albert Pražák beruhenden Auffassung war das entscheidende Ereignis der Aufstand der tschechischen Bevölkerung gegen das deutsche Militär und die deutsche Verwaltung vom 5. Mai, der durch General Kutlvašr und Hauptmann Nechanský geleitet wurde. Als vier Tage später die Rote Armee unter Marschall Rybalko in Prag eintraf, hatte sie nur noch die Stadt von SS-Leuten zu säubern. Die seit 1948 übliche Darstellung legt das Schwergewicht auf die Befreiung der Stadt durch die Sowjetarmee und betont demgegenüber, daß die Amerikaner in Pilsen stehen blieben. („Sie hätten in ein paar Stunden in Prag sein und Prag retten können, aber vergeblich war das Rufen des Rundfunks, die amerikanischen Panzer kamen nicht“, heißt es in einem Volksschullehrbuch.)

War vorher der 5. Mai als der Tag der Erhebung Prags gegen die Deutschen ge-

<sup>22</sup> Eine eingehende Darstellung, wie die Geschichte des slowakischen Aufstandes alljährlich umgeschrieben wurde, gibt J. W. Brügel: Vor 10 Jahren in der Slowakei. Ein unbekanntes Kapitel kommunistischen Verrats. In: Die Zukunft, Wien 1954, S. 255–259.

feiert worden – die Umbenennung des früheren Deutschen Theaters in „Theater des 5. Mai“ erinnert noch daran –, so wurde später ausschließlich der 9. Mai, der Tag des Einmarsches der Roten Armee, gefeiert.

Noch vor einiger Zeit konnte das „*Rudé právo*“ feststellen, daß die Geschichtswissenschaft in der Tschechoslowakei die erfolgreichste unter allen Gesellschaftswissenschaften sei.<sup>23</sup> Der XX. Kongreß der KPdSU hat eine entschiedene Abkehr von dieser Auffassung herbeigeführt, und „heute, da verschiedene eingelebte Ansichten auf dem Gebiet der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung revidiert werden“,<sup>24</sup> wird plötzlich festgestellt, daß vor allem die Parteigeschichte eines der rückständigsten Gebiete sei, daß man die Geschichte der KPTsch bisher idealisiert und keineswegs als wissenschaftliche Disziplin mit allen Attributen einer wissenschaftlichen Arbeit aufgefaßt habe. Die völlig unkritische Zugrundelegung des „Kurzen Lehrgangs der KPdSU“ habe eine falsche Auffassung über die Geschichte der KPTsch zur Folge gehabt. Die bisherigen Arbeiten seien größtenteils bloße Anhäufungen von Tatsachen, rein objektivistische Faktographien, die niemals die den Ereignissen zugrunde liegende Gesetzlichkeit aufzeigen könnten. Den Forschern sei der Zugang zum Quellenmaterial verwehrt worden, man habe sie zu Papageien degradieren wollen, die alte Ideen nachzuplappern haben, oder ihnen gar zugemutet, ohne eine Analyse des faktischen Geschehens rein spekulativ „neue“ Folgerungen und Schlüsse zu ziehen — durchwegs Formulierungen, die uns bereits aus den letzten Folgen der russischen „*Woprosy istorii*“ bekannt sind.<sup>25</sup>

Man halte es für Rückständigkeit, wenn nicht innerhalb kürzester Abstände neue Publikationen über aktuelle Geschichtsthemen erscheinen, muß in diesem Zusammenhang K. Bartošek feststellen. In der Tat ist in letzter Zeit eine große Zurückhaltung bemerkbar. Das seit langem angekündigte Lehbuch der Geschichte der KPTsch, das als Gegenstück zum „Kurzen Lehrgang“ gedacht war, ist auch zum 35. Jahrestag der Gründung der KPTsch (14. 5. 1956) nicht erschienen. Wieder einmal muß die Geschichte der letzten Jahre gründlich umgeschrieben werden. Die publikationsfreudige Ära der letzten fünf Jahre scheint durch eine Periode des Stillstands und des Abwartens abgelöst zu werden.

<sup>23</sup> „*Rudé právo*“ vom 16. 12. 1953.

<sup>24</sup> Vgl. die Kontroverse zwischen K. Bartošek (dem Autor einer Arbeit über „Die schimpfliche Rolle der amerikanischen Okkupanten in Westböhmen im Jahre 1945“) und Doz. D. M. Kaláb über das richtige Bild der Parteigeschichte und das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im „*Rudé právo*“ vom 20. 4. und 1. 6. 1956.

<sup>25</sup> Über die Revision der Parteigeschichtsschreibung in Rußland, die diese jüngste Prager Wendung ausgelöst hat, vgl. *Ost-Probleme* 8 (1956), S. 686–696.

## Notizen

### INTERNATIONALE TAGUNG FÜR ZEITGESCHICHTE

Vom 22. bis 25. Mai fand in der Evangelischen Akademie Schloß Tutzing/Starnberger See eine seit dem Herbst 1955 vorbereitete internationale Tagung für Zeitgeschichte statt, zu der die Herausgeber der „Vierteljahrshefte“ in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte München eingeladen hatten. Sechzig Wissenschaftler aus der Bundesrepublik, Westberlin, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, der Schweiz und den USA nahmen an den Verhandlungen der viertägigen Konferenz teil. Der Kreis der Eingeladenen beschränkte sich vor allem auf Historiker und Vertreter der politischen Wissenschaften, deren besonderes Arbeitsgebiet die Zeitgeschichte ist: neben Professoren und Dozenten von Universitäten und Hochschulen insbesondere auch Leiter und Vertreter der führenden zeitgeschichtlichen Forschungszentren aus den genannten Ländern.

Folgende Hauptprobleme der Zeitgeschichte wurden in Referat, Korreferat und Diskussion ausführlich erörtert:

1. „Das Heer im totalitären Staat“  
Referent: Docteur G. Castellan (Paris)  
Korreferent: Dr. Th. Vogelsang (München)
2. „Die europäischen Staaten und der Aufstieg des Dritten Reiches“

Referent: Prof. E. Anchieri (Padua)  
Korreferent: Prof. J. B. Duroselle (Paris)

3. „Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Expansion“  
Referent: Prof. J. Joll (Oxford)  
Korreferent: Dr. P. Kluge (München)
4. „Zwischen Widerstand und Kollaboration“  
Referent: Dr. L. de Jong (Amsterdam)  
Korreferent: Prof. J. Matl (Graz)

In einem Einleitungsvortrag sprach Prof. Th. Eschenburg (Tübingen) zur „Krise der europäischen Demokratien zwischen den Weltkriegen“. Prof. Litt (Bonn) beschloß die Tagung mit einem öffentlichen Vortrag in der Universität München über „Das Selbstverständnis unseres Zeitalters“.

Neben den wissenschaftlich-historischen Verhandlungen, die in einer Sonderpublikation herausgegeben werden sollen, diente die Konferenz vor allem auch der Stärkung des Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Vertretern und Stätten der Zeitgeschichtsforschung in Deutschland und dem befreundeten Ausland.

Am Abend des 25. 5. gab die Bayerische Staatsregierung für die Tagungsteilnehmer einen Empfang in der Schackgalerie.

### Berichtigung

In der Dokumentation zum „Untergang der alten Sozialdemokratie 1933“ ist in dem auf S. 218 von Heft 2 dieses Jahrgangs dargestellten „Schema des Aufbaues der Organisation

der Aktivgruppen“ die zwischen A und C 3 gezogene Linie fortzudenken. Die „Gruppen“ a, b, c, d hätten sinngemäß jeweils unmittelbar unter C 1, C 2... C 8 stehen müssen.

### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Hans Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, München 27, Möhlstraße 26.

Dr. Erich Matthias, Bad Godesberg, Rüngsdorfer Straße 55.

Alexander Freiherr von Neubronn

und Eisenburg. Generalleutnant a. D., † 19. 9. 1949.

Karl O. Paetel, Schriftsteller, 68-45 Burns Street, Forest Hills, L. I., N. Y., USA.

Dr. Helmut Slapnicka, Verwaltungsjurist, Linz (Österreich), Max-Reger-Str. 17.